Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 102 | Frühjahr 2014 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

RECHTE BÜRGERINITIATIVEN MOBILISIEREN GEGEN FLÜCHTLINGSHEIME UND DIE ANTIFA SUCHT NACH GEGENSTRATEGIEN

www.antifainfoblatt.de



Rechte Bürgerinitiativen

Die NPD sucht nach Strategien, verdeckt an Bürger_innen heranzutreten. Seit 2013 ist sie erfolgreich damit, rechte Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge und Migrant_innen in Stellung zu bringen.



NPD in der Krise

Das fünfzigste Gründungsjahr der NPD startet für die Partei alles andere als gut. Kurz vor Weihnachten 2013 trat nach kaum zweijähriger Amtszeit der Parteichef Holger Apfel zurück und aus der Partei aus. Die Umstände des Rücktritts dürften selbst in der Partei bisher kaum wirklich geklärt sein.



„Jetzt wird reiner Tisch gemacht“

Entgegen der landläufigen Meinung war die SA bis zum Kriegsende eine der wichtigsten Parteiorganisationen des Nationalsozialismus.



Rechts auf dem Majdan

Die ukrainische Gruppierung „Rechter Sektor“, ein erst im Laufe der Proteste sich herausbildendes Sammelbecken für verschiedene nationalistische und faschistische Organisationen, trat besonders bei militanten Auseinandersetzungen und als Teil der Verteidigungsstrukturen des Majdan in Erscheinung.

Titelfoto: Fackelmarsch von Neonazis und Bürgern gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Schneeberg (Sachsen). © Christian Mang

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Die Franz-Josef-Strauß-Gedächtnisoffensive der CSU – auch europäische Freizügigkeits-Debatte genannt – die zum Jahreswechsel aufkam, also im Vorfeld der Europawahlen und im Nachgang der AFD-Knapp-Daneben-Bundestagswahlen, ist überraschend wie ein Sonnenaufgang im Osten. Teile der bürgerlichen Medien lassen ihrer Erschütterung freien Lauf – immerhin. Das ist ein deutlicher Unterschied zu den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrtausends, in denen sie unisono das Lied vom vollen Boot intonierten. Erst die Befürchtung von Exporteinbrüchen für die ‚deutsche' Wirtschaft initiierte damals die mediale Trendwende.

Soweit der Fortschritt. Ein kleiner. Denn wenig beruhigend ist die Art und Weise, in der die rassistische CSU-Offensive diskutiert wurde:

Vor allem und überwiegend wurde die Berechtigung der Kampagne kritisiert. Mit der Begründung, dass die Zahl der Migrant_innen niedriger sei als behauptet und es somit keine Migrations-‚Welle' gäbe. Im Umkehrschluss wird ein Schuh draus: Grundsätzlich ist Rassismus berechtigt – nur wenn die ‚Flut' der rassisch Unpassenden nicht kommt, ist das Pogrom zu verschieben.

Naiver Weise wurde der CSU auch ein Informationsdefizit attestiert: Sei es bezüglich EU-Rechtslagen, Sozialgesetzgebung, Freizügigkeitsabkommen etc. Diese Sorge kann mit Sicherheit als unbegründet zurückgewiesen werden: die Zahl der Jurist_innen in der CSU dürfte nicht geringer als in anderen parlamentarischen Parteien sein. Das propagierte ausgeprägte Herrenrassendenken folgt einem banalen demagogischen Muster: Ist die Behauptung erst platziert, wird die darin gezogene Verbindung auch durch den stetigen Nachweis ihrer Falschheit immer fester als Begriffspaar im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert. Die zugrunde liegenden rassistischen Klischees werden durch breite Resonanz und ständige Wiederholung – aber auch genauso durch ihre Verneinung – betoniert.

Fehlen noch ‚die Zahlen' und ‚die Fakten'. ‚Zahlen' suggerieren Kompetenz und ‚Wirklichkeit'. Das bewies zuletzt der rassistische Zampano Sarrazin, seines Zeichens ehemaliger SPD-Finanzsenator in Berlin, in allen Polit-Talkshows. Und da das Ziel ja die Mittel heiligt, ist es selbstverständlich, dass „Wenn man keine Zahl habe, [...] dann müsse man eine schöpfen, die in die richtige Richtung weist, und wenn sie keiner widerlegen kann, dann setze ich mich mit meiner Schätzung durch'". Daher sollte für den Umgang mit der Faktizität von Zahlen gelten: Diskussion überflüssig! Denn egal aus welcher rechten Ecke ‚Zahlen' oder ‚Fakten' kommen, sie sind rein demagogische Mittel. Die Diskussion darüber und sogar der Versuch ihrer Widerlegung enthält eine ungewollte Legitimierung der ihr zu Grunde liegenden Behauptung.

Bleibt zu resümieren: Der inhärente Rassismus dieser Demagogie inspiriert Übergriffe und Pogrome. Die mörderischen Konsequenzen der CSU-Propaganda sind zu benennen und die Brandstifter dafür als solche zu ächten – gerade bei diesen politischen Vertretern, die sich als ‚Mitte der Gesellschaft' verstehen – und das ist das wirklich Beängstigende, dass sie damit vermutlich recht haben.

Doch in der Schweiz ist das „Volk" schon einen Schritt weiter: Per Volksentscheid wurde der EU-Freizügigkeit ein ‚Und Tschüss' erteilt. Da schwillt dann selbst die Zornesader süddeutscher CDU-Arbeitspendler.

Mit ähnlichen Bandagen werden auch in anderen westeuropäischen Ländern die Migrationsdiskurse geführt. Von der extremen Rechten? Weit daneben! Der ‚normale' Bürger mobilisiert – manchmal unterstützt von Regierungskampagnen wie in England oder Frankreich – gegen Illegale oder wer auch immer gerade unerwünscht ist.

Das hat dazu beigetragen, Rassismus gegen Migrant_innen und Flüchtlinge im vergangenen Jahr zum zentralen Mobilisierungsthema der deutschen extremen Rechten werden zu lassen – vor allem aber zum zentralen Nachwuchs-Rekrutierungs-Pool. Hier scheinen die bei anderen Themen in der Vergangenheit recht erfolglosen Neonazis den immer gesuchten Anknüpfungspunkt an die „normalen Deutschen" gefunden und teilweise auch erfolgreich genutzt zu haben. Dass das Bundesverfassungsgericht Ende Februar die 3-Prozent-Hürde bei der Europawahl für deutsche Parteien kippte, trägt seinen Teil zu einem motivierten, rassistischen Europa-Wahlkampf der kleinen rechten und neonazistischen Parteien bei. Werden sie doch nun tatsächlich Sitze im europäischen Parlament bekommen, wie ein Blick auf die Ergebnisse bei vergangenen Wahlen zeigt. Was dies auf europäischer Ebene für eine Zusammenarbeit des doch recht zerstrittenen Spektrums bedeutet, zeigt sich wohl bald. Es könnte aber eine stärkere Bezugnahme auf ähnelnde Diskurse in anderen westeuropäischen Ländern und daraus wiederum eine stärkere Platzierung in der veröffentlichten Meinung resultieren.

Dokumentiert wird der „handfeste" Teil des „Anti-Migrationsdiskurses" in einer übersichtlichen interaktiven Karte des „Dokumentationsarchiv Monitoring Agitation Against Refugees in Germany", dass für 2013 insgesamt 113 und bis Mitte Februar 2014 bereits 20 Angriffe oder rassistische Aktionen gegen Heime verzeichnet. (www.dok-maar.de)

Hoffnung macht, dass erfreulicherweise Rassimus/Migration bzw. Antirassismus zu einem zentraleren Inhalt in der Linken – auch bei den jugendkulturell geprägten Szenen wie Freiraum-Initiativen, antikapitalistischen Krisenprotesten oder der klassischen Antifa geworden ist. Rassismus wird zwischen den „neuen" Parametern der aktuellen rechten Mobilisierungen und dem NSU neu diskutiert. Ob das nachhaltig ist und wohin es führt, ist noch nicht abzusehen. Aber wohin es führen könnte, daran beteiligen wir uns mit unseren Diskussionsbeiträgen. •

Zufälle über Zufälle

Am 9. Dezember 2013 wurde im Münchener NSU-Prozess die, inzwischen im Hamburger Umland wohnende, Zeugin Janine S. befragt, die im Juli 2003 einen Vertrag für eine Handykarte abgeschlossen hatte, die nach den bisherigen Ermittlungen durch das „NSU-Trio" und insbesondere von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zur Kommunikation bei „Aktionen" genutzt und mitgeführt wurde.

Die Einlassung der Zeugin gleicht der Aussage, die von der NSU-Unterstützerin Mandy Struck am 27. Februar 2014 dem Oberlandesgericht München als erdachte Ausrede im Falle einer Nachfrage beim Abholen eines falschen Passes im Rathaus Chemnitz genannt wurde: sie sei auf der Straße angesprochen worden, ob sie jemandem für ein wenig Geld einen Gefallen tun würde. Nun ist eine solche Angabe mehr als zehn Jahre später wohl weder zu beweisen noch zu widerlegen und wäre auch keine Meldung wert, hätte Janine S., die inzwischen verheiratet ist, nicht heute direkt oder über ihren Mann, Kontakte zu Personen, die in den Jahren bis 2004 zur „Blood and Honour"-Gruppe „Combat 18 Pinneberg" (C 18) gehörten. Zwei der Beschuldigten in dem damals gegen Mitglieder der Gruppe geführten Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, führen jedenfalls den Ehemann der Zeugin als „Freund" auf, der sein Facebook-Profil mit einem Bild von sich und seiner Frau ausgestattet hat.

Die Zeugin bestätigte denn auch in ihrer Vernehmung, dass ihr Mann jedenfalls mit einer dieser Personen befreundet ist, bestritt aber irgendwelche Sympathien für Neonazis zu haben.

Dies hatten sogar die zunächst vernehmenden Beamten der Bezirkspolizeiinspektion Itzehoe vermutet. Diese reagierten jedenfalls auf die Behauptung, Janine S. gehöre nicht zur rechten Szene, mit der Bemerkung, „Was uns aber in ihrer Wohnung aufgefallen ist, das da überall Poster der Band ‚Freiwild' hängen", und auf die Behauptung, „Ja, das ist aber keine rechte Band" mit dem Satz „Ja, da gibt es insgesamt auch andere Meinungen zu." Den hauptsächlich in den Ermittlungen aktiven BKA-Beamten wäre vermutlich nicht einmal die FREI.WILD-Begeisterung der Zeugin als Hinweis für eine rechte Gesinnung aufgefallen.

Diese war nur fünf Tage nach besagtem Vertragsabschluss zu ihrem jetzigen Mann nach Schleswig-Holstein gezogen. Die Gruppe „C 18 Pinneberg", war im Jahr 2003 noch aktiv, verfügte über Waffen und organisierte sich nach den gleichen Vorgaben wie der NSU. Die NSU-Ermittler haben bei ihren Ermittlungen im Jahr 2011 keine einzige Bemühung unternommen festzustellen, ob die Zeugin bereits damals Kontakt, und sei es durch ihren Mann, zu Mitgliedern von „C 18 Pinneberg" hatte. •

Neonazi-Überfall in Thüringen

Bei einem brutalen Überfall von etwa 20 Neonazis im thüringischen Ballstädt am 8. Februar 2014 sind zehn Menschen verletzt worden, zwei davon schwer. Die Täter waren in eine geschlossene Feier im Gemeindezentrum eingedrungen und hatten auf die Besucher_innen eingeschlagen. Der Überfall sei generalstabsmäßig geplant worden, berichten Anwohner_innen. Eine nicht vermummte Frau soll die Zeit gestoppt haben und nach zwei Minuten das Signal zum Aufbruch gegeben haben. Übrig blieben die Verletzten und das teils komplett zerstörte Mobiliar. Erst sechs Tage später durchsuchte die Polizei das von Neonazis bewohnte Haus in dem Dorf mit 700 Einwohner_innen und führte landesweit zehn Razzien bei Mitgliedern der extrem rechten Szene durch. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 13 Verdächtige wegen schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und Raubes. Drei Männer und eine Frau wurden kurzzeitig festgenommen. Gegen den 38-jährigen Thomas Wagner wurde Haftbefehl erlassen. Der vorbestrafte Neonazi ist Frontmann der RechtsRockband SKD (Sonderkommando Dirlewanger) und einer der drei Eigentümer des Neonazi-Hauses in Ballstädt. Wagner saß mittlerweile schon mehrfach in Haft und ist seit den 1990er Jahren in der extrem rechten Szene aktiv. Unter anderem war er 1997 für ein Wehrsportlager mit Waffen, Kampfausrüstung und NS-Devotionalien mitverantwortlich. Schon mit seiner Vorgängerband Bataillon hatte der heute 38-jährige das Neonazi-Netzwerk Blood & Honour nach dessen Verbot in Deutschland unterstützt. Noch heute fühlen sich Wagner und SKD dem internationalen Netzwerk zugehörig. Bei dem Überfall soll der 31-jährige Neonazi Tony St. aus Bad Langensalza erkannt worden sein. Auch er zählt zu den Bewohnern des Neonazi-Hauses und gehört zur Neonazi-Gruppierung aus dem Raum Gotha rund um SKD. Neonazis aus dem Umfeld von Tony St., Thomas Wagner und Steffen R. hatten 2012 die ehemalige Bäckerei in Ballstädt gekauft, nachdem sie in ihrem vorherigen Domizil im etwa 30 Kilometer entfernten Crawinkel auf massiven Protest gestoßen waren. Vor Ort heißt es, der Immobilienerwerb geschehe über einen Mietkauf. Kurz vor ihrem Umzug stellte die Polizei bei Razzien in Erfurt, Ballstädt und Crawinkel Maschinenpistolen und zahlreiche andere Waffen sicher. Die Erfurter Staatsanwaltschaft ermittelt unter anderem wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Die in Ballstädt aktiven Neonazis haben Verbindungen zum so genannten „Objekt 21" in Oberösterreich, gegen dessen Mitglieder unter anderem wegen des Einsatzes von Waffen ermittelt wird. Einer der Bewohner der Bäckerei in Ballstädt gilt außerdem als Organisator von Solidaritäts-Aktionen für den mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben. Einen Tag nach dem Überfall war seitens der Polizei noch von einer „Kirmesschlägerei" die Rede gewesen. •

Blitzkrieg für das Abendland

Am Abend des 22. März 2013 erklärte das „Christian Liberation Movement" (CLM) das westlich der nordafrikanischen Atlantikküste gelegene unbewohnte Archipel Savage Islands für eingenommen, rief die Republik „Castellum" aus und setzte eine 11-köpfige Interimsregierung ein. Die CLM stammt aus dem Umfeld der Gruppe „The 777 Nation", die den militärischen Kampf gegen Muslim_innen propagiert. Der „Krieg" zwischen dem bis dahin angeblich regierenden König Dan I. und der CLM dauerte laut Eigenaussage gerade einmal zwölf Stunden, da die „christlichen Befreier" eine „Blitzkriegstrategie" anwendeten. Mit Waffen und martialischem Gestus zumindest kennen sich die selbsternannten Befreier tatsächlich aus, handelt es sich bei dem „Minister für Einwanderung und auswärtige Angelegenheiten" doch um den wegen Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages verurteilten Deutschen Nick Greger. Dass dieser nicht nur eine bewegte Zeit in der Neonaziszene verbracht hat, sondern auch eine Menge Fantasie besitzt, zeigt die Republik „Castellum", die ganz uneitel auch als „Greger's Republik" firmiert.

Die Republik besitzt eine eigene Nationalhymne, eine Fahne, als Amtssprachen fungieren Deutsch, Englisch sowie Niederländisch; die anerkannte Währung ist der Euro. Menschen muslimischen Glaubens ist die Einreise verboten und wer sich im Hoheitsgebiet der „Republik" antifaschistisch oder marxistisch betätigt wird mit einer Gefängnisstrafe von fünf bis zehn Jahren bestraft. „Castellum" fehlt es an nichts – außer dem Besitz der Insel, auf der die Republik errichtet worden sein soll. Das Schiff nämlich, das die CLM für ihren „Feldzug" genutzt haben will, ist eigentlich im Besitz der portugiesischen Marine und das Foto der Landung, ebenso wie alle weiteren Textstellen zur Insel, lediglich einem Wikipediaeintrag zu den Savage Islands entnommen. Unabhängig von diesem kleinen Detail hat „Minister" Greger ganz konkrete Vorstellungen von seinem Aufgabenbereich. So erkennt er die volle Souveränität Südtirols, der Moldawischen Republik sowie der Fürstentümer Hutt River und Sealand an. Der Kosovo sollte nach Ansicht Gregers aber ein Teil von Serbien werden. Über diplomatische Beziehungen zum Königreich Deutschland (siehe AIB 98), dessen Gründer Peter Fitzek er getroffen hat, ist nichts bekannt. Vielleicht hat sich Greger auch nur inspirieren lassen.

Während die Autonomiebestrebungen mehr Schein als Realität sind, bleiben christlich-fundamentalistische Positionen fester Bestandteil Gregers extrem rechter Weltsicht und sollten gerade mit Blick auf seine Waffenaffinität sowie die der anderen Protagonisten um „The 777 Nation" nicht unterschätzt werden. •

Neonazi-„Aussteiger" entpuppt sich als V-Mann

In der AIB Ausgabe Nr. 95 berichteten wir unter dem Titel „Umgestiegen statt ausgestiegen" über den vermeintlichen Ex-Neonazi Nick Greger, der 2005 die Szene verließ und sich Jahre später als Schlüsselfigur der anti-islamischen Rechten mit ungebrochenem Waffenfaible und Verbindungen zum norwegischen Attentäter Anders Breivik präsentierte. Im Januar 2014 tauchten Hinweise aus Thüringen auf, wonach Greger möglicherweise als Spitzel des LKA Berlin tätig gewesen sein könnte. Hintergrund war ein Besuch von zwei Beamten der Behörde Ende Oktober 2013 im Raum Pößneck/Thüringen, wo Greger mittlerweile gemeldet war. Im Anschluss behauptete er unter anderem im rechtspopulistischen COMPACT-Magazin, er sei von zwei Beamten bedroht worden, nicht zum V-Mann „Piatto" auszusagen. Außerdem sei ihm zugesichert worden, dass bestimmte Akten für den Ausschuss mit Bezug zu ihm geschwärzt wurden. Im Innenausschuss musste Berlins Innensenator schließlich mehrfach Stellung beziehen und zusammen mit der Berliner Polizei den Verdacht teilweise einräumen. Nachdem Greger im Jahr 2000 wegen eines Rohrbombenbaus mit Carsten Szczepanski (V-Mann „Piatto") eine Haftstrafe absitzen musste, sei er noch in der JVA Tegel 2001 als V-Person „VP 598" angeworben worden. Acht dokumentierte Treffen hätten im Gefängnis stattgefunden, ein weiteres in Dresden. Einsatzbereiche Gregers seien die Band „Landser", der „Kampfbund deutscher Sozialisten", die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" sowie die Gruppe „United Skins" gewesen. Geld habe er bis zur Abschaltung keines bekommen, auch sei er nicht aufgefordert worden, vor einem Untersuchungsausschuss nicht auszusagen, beteuert die Berliner Polizei. In Pößneck sei nur ein „Sensibilisierungsgespräch" mit dem Ex-Spitzel durchgeführt worden, da man vertrauliche Akten im Zuge der NSU-Aufklärung an Abgeordnete weitergab und ein Datenleck befürchtete. Greger widerspricht heute, er sei keine VP gewesen. Vielmehr will er nach Eigenangaben als V-Mann vom Verfassungsschutz Sachsen von Februar bis August 1996 bis zu 2.000 DM erhalten haben. Am 1. Februar 2014 sollte er bei einer vom COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer organisierten Veranstaltung in Eisenach referieren. Kurz vorher ließ er seinen Auftritt jedoch platzen und verschwand wieder nach Afrika. Wie bekannt wurde, soll er sich zwischenzeitlich auch anderen Geheimdiensten als Informant gegen Geld angeboten haben. Die Aufarbeitung der V-Person Greger in den Parlamenten von Berlin und Thüringen dauert weiter an. •

TITEL

Immer wieder sucht die NPD nach Strategien, verdeckt an Bürger_innen heranzutreten, um ihren Rassismus unverdächtiger platzieren zu können. Erste Versuche, mit extrem rechten Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge und Migrant_innen in Stellung zu gehen, gab es in den 1980er Jahren. Besonders erfolgreich war die NPD mit dieser Strategie allerdings erst seit 2013.

Von Simone Rafael

Strategie: Extrem rechte Bürgerinitiativen

Im Jahr 2013 waren die extrem rechten Bürgerinitiativen die erfolgreichste Strategie im NPD-Umfeld. Unter Schlachtrufen wie „Nein zum Heim", „Kinderschutz statt Asylbewerber" oder „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma" schaffte es die NPD, an zahlreichen neuen Standorten für Flüchtlingsheime, die Ängste der Bevölkerung zu schüren, zu kanalisieren und sie hinter ihren rassistischen Bannern und Fackeln zu vereinen. So etwa im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf, in Bautzen, Greiz, Wolgast, Gransee oder Bad Belzig. Protestveranstaltungen wurden so schnell gekapert, wenn sie nicht eh von NPD-nahen Personen angemeldet wurden. Insgesamt waren es nach Medienrecherchen rund 50 von der NPD angemeldete Demonstrationen gegen Flüchtlingsheime im Jahr 2013.

Einen traurigen Höhepunkt fanden die Aktivitäten im sächsischen Schneeberg, wo rund 2.000 Menschen mit Fackeln durch den Ort zogen. Die nicht-rechten Parteien und Politiker_innen müssen dabei zumindest eine Mitschuld erkennen: Viele Anwohner_innen beklagten mangelnde Transparenz von Behördenentscheidungen, zu wenig Informationen und zu wenig Beachtung für ihre – zum Teil recht abstrusen – Ängste. Die NPD allerdings war da, um genau diese zu schüren. Im Fortgang des Jahres durfte aber bei immer mehr dieser Demonstrationen bezweifelt werden, ob dort wirklich noch empörte Bürger_innen mitlaufen – oder vielmehr Neonazis, die zum Teil von weit her für die Proteste anreisen. Einen PR-„Höhepunkt" erlebte die neonazistische Szene jüngst mit der „Bürgerinitiative" „Leipzig steht auf": Sie nutzte eine Idee der Astrid-Lindgren-Grundschule, mit Schüler_innen die benachbarte Flüchtlings-Notunterkunft zu besuchen, um rassistische Stimmung dagegen zu machen – und schaffte es immerhin von Dezember 2013 bis Februar 2014, dies als scheinbaren „Protest empörter Eltern" wirken zu lassen. Erst bei einer Demonstration am 3. Februar 2014 wurden die NPD-Drahtzieher_innen hinter der Aktion sichtbar.

„Nein zum Heim"

Flankiert wurden die Aktionen breitgefächert mit aktuell um die 40 Präsenzen in den Sozialen Netzwerken. Die heißen „Nein zum Heim in Friesack" oder „Geithain wehrt sich" und werden ebenfalls von der NPD oder NPD-nahen Akteuren ins Netz gestellt und mit „passender" rassistischer Propaganda bestückt, etwa einem roten Button mit der Aufschrift „Asylmissbrauch? Nein Danke!". Hier allerdings ist auffällig, dass sich mit der Zeit ein Netzwerk entwickelt hat, was in größeren Teilen selbstreferenziell bleiben dürfte – also eher das extrem rechte Klientel erreicht, die sich von einer Seite zu anderen „liked". Dieses Netzwerk zeigt sich inzwischen auch dadurch, dass es Facebook-Seiten gibt, die die einzelnen regionalen Aktivitäten bündeln, wie die Seite „Keine weiteren Asylantenheime in Deutschland" (17.447 Likes im Februar 2014). Diese Facebook-Präsenzen finden medial einen großen Nachhall, zeigen sie doch Menschenverachtung live zum Mitlesen. Tatsächlich funktionieren sie auch als Anlaufpunkt für bisher nicht organisierte Menschen, wie eine Recherche des Projektes „no-nazi.net – Für soziale Netzwerke ohne Nazis" unter Jugendlichen in einer Facebook-Gruppe gegen das Flüchtlingsheim in Schneeberg zeigte. Hier finden sich Jugendliche mit (bisher) unpolitischen Facebook-Profilen zwischen den NPD-Aktivist_innen, die auf Nachfrage bereits rassistische, an den Diskursen geschulte Argumentationen zeigen.

Bürgerinitiative Ausländerstopp

Die Idee der extrem rechten Bürgerinitiativen ist allerdings nicht so neu, wie es angesichts dieser Entwicklungen vielleicht scheint. Bereits 1980 gab es die erste „Bürgerinitiative Ausländerstopp". Mit der hetzten ehemalige NPD-Funktionäre erstmals 1980 in Wattenscheid gegen Migrant_innen, forderten unter anderem getrennte Klassen für „deutsche" und „migrantische" Kinder. In den 1990er Jahren machte dann die NPD-nahe „Bürgerinitiative Ausländerstopp" in Bayern von sich reden, die erstmals 1996 ein Mandat im Landkreis Neumark in der Oberpfalz erreichte, aktuell sitzen Vertreter in Stadträten in Nürnberg und München.



Foto: Christian Mang

Demonstration von ca. 150 Neonazis gegen die Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf. Eine Sitzblockade führte zum vorzeitigen Ende der Veranstaltung.

Schöner (und sicherer) Wohnen in ...

Während die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" zum einen ihren Rassismus im Titel trägt und zum anderen von Anfang an eher wie eine Partei-Organisation agierte (die sie ja auch war), gab es in den 2000er Jahren auch extrem rechte Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsheime, die verdeckter agierten und so die Idee der unauffälligen Kontaktaufnahme mit der nicht explizit rechten Bevölkerung besser erfüllten. Die hießen dann „Schöner Wohnen in ...", kamen aus der Kameradschaftsszene in Mecklenburg-Vorpommern und hatten zum Ziel, den Bezug neuer Flüchtlingsheime zu verhindern oder darauf Einfluss zu nehmen bzw. bestehende Heime zu schließen. Zu den Aktivitäten dieser „Bürgerinitiativen" zählten auch Gewalt androhende Graffitis an den Unterkünften selbst. Die Initiative „Schöner Wohnen in Wolgast" etwa gab sich bürgerlich und machte mit einem Flyer gegen das geplante Heim in Wolgast mobil. Sie sammelte über 300 Unterschriften, die dem damaligen Bürgermeister Kanehl (SPD) übergeben wurden. Das für die Unterbringung vorgesehene Gebäude wurde mit Drohungen beschmiert, wie „Wir wollen kein zweites Lichtenhagen und du Kahmel [sic!]?", oder „Lichtenhagen! Solingen! Möll! Wolgast?" Zugleich wurde auf zahlreichen NPD-Kanälen gegen „Asylmissbrauch" und „Überfremdung" gewettert. Ermutigt durch den Erfolg entstand 2004 die „Bürgerinitiative" „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermuende" des späteren NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller, der es gar gelang, 2.000 Unterschriften gegen ein Flüchtlingsheim in der Stadt zu sammeln. Ohne Zweifel waren diese Initiativen Vorbild für die vielen rassistischen Bürgerinitiativen, die sich 2013 gebildet haben.

Die Hetzer_innen sind teilweise noch die gleichen wie in den 1990er Jahren – und die Folgen?

Mecklenburg-Vorpommern hat sowohl als NPD-"Musterland", als auch in der Abwehr von Flüchtlingen eine traurige Tradition. Bereits 1992 war der heutige NPD-MV-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewksi verantwortlich für Flugblätter mit dem Titel „Widerstand gegen die Ausländerflut", die die „Hamburger Liste für Ausländerstopp" in Rostock-Lichtenhagen verteilte. Ziel war es damals die Stimmung unter der Bevölkerung zugunsten der Neonazis anzuheizen – das Pogrom von 1992 war die Folge auch dieser Hetze. Auch bei den Protesten 2013 gegen Flüchtlingsheime in Mecklenburg-Vorpommern ist Andrejewski wieder mit dabei, veröffentlicht – nun unter dem Label „NPD" – einen „Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft", der neue Ängste schürt: „Wenn aber Asylanten die Ruhestörer sein sollten und man sich beschwert, muß man damit rechnen, sofort als ‚Rassist' oder ‚Ausländerfeind' verunglimpft und fertig gemacht zu werden." oder „Vor Gericht wird bei solchen Vorwürfen [gemeint ist Rassismus] Ausländern eher geglaubt als Deutschen. Daher: Wenn schon mit Asylanten reden, dann nur mit deutschen Zeugen." Traurig, aber wahr: Angeblicher Asylmissbrauch oder Angst vor angeblicher Kriminalität sind 2013 immer noch Themen, die zur Mobilisierung taugen. Und es bleibt nicht nur bei Demonstrationen und Internetseiten: Nach Angaben der Bundesregierung wurden im Jahr 2012 insgesamt 24 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert. Bis Ende November 2013 waren es nach vorläufigen Angaben schon 43. Im Jahr 2014 dürfte sich diese Zahl noch erhöhen: Allein in den ersten zwei Monaten gab es etwa am Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf zwei Anschläge sowie drei Störungen und Bedrohungen. In Heiligenhaus (NRW) wurde im Januar an der Flüchtlingsunterkunft sieben Mal hintereinander Feuer gelegt. In Germering bei München gab es im Januar einen Brandanschlag, im Wohratal in Hessen drangen Rassisten in die Flüchtlingsunterkunft ein und demolierten sie. Bei diesen Vorfällen ist bisher kein Mensch lebensgefährlich zu Schaden gekommen – allerdings sind diese Angriffe, die die Verletzung oder gar den Tod von Menschen in Kauf nehmen oder sogar wünschen, eine enorme Belastung für die bereits traumatisierten Flüchtlinge in den isolierten Heimen, die sich eh von der Bevölkerung oft eher bestaunt bis beschimpft finden als aufgenommen. •

TITEL

In Baden-Württemberg gab es im letzten halben Jahr an vielen Orten Proteste gegen geplante Flüchtlingsheime. Neben der NPD, die in Isny eine Seite der bundesweiten Kampagne „Nein zum Heim“ gestartet hat, den Freien Nationalisten Esslingen und den Autonomen Nationalisten Göppingen, die mehrfach Flugblätter verteilt haben, melden sich hauptsächlich „besorgte Bürger_innen“ zu Wort. Baden-Württemberg soll in diesem Jahr fast 18.000 Flüchtlinge aufnehmen, davon sollen allein 1.000 in Stuttgart untergebracht werden.

Der klammheimliche Rassismus

Von Janka Kluge – Landessprecherin des VVN-BdA Baden-Württemberg

Ihre Argumente klingen fast immer ähnlich. Im Namen „besorgter“ Anwohner des Stuttgarter Stadtteils Feuerbach schrieben Anwälte der namhaften Kanzlei Zuck einen Brief an Stuttgarts Oberbürgermeister Kuhn. In Hattenbühl, der Teil von Feuerbach, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollten, gehört zu den Teilen Stuttgarts, in denen die Wohlhabenderen der Stadt wohnen. Dieser Stadtteil strahlt Ruhe und Behaglichkeit aus, keine laute Durchgangsstraße stört die Idylle. Hier hat nun die Stadtverwaltung eine Unterkunft für Flüchtlinge geplant. Die Anwohner befürchten, dass es vorbei ist mit ihrer Ruhe, „wenn direkt nebenan bis zu 159 beschäftigungslose und meist gelangweilte Männer im besten Alter miteinander herumhängen und sich gegenseitig anbrüllen oder rund um die Uhr ausgiebige Familienfeste im Freien gefeiert werden“.[1] Die Anwälte zeichnen in ihrem 16-seitigen Brief ein Horrorszenario. Es würde „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit fortlaufend zur Begehung von Straftaten“ kommen. Diese würden dann die Anwohner_innen untragbar beeinträchtigen. „Die Leidtragenden sind also in erster Linie die Anwohner und deren Kinder, die gar nicht für die Situation der Flüchtlinge verantwortlich sind.“ Dieser Brief, von nur vier Familien initiiert, erreichte, dass die Stadtverwaltung noch einmal über den Standort der Unterkunft nachdenken will. Inzwischen hat sich in Feuerbach ein „Freundeskreis für Flüchtlinge“ gebildet. Fast 100 Menschen haben sich verpflichtet, die Flüchtlinge, wenn sie in Feuerbach untergebracht sind, zu unterstützen.

Nicht so viel Unterstützung bekommen Flüchtlinge, die in einem leerstehenden Gebäude des Stuttgarter Bürgerhospitals untergebracht wurden. Hier protestierten Ärzte und Pflegepersonal, dass es den verbliebenen Patienten nicht zuzumuten sei, im kleinen Park auf Flüchtlinge zu treffen. Diese Kontakte würden die Genesungschancen der Patienten mindern. Außerdem bestehe die Gefahr einer erhöhten Kriminalität, so dass das Krankenhaus nicht mehr sicher sei.

Kaum Gegenwehr gegen rassistische Hetze gibt es auch im Stuttgarter Bohnenviertel. Dieser Teil der Stuttgarter Innenstadt ist geprägt durch Prostitution und Drogennutzer_innen. In einem schlecht gemachten Flugblatt, das an die Inhaber kleiner Läden und Kneipen im Viertel verteilt wurde, heißt es, dass es jetzt endlich gelungen sei, „anständige Menschen“ im Viertel anzusiedeln. Es wären auch neue Geschäfte im Viertel eröffnet worden. Mit der geplanten Unterkunft würden sie vertrieben. Außerdem würden durch die Flüchtlinge die Prostitution und die Anzahl der Drogenkonsument_innen im Viertel wieder ansteigen. In Stuttgart-Rohr wurden in einer geplanten, noch nicht bezogenen Flüchtlingsunterkunft vor einigen Wochen die Scheiben eingeschlagen. Außerdem wurde in unmittelbarer Nähe ein frisch geklebtes Plakat der NPD entdeckt.

Unmittelbar neben Rohr beginnt der Landkreis Böblingen. Hier hat es die NPD geschafft, bei den letzten Kommunalwahlen einen ihrer wenigen Abgeordneten in den Kreistag zu bekommen. Janus Nowak – er gilt als einer der Hoffnungsträger der Partei in Süddeutschland – hat die letzten Jahre dazu genutzt, massiv rassistische Hetze zu verbreiten. Er macht keinen großen Unterschied zwischen Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen und Menschen, die vielleicht schon seit Jahrzehnten hier leben. Er fordert die Abschiebung aller „Nichtdeutscher“. In Leonberg, einer Stadt im Landkreis, gibt es seit Jahren eine aktive Neonazistruktur. Die Stadt plant Container aufzustellen, in denen neben Flüchtlingen auch Wohnungslose untergebracht werden sollen.

Wenige Kilometer entfernt von Stuttgart liegt Waiblingen. Die Stadt ist eines der Zentren des Rems-Murr-Kreises. Hier gibt es Gegenden in denen Neonazis die Öffentlichkeit dominieren. Nicht weit davon

entfernt, in Winterbach, haben Neonazis am 10. April 2011 bei einem Grillfest Jugendliche mit Migrationshintergrund gejagt und verprügelt. Als einige von ihnen in einer Hütte Schutz gesucht hatten, haben die Neonazis diese angezündet. Nur durch Zufall ist niemand in den Flammen umgekommen (siehe AIB 91).

Im Waiblinger Stadtteil Ameisenbühl sollen in einem ehemaligen Büro- und Lagergebäude 75 Flüchtlinge untergebracht werden. Die Anwohner laufen jetzt Sturm gegen diese Entscheidung. Sie befürchten Vergewaltigungen, Überfälle und einen Anstieg von Rauschgifthandel in dem Stadtteil.

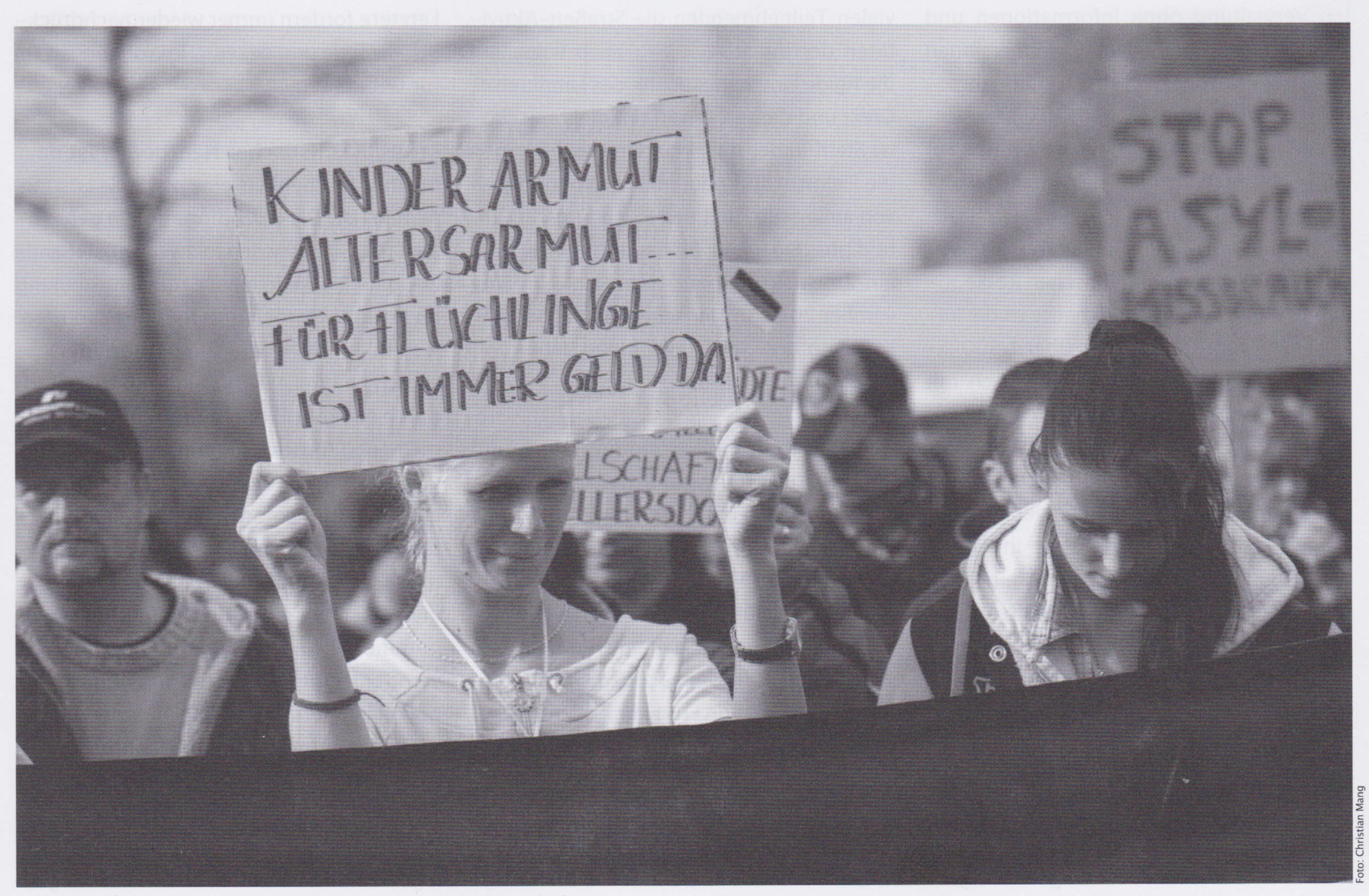
Nur wenige Kilometer entfernt haben Anwohner in Fellbach-Oeffingen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen geklagt. Das Verwaltungsgericht Mannheim hat dieser Klage entsprochen, weil die Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung angefochten wurde. Die Stadt wähnte sich auf der sicheren Seite, weil in dem Haus schon früher Jugendliche untergebracht waren. Unverständnis hat das Urteil nicht nur bei der Stadtverwaltung hervorgerufen, die schon 68 Flüchtlinge in dem Haus untergebracht hat, sondern auch bei antirassistischen Gruppen im Kreis.

In Kirchheim (Landkreis Esslingen) ist eine Flüchtlingsunterkunft seit letztem Frühjahr Ziel von Neonazis aus Esslingen und Göppingen. Sie verteilten immer wieder hetzende Flugblätter in dem Ort.

Auch im Kreis Ludwigsburg kam es zu Protesten aus der Bevölkerung. In der Stadt Sachsenheim hat die Stadtverwaltung Flüchtlinge in Containern untergebracht. Nachdem sich herausstellte, dass sie in einem fast unbewohnbaren Zustand waren, suchte die Stadt eine neue Unterkunft. Im Ortsteil Hohenhaslach baut die Stadt nun eine neue Unterkunft für 36 Flüchtlinge. Dieses Vorhaben stößt auf massive Ablehnung bei der Bevölkerung. Ihre Argumente unterscheiden sich von den anderen Anti-Flüchtlingsinitiativen. Da das Gelände mitten in den Weinbergen liegt, fürchten sie, die Flüchtlinge könnten durch das versprühte Pflanzenschutzmittel krank werden oder ein Kind unter einen Traktor kommen könnte.

Es ist fast egal, wohin man im Großraum Stuttgart schaut. Nahezu überall wehren sich Bürger_innen gegen die neu geplanten Flüchtlingsunterkünfte. Es ist völlig egal, dass Baden-Württemberg in den letzten Jahren seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen nicht nachgekommen ist. Der Rassismus versteckt sich hinter angeblich nachvollziehbaren Argumenten, die aber nur bedeuten: Die Flüchtlinge sollen nicht in unserer Nähe leben. Wo ist völlig egal. Es ist zu befürchten, dass neonazistische Gruppen diese Grundstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung in Zukunft für sich nutzen werden. •

1 Brief zitiert in Kontext Nr. 8.1.2014



„Bürgerliche" Parolen auf einer Neonazi-Demonstration in Berlin-Hellersdorf.

TITEL

Duisburg, Berlin-Hellersdorf, Schneeberg und Greiz, die Aufmerksamkeit antifaschistischer Kreise konzentrierte sich in den letzten Monaten auf einige wenige Orte, an denen sich Initiativen gegen neue Flüchtlingsheime oder andere zentrale Unterbringungen von Migrant_innen bildeten. Der verengte Blick auf diese vier Beispiele ließ kaum Aufmerksamkeit für weitere Brennpunkte übrig. Dabei gibt es zumindest in Thüringen bereits viele weitere Versuche rassistischer Mobilisierungen.

Thüringen – Viel Potential, kaum Ergebnisse

Von Juri – Linke Gruppe

Greiz: Erster Versuch der Neonazis

Die „Greizer Bürgerinitiative gegen ein Asylbewerberheim ‚Am Zaschberg'" basiert auf einer Initiative lokal bekannter Neo-Nazis, gut angebunden an NPD und „Autonome Nationalisten". Nachdem von der lokalen Verwaltung ohne Informationen und Kommunikation mit den Anwohner_innen der Großwohnsiedlung eine Erstaufnahmeunterkunft für Asylsuchende in einem verlassenen Schulinternat eingerichtet worden war, bemühten sich Neonazis mit Anwohner_innen und Bürger_innen ins Gespräch zu kommen. Mit der Bedienung rassistischer und sozialdarwinistischer Ressentiments jeglicher Couleur schaffte es die Initiative auf Facebook schnell über 1.500 ‚likes' zu sammeln und vernetzte sich mit anderen rassistischen Initiativen, z.B. in Schneeberg. Von Anfang an trat die Bürgerinitiative in Greiz offen verbalradikal und aggressiv auf, schnell fingen die anfänglich zustimmenden Greizer_innen an, die allfreitäglichen Demonstration, bei denen der bekannte Kameradschaftsaktivist aus Ostthüringen David Köckert („Revolutionäre Nationale Jugend Vogtland") als Anmelder in Goebbels ähnlicher Manier über die Lautsprecher-Anlage hetzte, zu meiden. Nachdem sich im Oktober und November 2013 immer mehr Antifaschist_innen und Antirassist_innen an den freitäglichen Mahnwachen für die Flüchtlinge beteiligten und am 9. November 2013 mehrere antifaschistische Gruppen, Gewerkschaften und Flüchtlingsorganisationen zu einer antirassistischen Demonstration mobilisierten, an der ca. 500 Leute teilnahmen, reduzierten sich nach einem weiteren Neonazi-Aufmarsch zwei Wochen später mit ca. halb so vielen Teilnehmenden die Straßen-Aktivitäten der Initiative. Übrig blieb vor allem die rigide Flüchtlingspolitik des Landkreises Greiz und dessen Landrätin, die ihre schöne Stadt in der Auseinandersetzung gegen die Heimsuchung durch „Linksextremisten von außerhalb" und den Flüchtlingsrat verteidigte. Einer der Höhepunkte war auch ein Zutrittsverbot zur Unterkunft im November 2013 an Menschen die gespendete Kleidung und Spielzeug in der Unterkunft vorbeibringen wollten.

Rassistische Mobilisierungen sind kein Privileg der Thüringer Provinz

Jenseits von Greiz sollen in Thüringen neue zentrale Unterbringungen entstehen oder, wie im Fall des Flüchtlingsheims in der Gemeinde Katzhütte bei Saalfeld, wiederbelebt werden. Neben Saalfeld sind Heiligenstadt, Erfurt und Jena-Lobeda mit Eröffnungsterminen von Frühjahr bis Mitte 2014 in der Diskussion. Begründet wird dies staatlicherseits mit dem Kontingent von Kriegsflüchtlingen aus Syrien, zu deren Aufnahme sich die Bundesrepublik durchringen konnte. Eine politische Finte: Einige Familien und Einzelpersonen aus diesem Kontingent sind bereits in Jena und Erfurt angekommen. Vermutlich soll der Verweis auf die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge die Akzeptanz für die zentrale Unterbringungen bei antirassistischen Initiativen wie dem Thüringer Flüchtlingsrat erhöhen. Letztere fordern immer wieder nachdrücklich die freie und dezentrale Wohnungswahl für Geflüchtete.

Erfurt: Rassistischer Nährboden ist da

In Erfurt ist ebenfalls eine ‚zentrale Lösung' geplant ist. Die Flüchtlinge sollen gemeinsam mit Obdachlosen in zwei leer stehende Neubau-Blöcke in einer Großwohnsiedlung im Erfurter Norden untergebracht werden. Als am 12. November 2013 diese Tatsache – nach einem Leak aus Stadtratsgremien – durch einen Artikel in der Thüringer Allgemeinen (TA) bekannt wurde, fanden sich unter der Online-Ausgabe und auf dem Facebook-Profil sofort zahlreiche Kommentare, die das vorhandene rassistische Potential in Erfurt offenbarten. Forciert wurde diese Stimmung, da die TA falsche Hausnummern von noch bewohnten Blöcken veröffentlichte. Insgesamt zeigte sich hier noch lange vor Beginn der Unterbringung ressentimentgeladene Ablehnung gegenüber Geflüchteten in der Stadt. Das Potential hatte die NPD bereits Mitte 2013 erkannt. So fragte Frank Schwerdt – als einziger Stadtrat der NPD – am 28. August 2013 in einer Kleinen Anfrage bereits nach



16. November 2013: Fackelmarsch von 1.500 Neonazis und Bürger_innen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in der ehemaligen Jägerkaserne in Schneeberg.

einer Unterbringung syrischer Flüchtlinge in der Stadt. Die NPD sondierte in Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes Themen. Seitdem ist mit dem Zerfall des Neonazi-Vereins PRO Erfurt um den ehemaligen Erfurter NPD-Vorsitzenden und VS-Spitzel Kai-Uwe Trinkaus eine ganze Reihe von Aktivist_innen zur NPD zurückgekehrt, die sich bereits im August aktiv am Bundestagswahlkampf der NPD beteiligten. Ihre neue Handlungsfähigkeit stellte die Erfurter NPD dann im Dezember 2013 mit einer Flugblatt Verteilungsaktion in der Nähe der Wohnblöcke der zukünftigen Flüchtlingsunterkunft unter Beweis, was sie mit einem zentralen Flugblatt der NPD Thüringen Anfang Februar wiederholte. Zudem zeigt der selbsternannte regionale „Autonome Nationalisten"-Kader und Demonstrations-Anmelder, Michel Fischer aus Tannroda bei Weimar, der weiterhin gute Kontakte zu dem jetzt bei der Erfurter NPD angekommenen Neonazi-Aktivisten und frisch gekürten NPD-Stadtratskandidaten Enrico Biczysko hat, Interesse an dem Thema. So war er u.a. in Schneeberg am Fronttransparent der Neonazidemonstration zu finden. Im Oktober 2013 wurden auch in Beichlingen innerhalb weniger Wochen mehrmals rassistische Plakate geklebt, als bekannt wurde, dass dort ein neues Erstaufnahmelager entstehen soll. Im ganzen Ort fanden sich Plakate wie „Zu wenig für zu viele Asylanten", „Fremd im eignen Dorf", „Demokratie - nein Danke" oder „Jugenddorf statt Asylheim". Die NPD befeuerte die Stimmung mit eigenen Flugblattaktionen. Im Juli 2013 attackierten zwei Bundeswehrsoldaten eine Gemeinschaftsunterkunft in Arnstadt mit Feuerwerkskörpern und beschimpften die Bewohner_innen rassistisch. Ab Herbst 2013 kam es in einem Dutzend anderer Thüringer Orten zu Protestaktionen gegen Geflüchtete bzw. ihre Unterkünfte.

Jena-Lobeda: Erste Bürgerversammlung

Auch in der Großwohnsiedlung Jena-Lobeda soll - am Rande der Stadt - eine Flüchtlingsunterbringung bis Ende 2014 entstehen. In dieser sollen bis zu 80 Personen eine Unterkunft finden. Der Einladung zu einer Bürger_innen-Sprechstunde des Ortsteilrat in Lobeda-Ost im Januar folgten ca. 70 Personen - unter Ihnen auch vereinzelt Neonazis, die sich jedoch nicht zu Wort meldeten. Darunter Nico Metze vom „Freien Netz" (FN) Jena, der bei Neonazi-Veranstaltungen in der Vergangenheit als Redner auftrat. Anders Dr. Heinz Schneider (REP, Kreisverband Jena, vormals Landesparteichef), ein Mitglied des Ortsteilrats, hielt mit seinem Weltbild nicht hinterm Berg: „Die, die hierher kommen, wissen doch gar nicht, was Not ist." Die Stadtoffiziellen wie Oberbürgermeister Schröter (SPD) begründeten die Wahl des Standorts mit Sachargumenten, reagierten konsequent auf menschenfeindliche Vorurteile und vermeintliche „Sicherheitsbedenken". Die Stimmung der anwesenden Bürger_innen eskalierte zwar nicht in fanatische Pöbelkonzerte, trotzdem war eine mehrheitliche Ablehnung der Unterbringung zu verzeichnen. Im Ergebnis verklebten Neonazis rechte Propaganda im Ortsteil, griffen die Situation in eigenen Veröffentlichungen auf und starteten eine virtuelle Initiative unter dem Namen „Nein zum Heim in Lobeda". Zudem verteilte hier - wie in Erfurt - Anfang Februar die NPD Material ihres Landesverbandes. Derzeit bleibt die Mobilisierungs- und Anschlussfähigkeit im Ortsteil allerdings gering.

Ausblick

Entscheidend für den Erfolg vor Ort und besonders in den Großwohnsiedlungen im Erfurter Norden und Jena-Lobeda dürfte sein, ob es der NPD und anderen Neonazis gelingt, sich in den örtlichen Milieus zu etablieren. Neonaziagitation hat Erfolgschancen, wenn sie es schafft, an das diffuse Gefühl der sozialen Benachteiligung und des Ausschlusses anzuknüpfen und dies völkisch-rassistisch aufzuladen. Die zahlreichen Facebook-Kommentare und Äußerungen auf öffentlichen Versammlungen nach dem Motto „Warum hier und nicht in der Innenstadt?" zeigen, dass gerade im Anschluss daran eine Hegemoniefähigkeit völkischer Positionen droht. Ein Hindernis für die Neonazis ist derzeit noch ihre geringe Verankerung in den örtlichen Milieus der betroffenen Stadtteile. Eine Tatsache, die bei einem anderen Standort oder einer veränderten Situation ganz schnell obsolet werden kann und ein Kippen in offene rassistische Organisierung ermöglicht. Dass Neonazis in Thüringen zum entscheidenden lokalen Faktor werden können, zeigt etwa der Herrenberg im Erfurter Südosten (siehe Antifaschistische Koordination Erfurt auf http://erfurtnazifrei.wordpress.com).

Die Lage bleibt also angespannt und braucht weiterhin Aufmerksamkeit von Antifaschist_innen. •

TITEL

Das Problem heißt Rassismus – doch was heißt das?

Von Maxim Kammerer, Felix Benjamin und Dan Charms

In diesem Beitrag möchten wir uns mit der von Avanti in dem Beitrag „Antifa in der Krise?!" (AIB Nr. 101) formulierten Aufforderung zu einer strategischen Debatte in der Antifa beschäftigen und aus der Perspektive der antirassistischen Linken heraus mit der gleichen Frage auseinandersetzen: Wie sind die neuen rassistischen Mobilisierungen in Deutschland zu bewerten und was können wir ihnen entgegensetzen? Hintergrund unseres Interesses sich an dieser Debatte zu beteiligen, ist, dass wir eine verwandte Krise des Antirassismus analysieren. Der Kern unserer Auseinandersetzung ist dabei die Konzeption von Rassismus in der Linken. Wir werden in diesem Beitrag daher zunächst die scheinbare Parallelität zu der Situation der frühen 1990er betrachten und darauf aufbauend eine neue Form der Rassismusanalyse für die gegenwärtige Situation sowie eine gemeinsame Beschäftigung mit Rassismus durch antifaschistische und antirassistische Zusammenhänge einfordern.



Foto: Christian Mang

Auffällig an der aktuellen Debatte sind die vielfachen Verweise auf die Situation in den 1990er Jahren, wie sie etwa auch Avanti formuliert, oder wie sie ausgiebig (wenn auch nicht sonderlich erhellend) in der Jungle World diskutiert worden ist. Wir halten die Frage in ihrer bisherigen Form für irreführend. Die 1990er Jahre, insbesondere die Auseinandersetzung um das Grundrecht auf Asyl und die eskalierende neonazistische Gewalt interessieren uns vielmehr in anderer Hinsicht: Sie markierten einen Wendepunkt an dem in der deutschen Linken eine breitere Auseinandersetzung mit Rassismus begann. Wenn wir also die strukturellen Blindflecken verstehen wollen, die mit zu gegenwärtigen Krisen antifaschistischer und antirassistischer Politiken geführt haben, so kommen wir nicht umhin, den Blick in die 1990er Jahre zu werfen und zu fragen, zu welchem spezifischem Verständnis und Konzeptionen des Rassismus sie geführt haben.

Wir plädieren dabei für einen relationalen Rassismusbegriff[1]. Denn uns interessieren die spezifischen historischen Konstellationen der Rassismen und die gesellschaftlichen Beziehungen, die durch Rassismus ermöglicht oder eben auch verunmöglicht werden. Nur so lässt sich die jeweilige Spezifität rassistischer Konjunkturen, ihrer eigenen Diskurse, Rationalitäten und Programme in Bezug auf die Gesellschaft fassen. Die Frage nach dem Rassismus wird so zu einer analytischen Kategorie und ermöglicht die Entwicklung von Gegenstrategien.

Was bedeutet das in Bezug auf die 1990er Jahre? Mit Gründung des bundesweiten Karawane-Netzwerkes, der Entstehung von kanak attak und dem Start der Kampagne kein mensch ist illegal gegen Ende der 1990er Jahre entstand eine antirassistische Bewegung, die bald ihre eigenen politischen Schwerpunkte, Formen und Praktiken entwickelte und sich damit von der Antifa-Szene unterschied. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Rassismus der 1990er Jahre, in dessen Zentrum die Auseinandersetzungen um das Grundrecht auf Asyl standen, ergab sich ein fast ausschließlicher inhaltlicher Fokus auf die Themen Flucht und Asyl. Zugespitzt lässt sich folgendes argumentieren: Die antirassistische Bewegung entwickelte einen Rassismusbegriff um die Figur des Flüchtlings und das Instituts des Asyls herum, während die antifaschistische Szene Rassismus ausgehend von der Ideologie und Praxis der

Neonazis analysierte. Die Fragestellung von avanti, wie mit den neuen, rechtspopulistischen Strömungen umzugehen ist, lässt sich in der Tat genau so lesen. Wenn also derzeit immer wieder diskutiert wird, ob die neuen rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlingsheime eine Wiederkehr der 1990er Jahre darstellen, so verstehen wir dies vor allem als die Frage, ob die tradierte Rassismusanalyse, aus den 1990er Jahren stammend, noch aktuell und angemessen ist.

Vergesst die 1990er!
Dies lässt sich klar verneinen. Denn in der Tat befinden wir uns derzeit in einer anderen politischen Konjunktur als in den 1990er Jahren. Diese waren gekennzeichnet von Wiedervereinigung, dem einhergehenden nationalistischen Taumel und dem Kollaps des Ostblocks, der zu vielfältigen Verschiebungen im globalen politischen Gefüge geführt hat. So würden auch wir festhalten, dass es derzeit kein gesteigertes Interesse an einer rassistischen Mobilisierung auf Seiten der offiziellen Politik gibt. Denn im Gegensatz zu den 1990er Jahren, als die kontrafaktische Auffassung, Deutschland sei kein Einwanderungsland, politisches Dogma war, und die neonazistische Propagierung der Schaffung so genannter „national-befreiter Zonen" nur der Widerhall der bundesrepublikanischen Auffassung war, die MigrantInnen des Systems der Gastarbeit würden schon noch in ihre Herkunftsländer „heimkehren", stellt sich Deutschland mittlerweile als Einwanderungsland dar, und arbeitet an der Schaffung einer so genannten Willkommenskultur. Dies mag angesichts fortgesetzter Abschiebungen und der Realität des deutschen Asylsystems zynisch klingen, ist aber nicht lediglich ein Lippenbekenntnis. Die Faktizität der Migration hat sich durchgesetzt, doch der Preis ist ein brutales und europäisiertes Grenz- und Migrationsregime, welches vor allem an den Grenzen Europas wirkt.

Doch die Rassismusbegriffe von Antifa und Antira funktionieren immer noch stark im Rückgriff auf die 1990er Jahre. Die fatale Inadäquatheit dieser Rassismuskonzeptionen wird gerade angesichts der Morde des NSU offenbar, deren – im Rückblick – offensichtlicher rassistischer Gehalt sowohl von Antifa als auch Antira nicht gesehen wurde. Denn die Morde konnten weder direkt mit Neonazis in Verbindung gebracht, noch richteten sie sich gegen Flüchtlinge.

Dabei wäre es möglich gewesen, mit einer up-to-date Analyse des Rassismus den rassistischen Gehalt zu erkennen. Anders als in den 1990er Jahren, als der Rassismus sich um die Frage des Asyl gruppierte, richteten sich die rassistischen Diskurse und Auseinandersetzungen der 2000er Jahre vor allem gegen MigrantInnen, die über das System der „Gastarbeit" nach Deutschland gekommen waren. Im Zentrum der gesellschaftlichen Debatte stand eben die Frage, ob Deutschland Einwanderungsland sei – und sie war hart umkämpft.

In den Kämpfen der antirassistischen Bewegung des letzten Jahrzehnts waren jedoch stets staatliche Institutionen Hauptadressat des Protests, während gesellschaftlicher Rassismus als störend, aber letztlich nicht unbedingt als relevant für die politische Zielsetzung wahrgenommen wurde. Es ging um die konkrete Durchsetzung von Rechten und die Bekämpfung der staatlichen Diskriminierung, der geflüchtete Menschen ausgesetzt sind. Diese Fokussierung auf staatlichen und institutionellen Rassismus sehen wir nicht als Irrweg. Er ist und war wichtig und richtig, ging es doch darum, die rassistischen Verfestigungen der 1990er Jahre, die sich in Gesetzen sowie institutionellen Praktiken niederschlugen, zurückzudrängen. Sie hat auch konkrete Erfolge gebracht.

Doch andererseits erzeugt die erneute rassistische Hetze gegen MigrantInnen, die sich vor allem in den vielfachen rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlingslager manifestiert, ein ganz konkretes Bedrohungsszenario für die Betroffenen, die eine solidarische Reaktion der antirassistischen Linken unumgänglich macht. Hier ist es notwendig, sich deutlicher als bisher zu den rechtspopulistischen und rassistischen Meldungen aus der Mehrheitsgesellschaft zu verhalten. Eine stärkere Auseinandersetzung mit diesen neuen Rassismen kann jedoch nicht bedeuten, dass künftig auf Kritik an staatlichem Rassismus verzichtet werden soll. Die Frage muss vielmehr sein, welche Verbindungslinien es zwischen politischen Kämpfen gegen Abschiebungen, Lagerzwang, Residenzpflicht und anderen diskriminierenden Gesetzen sowie einer Intervention gegen das rassistische Klima in der Öffentlichkeit gibt. Welche gemeinsame Sprache gibt es im Kampf um rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe?

Antifra!
Eine mögliche Antwort sehen wir im Aufbrechen der thematischen und organisatorischen Trennung zwischen antirassistischen und antifaschistischen Zusammenhängen, wie sie etwa auch die antifa nt vorschlägt. Damit meinen wir jedoch keinesfalls ledigliche eine stärkere gegenseitige Bezugnahme. Unser Vorschlag wäre vielmehr, den derzeit populären (und richtigen) Slogan „Das Problem heißt Rassismus" ernst zu nehmen und in eine detaillierte Analyse der gegenwärtigen Rassismen einzusteigen. Stichworte dieser Analyse sind neben der fortgesetzten Auseinandersetzung mit neonazistischen Mobilisierungen und dem europäischen Krieg gegen Flüchtlinge auch die neue Konjunktur antiziganistischer Rassismen, die rassistischen Ausschlüsse, die sich vor allem gegen südosteuropäische EU-BürgerInnen richten, sowie die neuen Konjunkturen der Renationalisierung, wie wir sie derzeit in Europa erleben.

Eine solche aktuelle Rassismusanalyse bietet die Chance, zu einem neuen Antirassismus zu führen, der nicht nur die Engführungen und Fallstricke der letzten Jahre, wie etwa der verstärkte Bezug auf Humanitarismus und Menschenrechte, vermeidet, sondern auch eine Vision von Gesellschaft und Zugehörigkeit formuliert. Denn Antirassismus kann nur erfolgreich sein, wenn er auch gleichzeitig Gesellschaftspolitik ist. •

1 Vgl. Manuela Bojadzijev: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration.

TITEL

Als Anfang Februar 2014 eine „Bürgerinitiative“ mit 80 Anhänger_innen im Leipziger Stadtteil Schönefeld gegen eine provisorische Unterkunft von Asylsuchenden protestierte, stand ihr auf der Seite einer antirassistischen Kundgebung das Zehnfache gegenüber. Längst war klar, dass es sich bei der „Bürgerinitiative“ um eine Filiale der NPD handelt, die hinterher die wirre Ansicht vertrat, hiermit die „erste Bürgerbewegung seit der Wiedervereinigung“ initiiert zu haben.

Antifa-Komitee Leipzig

Fermati Popolo oder: „Wie gegen Rassismus kämpfen?“

Der „Schneeberg-Effekt“ hatte im Fall der Großstadt nicht gezündet. Was jedoch anhält, ist das fortgesetzte Bemühen der NPD und anderer Akteur_innen der extremen Rechten, zu ihrem Brot-und-Butter-Thema zurück und damit neuen Anhang zu finden. In dieser Absicht entstanden im Laufe des vergangenen Jahres etliche neue „Bürgerinitiativen“, die gegen Asylsuchende agitieren. Die Mobilisierungsversuche schließen auch Orte ein, in denen die Schaffung von Unterkünften für Asylsuchende, die den durchgängigen Anlass für den rassistischen Protest hergeben, gar nicht ansteht. Dennoch lässt die extreme Rechte nichts unversucht, um sich auch hier zu inszenieren. Denn nicht zuletzt im Hinblick auf kommende Wahlkämpfe – die NPD muss um den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag bangen – erhofft sich die extreme Rechte, von der aktuellen rassistischen Welle zu profitieren.

Diese Welle ist nicht harmlos: Im Jahr 2013 kam es zu etwa 70 rassistischen Aktionen gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte, allein seit Mitte des Jahres gab es bundesweit neun Brandanschläge. Den Auftakt zu einer ganzen Serie von Übergriffen insbesondere in Sachsen gab ein – öffentlich kaum rezipierter – Angriff auf das Asylsuchendenheim in Chemnitz im Januar des vergangenen Jahres.[1] Die seitdem hinzugekommenen Ereignisse haben Antifaschist_innen und Antirassist_innen einigermaßen ratlos zurückgelassen, denn eine geeignete Interventionsstrategie existiert ebensowenig, wie eine schlüssige Analyse der Situation.

Was tun?

Eines vorweg: Die Suche nach geeigneten Gegenstrategien, zu der Avanti richtigerweise auffordert, hat zur Voraussetzung, sie nicht nur theoretisch zu empfehlen, sondern auch praktisch und auf längere Sicht verbindlich machen zu können. Die Strategie- ist immer auch eine Organisationsfrage. Und abgesehen von kurzfristigen lokalen Interventionen („Feuerwehrpolitik“), die notwendig bleiben werden, nimmt die Klärung dieser Frage mit einer vernünftigen Situationsanalyse nicht ihren Ausgang, sondern markiert nur den Anfang. Wenn es stimmt, dass „Antifa in der Krise“ ist und wir hier von der naheliegenden Gegenfrage ablassen, wann sie das mal nicht war, so ist es ein deutliches „Krisensymptom“, zu einer schlüssigen Analyse nicht gelangt zu sein.[2] Die jetzige Herausforderung besteht darin, rassistische Vorfälle nicht nur aufzuzählen, wenn sie sich häufen – sondern Rassismus endlich als hegemoniales, gesellschaftlich wirkmächtiges System zu begreifen.

Dem steht der nach unserem Dafürhalten falsche Eindruck entgegen, man habe es aktuell mit einer neuartigen Entwicklung zu tun. Diese Wahrnehmung mag etwas zu tun haben mit dem oft zu kurzen Gedächtnis linker Bewegungen: Tatsächlich gab es in Sachsen zuletzt in den Jahren 2008 und 2010 Brandanschlagsserien, die sich hauptsächlich gegen Geschäfte und Unterkünfte von Migrant_innen sowie gegen linke Einrichtungen richteten. Die neuerliche „Protest“-Welle ist insofern kein Backlash, der in die frühen 1990er Jahre zurückführt, sondern die Fortsetzung einer (damals nicht erst begonnenen, nicht allein innenpolitischen und nicht auf die BRD beschränkten) Entwicklung. Es handelt sich um einen politischen Prozess mit Konjunkturen, deren jüngste wir jetzt erleben.

Diese konkrete Entwicklung erklärt sich weder durch den weit verbreiteten Vergleich der heutigen Situation mit dem Pogromereignis Rostock-Lichtenhagen, auf den offenbar des hohen agitativen Symbolwertes wegen verwiesen wird[3], noch gelingt der extremen Rechten plötzlich eine „völkische“ Mobilisierung. Sie profitiert zum einen schlicht davon, dass im Zuge hegemonialer rassistischer Debatten („Sozialtourismus“) Positionen legitim erscheinen und artikulierbar werden, die ansonsten nicht sagbar wären. Es steht zum anderen zu befürchten, dass die extreme Rechte aus dem NSU-Prozess die brutale Lehre zieht, sich an der mörderischen Verfolgung von Mi-

grant_innen beteiligen zu können, ohne gestoppt oder am Ende belangt zu werden.

Brüche wagen!

Im Anschluss an, aber nicht in Übereinstimmung mit Avanti und dem (nicht nur ihrerseits) ausgeprägten Berlin-Fokus möchten wir drei Vorschläge machen, um in einer Strategie- und Organisationsdebatte auch praktisch voranzukommen.

Erstens: Nach unserer Einschätzung gibt es zumindest in Sachsen keinerlei Anlass zu dem Idealismus, zwischen Antifa-Bewegung und „bürgerlichen Unterstützer_innen", namentlich der Zivilgesellschaft, bestehe eine bewahrenswerte „Arbeitsteilung". Es ist gut und richtig, dass Opferberatungsstellen von Rassismus betroffene Menschen professionell unterstützen. Aber darüber hinaus ist die etatistische Zivilgesellschaft zu einer antietatistischen Kritik am Rassismus als hegemonialem System nicht imstande. Da sie nicht einmal die Zusammenarbeit mit dem „Verfassungsschutz" ausspart, taugt sie in Sachsen derzeit nicht als Bündnispartner_in.

Zweitens: Eine Stärkung der antirassistischen Perspektive heißt, den Blick – theoretisch wie praktisch – nicht auf die extreme Rechte zu verengen, sondern auch das rassistische, nationalistische und reaktionäre Meinungsvorfeld stärker zu kritisieren: Sei es die CSU („Wer betrügt, der fliegt!"), sei es die AfD. Es ist nämlich keineswegs gesagt, dass die extreme Rechte von rassistischen Konjunkturen profitiert: Zur Bundestagswahl war die AfD in Sachsen mit der Warnung vor einer „Zuwanderung in die Sozialsysteme" besonders erfolgreich, auch die lokalen Hochburgen decken sich mit denen der NPD. Der Einzug der AfD in den Sächsischen Landtag gilt derzeit als wahrscheinlich. Möglich ist hier auch eine absolute Mehrheit der CDU, deren hiesiger Innenminister das Thema Asyl mit dem Hinweis würdigte, man sei bundesweit Spitzenreiter bei Abschiebungen.[4]

Drittens: Wir müssen gemeinsam zu einer Situationsanalyse gelangen, die es möglich macht, aktuelle und kommende Konjunkturen des Rassismus bestmöglich zu stören und zugleich bessere soziale Bedingungen für Geflüchtete (wieder) zu erkämpfen. Das ist kein Kampf ums Ganze, schon gar kein revolutionärer, sondern ein pragmatisches Streiten um ein antirassistisches Minimum, für das und von dem aus ein neuer Versuch antifaschistischer Organisierung lohnenswert erscheint. Das setzt eine selbstkritische Bestandsaufnahme voraus, denn die bisherigen Großzusammenhänge (Avanti, Interventionistische Linke, Ums Ganze) haben es anlässlich der bundesweiten rassistischen Welle versäumt, die Initiative zu übernehmen. Die radikale Linke braucht offenbar einen Richtungswechsel, wenn sie endlich in die Offensive kommen will. •



Foto: Christian Mang

1 Vgl. www.zag-berlin.de/antirassismus/archiv/65anschlagschronik.html und www.dok-maar.de/?page_id=24 2 Dazu gehört auch das Versäumnis, falsche Analysen nicht nachdrücklicher zurückzuweisen. In der Zeitschrift Wildcat beispielsweise sind die rassistischen Morde des NSU ernstlich in Zusammenhang gebracht worden mit einem angeblichen bundespolitischen Bedarf, anlässlich der so genannten Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien „abschreckende Tatsachen […] auf die deutsche Art" zu schaffen; und nachgedruckt wird dieser Unfug in der Rote-Hilfe-Zeitung, die auch linken Verschwörungstheoretiker_innen wie Wolf Wetzel Platz einräumt. 3 Oft verbunden mit der falschen Implikation, Lichtenhagen sei Anlass für die faktische Abschaffung des Asylrechts gewesen, dessen weitgehende Einschränkung aber schon zuvor beschlossene Sache war. Nicht viel passender sind immer neue Variationen des Verhältnisses von „Mob und Elite" als typischer Ausweis einer ansonsten unterbliebenen Arendt-Lektüre. 4 Vgl. www.medienservice.sachsen.de/medien/news/188191 – Die Pressemitteilung erschien unmittelbar vor dem dritten und bisher größten „Lichtellauf" in Schneeberg.

TITEL

Im November 2011 war die Welt noch eine andere. Das gilt besonders für die antirassistische Bewegung. Der Refugee-Strike, die Non-Citizens, die besetzten Plätze, Märsche, Durststreiks, die Lampedusa-Bewegung in Hamburg, schließlich die Reaktionen auf die erschütternden Unglücke im Mittelmeer im Oktober 2013: Die vergangenen zwei Jahre waren eine Phase flüchtlingspolitischer Dynamik, wie es sie vorher in Deutschland nie gab.

No Border Lasts Forever
Konferenz antirassistischer Netzwerke

Von Christian Jakob

Im November 2011 hatten antirassistische Netzwerke zum letzten Mal nach Frankfurt zur Konferenz mit dem doppelsinnigen Titel „No Border Lasts Forever" eingeladen. Die als eine Art informelle Vollversammlung der Flüchtlings-Szene gedachte Zusammenkunft hatte schon damals hohe Ansprüche: Einen Weg zu entwerfen von „den Mühen der Ebene zu Visionen der Befreiung" – das war das Ziel. Damals stellte sich vor allem die Frage, wie angesichts der alles überlagernden Krisenpolitik antirassistische Diskurse stark gemacht werden konnten.

Am letzten Februar-Wochenende diesen Jahres kamen etwa 400 Aktivist_innen zur Folgekonferenz in die Frankfurter Universität. Und nun war die Lage eine andere. „Aktuell erleben wir eine transnationale Verstetigung und Verfestigung der Kämpfe um Bewegungsfreiheit", hieß es im Aufruf für Frankfurt. „Gleichzeitig sind wir mit der andauernden Grausamkeit des europäischen Grenzregimes konfrontiert, das unverändert Tod und Leid schafft." Viele Impulse aus der Bewegung sind seit 2011 ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung vorgedrungen. „Unsere Bewegung hat das Potential, Europa zu verändern. Aber wir sind keine Sprinter, wir müssen Marathon-Läufer sein", sagte dazu ein Flüchtling auf der abendlichen Podiumsdiskussion in der Frankfurter Universität.

Bleibt die Frage, in welche Richtung gelaufen werden soll. Bernd Kasparek von „Welcome2Europe" empfahl zur Positionsbestimmung zunächst einen Blick zurück: „Haben wir im Oktober etwas versäumt?" fragte er auf einer Veranstaltung namens „Another Crack In The Wall?". Erstmals sei es so gewesen, dass die europäische Öffentlichkeit der Erzählung, die Schlepper seien Schuld an all den Toten Migrant_innen, nicht mehr folgen mochte: „Diesmal stand das Grenzregime im Zentrum der Kritik." Hätte die Bewegung da nicht die Chance gehabt, endlich offene Türen einzurennen, mit ihrer seit Jahren geäußerten Kritik an Dublin II/III, an Frontex, an der Festung Europa schlechthin – sie aber verpasst? Zu wenig mobilisiert, zu wenig Diskursmacht aufgebaut? Denn fest steht: Innenpolitisch schlugen sich die ausdauernden Flüchtlingskämpfe möglicherweise an einigen Stellen im Koalitionsvertrag nieder; etwa bei der angekündigten Bleiberechtsregelung. Auf EU-Ebene aber konnten die konservativen Innenpolitiker alle Kritik aussitzen. Reformen gab es hier keine, im Gegenteil: Die demnächst verabschiedete neue EU-Seeaußengrenzenverordnung wird die Abschottung Europas weiter vorantreiben. Frontex bekommt mehr Befugnisse denn je.

Und trotzdem: Versäumt habe die Bewegung nichts, erklärte Kasparek. Im Gegenteil: „Unsere Arbeit der letzten zehn Jahre war die Voraussetzung dafür, dass diese ganzen kritischen Berichte überhaupt erschienen sind." Die Wissensproduktion der Bewegung habe die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Propaganda von Stimmen wie dem deutschen Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich öffentlich kritisch aufgenommen wurde. „So müssen wir weiter machen."

„Welche Krise? Welche Grenze?" hieß das sich anschließende Samstagspodium. Aufbauend auf den Erfahrungen mit der Blockupy-Organisierung sollte ausgelotet werden, ob ein Kurzschluss zwischen den europäischen Krisenprotesten und Flüchtlingskämpfen sinnvoll sein könnte. Als die Moderator_innen dem Publikum diese Frage stellten, erhoben sich zur Zustimmung fast alle der 400 Anwesenden. Doch die politische Substantiierung dieses Vorhabens stieß schon am nächsten Vormittag an erste Grenzen: Der dazugehörige Workshop blieb mit nur wenig – weißen – Teilnehmer_innen überschaubar.

Denn ansonsten war die Konferenz deutlich anders zusammengesetzt, als einst: Knapp die Hälfte der Teilnehmer_innen waren diesmal Migrant_innen, erheblich mehr als 2011. Und auch der Aufruf zur Konferenz wurde gemeinsam von mehrheitlich Weißen und migrantischen Gruppen unterzeichnet. „Die kämpferischste

mehrsprachige Versammlung der letzten Zeit mit einem lebendigen Austausch und starker gegenseitiger Ermutigung" – so sah Hagen Kopp von der Gruppe „Kein mensch ist illegal" das Wochenende. Denn trotz aller Bemühungen um die Verbindung zwischen weißem Antirassismus und migrantischen Kämpfen sind solche Zusammenkünfte dünn gesät.

Die größten Flüchtlings-Selbstorganisationen – das Karawane-Netzwerk und The Voice – waren in Frankfurt allerdings nicht vertreten. Denn bei aller Harmonie, ja Euphorie, vor allem im Hinblick auf den europäischen Flüchtlingsmarsch im kommenden Juni von Straßburg nach Brüssel: Völlig friktionsfrei ist das Verhältnis von weißen und migrantischen Antira-Gruppen keineswegs.

Zum Tragen kamen diese Differenzen schon im Vorfeld der Konferenz: Im Januar 2014, während der Massenproteste von Flüchtlingen in Israel, veröffentlichte das Karawane-Netzwerk eine Erklärung in „Solidarität mit den protestierenden Flüchtlingen im 1948 besetzten Palästina". Darin nannte es die „Unterdrückung, unter der die protestierenden Flüchtlinge leiden" mit der „rassistischen und kolonialistischen Denkart des zionistischen Projekts direkt verbunden." Die schon seit langem ein organisatorisches Eigenleben führende, eher undogmatisch gesonnene Münchner Ortsgruppe mochte dies nicht stehen lassen: Sie kritisierte daran, die „offen zu Tage tretenden antisemitischen Denkmuster" und „distanzierte (sich) scharf" von ihrer antiimperialistischen Dachorganisation – und musste sich dafür als neokoloniale „white supremacists" geißeln lassen.

Viele fürchteten, dieser das Grundproblem der Bewegung – das Verhältnis von weißen und migrantischen Aktivist_innen – berührende Konflikt, werde auch die Konferenz bestimmen. Schließlich steckte vielen Aktivist_innen das Kölner Grenzcamp 2012 noch in den Knochen: „Kritische Weiße" waren damals, mit dem nicht unsympathischen Anliegen auf den Plan getreten, szeneinternen Rassismus zu bekämpfen. Doch ihre vorgeblich dem Antikolonialismus verpflichteten, ethnisierenden Kategorien und ihr Auftreten als moralisch-autoritäre Sprach- und Bewegungspolizei riss tiefe Gräben in die antirassistische Bewegung.

Mittlerweile hat der Konflikt sein Spaltpotenzial aber eingebüßt: Während in Köln der Streit um das Verhältnis von schwarzen und weißen Aktivist_innen mit manchen „Kritisch Weißen" erbitterte Konfrontationen nach sich zog, blieb der dem Thema gewidmete Workshop in Frankfurt ruhig: „Es gab eine produktive Auseinandersetzung", sagte Kasparek. „Einige Interventionen, insbesondere die aus der alten Kanak Attak Fraktion, haben sich gelohnt." Die „alte Kanak Attak Fraktion" hatte in mehreren Stellungnahmen unter dem Stichwort „De-Colorize it" den biologistischen Essentialismus der radikalen Critical Whiteness-Auslegung kritisiert.

Auch die Gruppe „transact!" hatte den Kölner Clash zum Anlass genommen, pünktlich zur Frankfurter Konferenz eine Broschüre mit dem Titel „Wie Deine Freiheit mit meiner verbunden ist" vorzulegen. Die Botschaft: Gemeinsame Organisierung zwischen Weiß und Schwarz ist ebenso möglich wie nötig. Das zeige nicht nur die Erfahrungen der letzten 15 Jahre, sondern auch die Gegenwart. „In der Zusammensetzung der Konferenz" – über ein Drittel Migrant_innen „hat sich nicht nur die Existenz der Flüchtlingskämpfe in den letzten Jahren niedergeschlagen. Sie hat auch gezeigt, dass der von der autoritären Strömung der Critical Whiteness-Gruppen herbeigeredete Gap nicht existiert", sagte Olaf Bernau von „transact". „Jedenfalls nicht im Sinne davon, dass eine Zusammenarbeit nicht möglich wäre." Viele Beiträge auf der Konferenz kamen von Flüchtlingsaktivist_innen, „das hieß aber nicht, dass mensch nicht gemeinsam und auch kontrovers diskutiert hätte." •

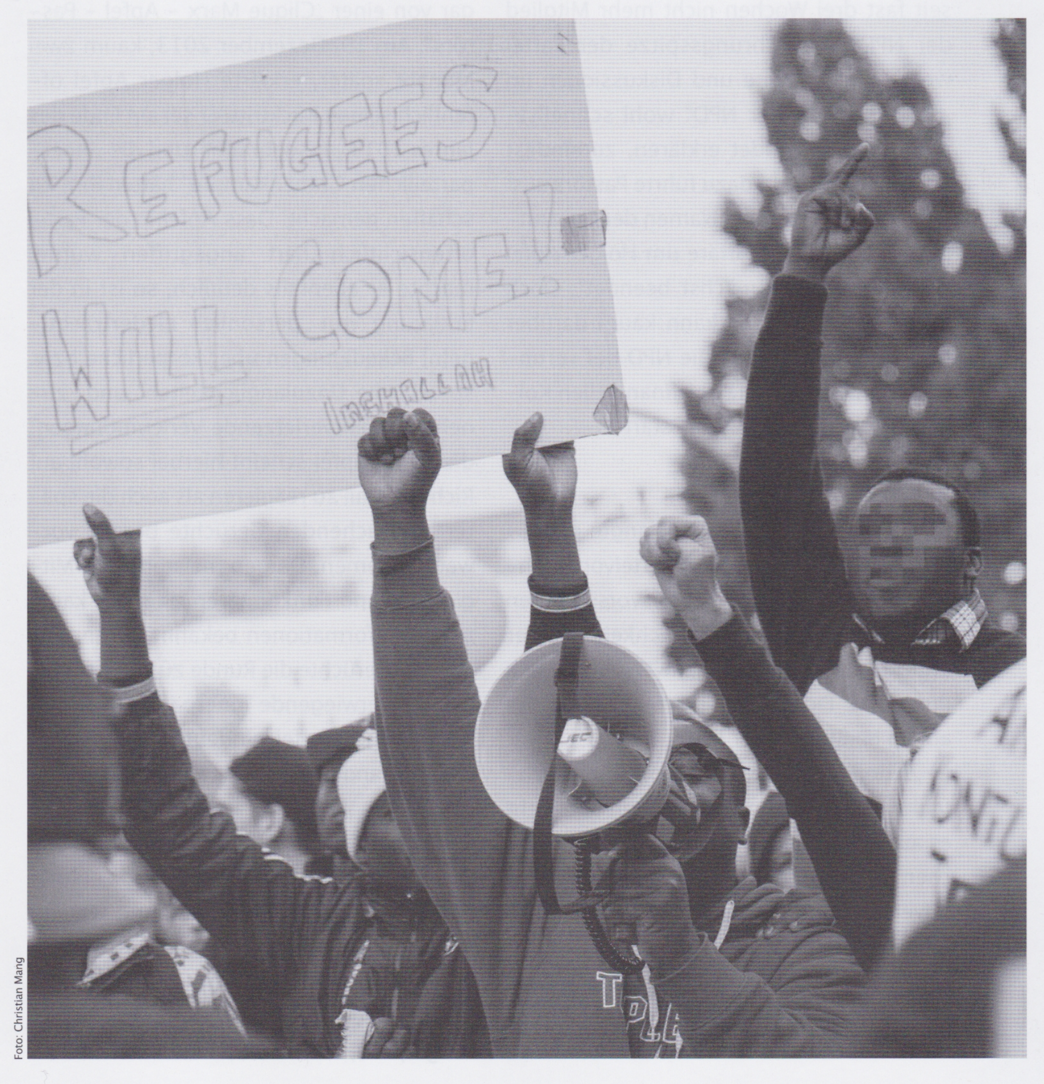


Foto: Christian Mang

NS-SZENE

Das fünfzigste Gründungsjahr der NPD startet für die neonazistische Partei alles andere als gut. Kurz vor Weihnachten 2013 trat nach kaum 2jähriger Amtszeit der Parteichef Holger Apfel von all seinen Ämtern zurück und aus der Partei aus. Die Umstände des Rücktritts dürften selbst in der Partei bisher kaum wirklich geklärt sein.

NPD in der Krise

Als Udo Pastörs, Chef der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, am 11. Januar 2014 auf dem Neujahrsempfang der sächsischen NPD-Landtagsfraktion sprach, war Holger Apfel bereits seit fast drei Wochen nicht mehr Mitglied der NPD. Die Führungsspitze der Partei wollte die Gerüchte und Diskussionen im „Schicksalsjahr der NPD" wohl schnellstmöglich für beendet erklären, zumindest öffentlich. Passend dazu führte Pastörs aus: „Ich erkläre hiermit im Namen der Gesamtpartei der NPD die Affäre um Holger Apfel für nach außen zunächst beendet". Doch auch diese Erklärung kann kaum darüber hinwegtäuschen, dass die NPD tief verunsichert und am Rande des finanziellen Kollaps in ihr „Schicksalsjahr" startet.

Rücktritt mit Vorspiel

Bereits im Oktober 2013 gelangte eine E-Mail des stellvertretenden Parteivorsitzenden und bayerischen Landesvorsitzenden Karl Richter an die Öffentlichkeit. Richter attackierte darin Apfel schwer und sprach ihm seine Eignung als Parteivorsitzender ab. So heißt es in der Mail:

„Schon ein Parteivorsitzender mit Sprachfehler ist an sich ein Unding; man übersieht es aus Höflichkeit, muß aber darüber sprechen, wenn der bedauernswerte Betroffene unversehens um sich schlägt. Ist ein Parteivorsitzender wirklich ein so gutes Aushängeschild für uns, der während unserer Auftritte bei der Deutschlandfahrt demonstrativ abseits steht und fortwährend mit pummeligen Fingerchen auf seinem Mobiltelefon herumtippt?"

Außerdem griff Richter den Generalsekretär Peter Marx und den stellvertretenden Vorsitzenden Udo Pastörs scharf an, spricht gar von einer „Clique Marx - Apfel - Pastörs". Am 19. Dezember 2013, kaum zwei Monate später, erklärte Holger Apfel öffentlich seinen Rücktritt. Er sei am Ende des Jahres 2013 „ausgebrannt" und die „innerparteilichen Grabenkämpfe" hätten ihm zu schaffen gemacht. Dass Apfel in der Partei offensichtlich hart angegriffen wurde, machte er ebenfalls deutlich, so ist in der Erklärung von „persönlich niederträchtige[n] Beleidigungen über körperliche bzw. sprachliche Unzulänglichkeiten" und „zunehmend ehrverletzende Verleumdungen" die Rede. Apfel scheint hierbei sowohl auf Richters Mail zu reagieren als auch die später auftauchenden Gerüchte bereits vorwegzunehmen. Da den meisten NPD-Mitgliedern und Funktionären offenbar kaum andere Informationen bekannt waren, begannen Gerüchte die Runde zu machen, die auf schwerwiegende innerparteiliche Vorwürfe gegen Apfel hindeuteten. Ein Bundestagskandidat der NPD aus Sachsen-Anhalt legte Apfel bei Facebook gar den Selbstmord nahe. Die Partei schien in den Diskussionen tief verunsichert und zerstritten. Eine wirkliche Unterstützung war für den gebürtigen Hildesheimer öffentlich kaum zu vernehmen. Am 24. Dezember 2013 folgte eine weitere - interne - Erklärung Apfels, in dem dieser auch seinen Parteiaustritt verkündete. Erneut verweist Apfel darin auf seine Erschöpfung, für die vor allem die „politischen Grabenkämpfe und persönlichen Hasskampagnen" in der Partei und der Szene verantwortlich seien. Erstmals wurde deutlich, welche Vorwürfe gegen Apfel bestehen. So heißt es in der Erklärung: „Neben einem vor vielen Jahren angeblich ähnlich gelagerten Fall soll ich vor vier Monaten einen Ordner bei einem nächtlichen Dorffest ‚unsittlich' angefaßt haben. Tatsache ist, daß es nach einem anstrengenden Aktionstag ein geselliger Abend war, an dem viel getrunken wurde; Fakt ist auch, daß ich von Beginn an eingeräumt habe, kein Erinnerungsvermögen an diesen Abend zu haben."

Apfel selbst konnte also die Vorwürfe gegen sich kaum entkräften. Vielmehr ließ Apfels Austrittserklärung erahnen, welcher Druck innerparteilich aufgebaut wurde. So heißt es weiter in dem internen Schreiben: „Da selbst das [Rücktritt von allen Ämtern] meine Gegner nicht ruhen läßt, erkläre ich nach 24-jähriger Mitgliedschaft meinen Austritt aus der NPD." Gleichzeitig greift Apfel das Präsidium der Partei scharf an, da man über ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn beraten habe, ohne ihn anzuhören. Und auch die angeblich existierenden eidesstattlichen Erklärungen des Betroffenen seien ihm nicht vorgelegt worden, so Apfel. Öffentlich äußerste sich lediglich Matthias Faust, ehemaliger DVU-Chef und heute NPD-Funktionär, zu den Vorwürfen. Faust war selbst zugegen und sagte, er ha-



Der NPD-Parteichef Holger Apfel musste nach einer innerparteilichen Auseinanandersetzung nach 24 Jahren seine Partei verlassen.

be von einem Übergriff nichts bemerkt und dies auch dem Parteipräsidium detailliert mitgeteilt. Beachtet wurde diese Aussage offensichtlich kaum, denn Anfang Januar schienen bereits alle Messen gelesen und Apfel war aus Amt und Würden vertrieben.

Neues Jahr, neue Machtkämpfe

Trotz Pastörs' Bekundungen, die Affäre sei beendet, scheint die Partei weiterhin tief verunsichert. Zahlreiche Beiträge von Parteimitgliedern und Funktionären in den sozialen Netzwerken zeigen dies deutlich. Die derzeitigen Vorbereitungen auf ein Wahljahr mit zahlreichen Kommunalwahlen, drei Landtagswahlen und der Europawahl, bringen die Mitglieder dazu, nach außen hin etwas gezwungen wirkend, Ruhe auszustrahlen. Für die Neonazis geht es 2014 um viel: finanzielle Probleme, zahlreiche Wahlen und ein Verbotsverfahren. Doch mit Apfels Ausscheiden eröffneten sich gleichzeitig neue Machtkämpfe. Pünktlich zum beginnenden Jahr steht der Alt-Vorsitzende Udo Voigt wieder als Führungsfigur bereit und sorgte bereits mit seiner Kandidatur als Spitzenkandidat zur Europawahl für eine erste Niederlage Pastörs. Bereits im Vorfeld hatten beide ihre Bereitschaft geäußert, als Spitzenkandidaten die NPD in die Europawahl führen zu wollen. Am 18. Januar 2014 führte die NPD ihren Europaparteitag im thüringischen Kirchheim durch und die Delegierten bestimmten Udo Voigt zum Spitzenkandidaten für die Wahl. Auf den zweiten Listenplatz wurde der Historiker Olaf Rose gewählt, der aktuell im sächsischen Landtag für die Partei tätig ist. Pastörs zog seine Kandidatur zurück, als erkennbar war, dass er keinen aussichtsreichen Platz erlangen würde. Trotz aller nach außen demonstrierter Geschlossenheit zeigt sich so deutlich, dass Pastörs keineswegs den Rückhalt der gesamten Partei genießt. Geradezu absurd erscheinen daher seine öffentlichen Verlautbarungen zum Zustand der Partei. Bereits vor dem Europaparteitag schrieb Pastörs in der NPD-Zeitung Deutschen Stimme: „Mit beeindruckender Geschlossenheit wird unser Parteitag seine Kandidatenliste für den Europawahlkampf bestimmen, soviel kann ich schon jetzt [...] sagen." Pastörs scheint der Partei so mehr eine „Geschlossenheit" zu verordnen, als dass diese tatsächlich vorhanden ist. Inwieweit eine orakelte Radikalisierung der Partei eintreten wird, ist bisher kaum zu sagen. Außer der Ankündigung, man wolle wieder enger mit den „Freien Kräften" zusammenarbeiten, hat Pastörs bisher, entgegen der Erwartungen, kaum öffentlich eine Neuausrichtung erkennen lassen. Der fragile Zustand der Partei könnte sich – wenn nicht bereits zuvor – spätestens nach den zu erwartenden Wahlniederlagen in diesem Jahr zeigen, wenn die Machtkämpfe an der Spitze erneut beginnen werden. •

NS-SZENE

Eine politische Einschätzung der jährlichen Neonazidemonstration, ihrer Verankerung in der regionalen Szene und den Bedingungen einer antifaschistischen Intervention für Januar 2015.

AK Antifa Magdeburg

Runder Geburtstag der Bombardierung

Der Magdeburger „Gedenkmarsch" und die regionale Neonaziszene

Auch 2014 wurde der sogenannte „Gedenkmarsch" in Magdeburg durch ein massives Polizeiaufgebot und den flexiblen Einsatz mehrerer Ausweichrouten durchgesetzt. Mit rund 900 Neonazis im Stadtgebiet pegelte sich die Teilnehmendenzahl auf einem konstant hohen Niveau ein.

Die Anfänge des „Gedenkmarsches" liegen in der Beteiligung Magdeburger Neonazis an der städtischen Gedenkveranstaltung, welche anlässlich der Bombardierung Magdeburgs 1945 jedes Jahr am 16. Januar stattfindet. Nach einer Distanzierung der bürgerlichen Trauerkundgebung von ihrem neonazistischen Flügel, führten die Neonazis eigene Gedenkkundgebungen durch, aus welchen sich der seit 2001 stattfindende „Gedenkmarsch" entwickelte. Im Januar 2015 jährt sich die Bombardierung der Stadt zum 70. Mal, wodurch mit einer weiteren Steigerung der Teilnehmendenzahl zu rechnen ist.

Die „Initiative gegen das Vergessen"

Der „Gedenkmarsch" wird von der 1999 gegründeten „Initiative gegen das Vergessen" organisiert. Diese bildete sich aus Mitgliedern der Kameradschaft „Festungsstadt Magdeburg", welche später als „Nationale Sozialisten Magdeburg" auftrat. Zwischen der „Initiative" und den Organisator_innen des „Trauermarsches" in Dresden gibt es eine enge Zusammenarbeit, was sich u.a. in einer gemeinsamen Internetseite ausdrückt.

Aus der Gründergeneration der „Initiative gegen das Vergessen" übernehmen die früheren NPD-Kandidaten Tino Steg und Christian Schwidder regelmäßig Ordneraufgaben auf den „Gedenkmärschen", so auch am 18. Januar 2014. Drei weitere Neonazis präsentieren sich öffentlich für die „Initiative": Andy Knape, Andreas Biere und Sascha Braumann.

Andy Knape ist das wahrnehmbarste Gesicht der „Initiative". Die Organisation der Demonstration und dessen Etablierung im Szenekalender geben seiner NPD-Karriere Auftrieb. Knapes Arbeitsschwerpunkt hat sich in den letzten Jahren von der Region Magdeburg auf die Bundesebene der NPD verlagert. Er ist Mitarbeiter der Fraktion im Sächsischen Landtag, leitet den bundesweiten NPD-Ordnerdienst, ist seit 2012 Bundesvorsitzender der JN und hat einen Beisitz im Bundesvorstand der NPD. Knape war 2013 und 2014 Anmelder des „Gedenkmarsches".

Andreas Biere war der führende Kopf der 2007 aufgelösten Kameradschaft „Festungsstadt Magdeburg". Ein Blick auf seine Vergangenheit zeigt deutlich, wie fest der 36-Jährige Klein Wanzlebener in der Szene verankert ist. Anfang 2001 reiste Biere gemeinsam mit einem weiteren Mitglied des „Selbstschutz Sachsen-Anhalt" nach Südafrika und besuchte in der Region um Kapstadt ein neonazistisches „Trainingszentrum" (vgl. AIB 99). Zeitweise war Biere stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Magdeburg und zudem in „Blood and Honour"-Strukturen eingebunden. Derzeit tritt er mit Redebeiträgen, Vorträgen und Publikationen in Erscheinung. Biere ist Herausgeber des einschlägigen Magazins „Ein Fähnlein" und veröffentlichte allein im NPD-nahen „Nation und Wissen" Verlag zehn Bücher



Mit #blockmd hatte erstmals ein Bündnis aus Parteien und Verbänden offensiv zu Blockaden aufgerufen.



14. Januar 2014 in Magdeburg – Schweigeminute bei der Neonazidemo. Rechts außen: Andreas Biere

mit NS-Biographien, vorwiegend von SS-Mitgliedern. Am 18. Januar 2014 hielt er einen Redebeitrag auf der Zwischenkundgebung und leitete die Schweigeminute an.

Der dritte öffentlich präsente Aktivist der „Initiative gegen das Vergessen“ ist Sascha Braumann, welcher ebenfalls eine typische Magdeburger Neonazi-Laufbahn vorweisen kann. Er organisierte Konzerte für „Blood and Honour“ und spielte selbst als Bassist in der NSHC Band „System Coffin“. Nach der Auflösung der Kameradschaft „Festungsstadt Magdeburg“ 2007 trat er der NPD bei und kandidierte 2009 für den Magdeburger Stadtrat. Im Januar 2013 meldete Braumann einen zweiten Termin für den „Gedenkmarsch“ an, welcher in antifaschistischen Kreisen für Verwirrung sorgen sollte. In diesem Jahr übernahm er Ordneraufgaben.

Entwicklungen in der regionalen Naziszene

Obwohl der „Gedenkmarsch“ die sichtbarste und konstanteste neonazistische Veranstaltung in der Region ist, entwickelt sich die Neonaziszene unabhängig von diesem weiter. Die politische Entwicklung von Biere und Braumann stehen stellvertretend für viele organisierte Magdeburger Neonazis: um 2007 herum lösten sich Teile der Kameradschaftsstrukturen auf. NPD und JN bekamen starken Zuwachs. In den folgenden Jahren war die NPD die dominierende neonazistische Struktur in der Region. Die Landtagswahl 2011 wurde vom NPD-Spitzenkandidaten Matthias Heyder als „Schicksalswahl für die gesamte nationale Bewegung in Deutschland“ ausgerufen und mit bundesweiter Unterstützung geführt. Das Ergebnis von 4,6 Prozent zerlegte den Landesvorstand und schwächte die Partei nachhaltig. Heute steht die NPD Sachsen-Anhalt ohne fähige Kader, ohne Landesgeschäftsstelle und ohne politische Perspektive da.

Andere neonazistische Gruppen in der Region gewinnen seit 2011 wieder an Bedeutung. So machten die „Freien Kräfte Magdeburg-Schönebeck“ in den vergangenen zwei Jahren mit einer Demonstration am 26. Januar 2013, konstanter Beteiligung an bundesweiten Neonazidemonstration und zahlreichen Übergriffen auf sich aufmerksam. Mitglieder der Gruppe waren u.a. an einem rassistischen Übergriff am 31. August 2013 beteiligt, der jedoch mit Stich- und Schnittverletzungen bei den angreifenden Neonazis endete. Dass die meisten Angeklagten im aktuellen Bernburg-Prozeß ebenfalls aus Schönebeck kommen, scheint in diesem Zusammenhang kein Zufall. In Bernburg wurde am 21. September 2013 ein Imbissbetreiber von neun Angreifern rassistisch beleidigt und anschließend schwer verletzt. Ob Mitglieder der „Freien Kräfte Magdeburg-Schönebeck“ tatsächlich beteiligt waren, wird der Verlauf des Prozesses zeigen.

Neben explizit neonazistischen Gruppen sorgen auch Entwicklungen am Rande der NS-Szene für Unbehagen. So soll Florian B., der einen Ruf als Neonazi-Hooligan genießt, den Motorrad Club „Division 39 Magdeburg“ gegründet haben. Das Logo des Vereins, welches 2013 auf den Kutten der Mitglieder sowie auf der Facebook-Seite der „Division“ in Erscheinung trat, bestand aus einem SS-Totenkopf mit dem Schriftzug „Division 39“. Die 39 bezieht sich dabei auf die Postleitzahl der Region. Als Reaktion auf antifaschistische Veröffentlichungen verschwand die Seite aus dem Netz. Seit Februar 2014 ist die Facebook Seite wieder öffentlich. Das neue Logo der „Division“ enthält keinen SS-Totenkopf mehr. Es bleibt abzuwarten, ob die „Division 39“ ein kontinuierliches Projekt wird und wie neonazistisch sie ihr Profil gestaltet.

Verhinderung des „Gedenkmarsches“: Blockade, Bratwurst, Antifa?

Die bürgerlichen Protestformen gegen den „Gedenkmarsch“ unterliegen in den letzten Jahren einem langsamen, aber stetigen Wandel. Beweis dafür waren in diesem Jahr die sogenannten „Meilensteine der Demokratie“, welche vom „Bündnis gegen Rechts“ organisiert wurden und als Anlaufpunkte für friedliche Blockaden dienten. Mit „Block MD“ trat 2014 erstmalig ein Blockadebündnis auf die Bühne, welches nicht von Antifa-Gruppen initiiert wurde, sondern sich aus Partei- und Gewerkschaftsstrukturen zusammensetzt. Auch wenn die bürgerlichen Blockaden den „Gedenkmarsch“ am 18. Januar 2014 kaum beeinträchtigten, scheint dieser Protest für die Verhinderung des Aufmarsches zukunftsweisend. Für antifaschistische Gruppen besteht die Gefahr, in der politischen Beliebigkeit staatstragender Bündnisse und friedlicher Sitzblockaden unterzugehen.

Der AK Antifa strebt für Januar 2015 eine bundesweite antifaschistische Mobilisierung gegen den „Gedenkmarsch“ an, die in einem solidarischen Verhältnis zu bürgerlichen Blockadeakteur_innen steht, jedoch auf eigene Aktionskonzepte und klar formulierte politische Inhalte setzt. Das Ziel der Kampagne ist es, den bundesweiten „Gedenkmarsch“ zu verhindern und zugleich antifaschistische Strukturen in der Region Magdeburg zu stärken. •

NS-SZENE

Im März vergangenen Jahres wurden in vier Bundesländern bei über 30 Neonazis Hausdurchsuchungen durchgeführt. Ziel war das neonazistische „Aktionsbüro Mittelrhein", dessen 26 Mitglieder anschließend wegen Bildung einer „kriminellen Vereinigung" vor dem Landgericht Koblenz standen. (Vgl. AIB Nr. 94)

Mit § 129 StGB gegen Neonazistrukturen

Anklage gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein"

Den 7. Januar 2014 werden einige Neonazis in positiver Erinnerung behalten: An dem Tag schlossen sich die Tore der JVA Koblenz vorerst zum letzten Mal hinter ihnen. Damit wurden nach knapp 22 Monaten die letzten sieben Angeklagten des Verfahrens gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein" (ABMR) aus der Untersuchungshaft entlassen.

Zwischenfazit zu einem der größten Prozesse gegen Neonazis der letzten Jahrzehnte

Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Koblenz musste die Angeklagten, darunter den Neonazi-Funktionär Sven Skoda, den früheren NPD-Kreisvorsitzenden Sven Lobeck und den Neonazi-Aktivisten Christian H., ziehen lassen, da eine längere Untersuchungshaft unverhältnismäßig zu der zu erwartenden Strafe sei. Damit ist die Strategie der Verteidigung in einem wichtigen Punkt aufgegangen: Auf der einen Seite werden fast pausenlos die Angeklagten thematisiert, die unter dem „unnötig langen" Prozess leiden würden, auf der anderen Seite wird das Gericht mit einer Flut von Anträgen überschwemmt, die den Prozess in die Länge ziehen sollen. Die Absicht ist klar: Der Prozess soll platzen, ohne dass es zu einem Urteil kommt.

Es sind bzw. waren eine ganze Reihe von Szene-AnwältInnen in die Verteidigung eingebunden, darunter Nicole Schneiders (Ettlingen, Baden-Württemberg) und Olaf Klemke (Cottbus), die beide Ralf Wohlleben im NSU-Prozess in München verteidigen; Steffen Hammer, der frühere Sänger der RechtsRock-Band „Noie Werte"; Dirk Waldschmidt, ehemals im Vorstand der hessischen NPD und in der Vergangenheit selbst schon im Visier der Staatsanwaltschaft Koblenz; Andre Picker, Hausanwalt der Dortmunder Neonazi-Szene; Hans-Otto Sieg aus Frankfurt der Wert darauf legt, dass er auch schon Linke verteidigt habe sowie der frühere Republikaner-Funktionär Björn Clemens aus Düsseldorf, der mit tief ins Gesicht gezogener Mütze am letzten „Trauermarsch" im November 2013 in Remagen teilnahm. Clemens war damit mit seiner Mandantschaft auf der wichtigsten Neonazi-Demonstration der Region und das direkt vor den Augen der Staatsanwaltschaft, die die Versammlung aufmerksam beobachtete.

Vor allem aus ihren Reihen wird im Gerichtssaal Stimmung gemacht, der Staatsanwalt auf persönlicher Ebene angegangen und Antrag um Antrag gestellt.

Einer der Hauptangeklagten hingegen hat keinen Szene-Verteidiger: Sven Skoda lässt sich vom bekannten Düsseldorfer Anwalt Udo Vetter verteidigen. Vetter hat einen guten Ruf als Strafverteidiger, er trat bei Veranstaltungen des Chaos Computer Club (CCC) auf und war Bundestagskandidat für die Piraten Partei. Beim Thema Prozess stößt er ins selbe Horn wie die Szene-AnwältInnen: er beklagt die „unnötig verlängerte Untersuchungshaft" und dass die Angeklagten vor dem „Trümmerhaufen ihrer privaten Existenz" stünden.

Dies trifft nicht auf alle Angeklagten zu. Obwohl der Prozess noch läuft und ein Ende noch nicht abzusehen ist, sind einige der Neonazis schon zielstrebig dabei, sich eine bürgerliche Existenz aufzubauen, wie das Beispiel eines Angeklagten aus dem kleinen Westerwaldörtchen Asbach zeigt:

Dem studierten Informatiker Michael D. wird vorgeworfen, für die interne Anti-Antifa-Datenbank des Aktionsbüros verantwortlich gewesen zu sein. Daneben war er bei der Kameradschaft „Sturm 08/12" aktiv und pflegte seit Jahren enge Kontakte zu dem Neonazi-Funktionär und früheren NPD-Kandidaten Ralph Tegethoff. Nach eigenen Angaben hat er im Oktober 2013 in Koblenz ein Studium aufgenommen und spezialisiert sich im IT-Bereich. Bei ihm kann keine Rede davon sein, dass er wegen seiner jahrelangen Aktivitäten, der Untersuchungshaft und dem Verfahren in seinem Dorf gesellschaftlich isoliert ist: Eine einschlägige Facebook-Seite, die den vermeintlichen „Justizskandal" in Koblenz anprangert, erfreut sich dort an Beliebtheit. Auch der Bürgermeister hatte zwischenzeitlich auf „gefällt mir" geklickt.

Unter den insgesamt über 50 AnwältInnen sind viele, die bisher weder durch größere Verfahren noch durch Verteidigungen von Neonazis aufgefallen sind. Einige von ihnen lassen sich von der Stimmung der Szene-AnwältInnen anstecken. So verbreitet die Strafverteidigerin Kerstin Rüber aus Koblenz auf ihrer Homepage ein von Björn Clemens geschriebenes Gedicht über den Prozess, das sich in Neonazikreisen an Beliebtheit erfreut. Einem der Angeklagten wird darin wegen seiner Aussagen im Prozess „Zusammenhalt und Ehre" abgesprochen.

Gegen vier Angeklagte, die der Szene den Rücken gekehrt hatten und umfangreiche Aussagen machten, ergingen bereits im November 2013 erste Urteile. Ihr Verfahren wurde abgetrennt, zwei bekamen Haftstrafen von 18 bzw. 21 Monaten die zur Bewährung ausgesetzt wurden, die zwei anderen eine Bewährungszeit von zwei Jahren ohne Haftstrafen.

Es ist damit zu rechnen, dass Gericht und Staatsanwaltschaft versuchen, weitere Verfahren abzutrennen. So wird der Prozess Stück für Stück übersichtlicher und der Druck auf diejenigen, die bisher weder Reue noch Zusammenarbeit erkennen lassen, wird durch die Aussagen der anderen erhöht. Auch der ehemalige Neonazi-Funktionär Axel Reitz hatte sich offenbar überlegt, dass er nicht die nächsten Jahre im Gefängnis verbringen möchte. Er sagte zwar aus, doch bisher war wenig Brisantes dabei.

Die extreme Rechte beobachtet den Prozess sehr genau

Es wird sich mit den Angeklagten solidarisiert, die „hart bleiben" und „die Klappe halten", Sven Skoda wird geradezu als „Märtyrer" verklärt. Die neonazistische Partei „Die Rechte" ruft am 15. März 2014 unter dem Motto „Zusammenhalt ist unsere Stärke – Gegen Repression und Behördenwillkür – Solidarität mit Sven und den anderen" zu einer Demonstration auf.

Verschiedene einschlägige rechte Zeitungen wie „ZUERST!" berichteten über den Prozess. Das Gericht scheint im Umgang damit überfordert zu sein: Auf der linken Homepage indymedia tauchten Fotos auf die zeigten, dass Neonazis mit NSDAP-Symbolik im Gerichtssaal saßen.

Besonders für Belastungszeug_innen ohne eigenen Rechtsbeistand ist die Situation im Gerichtssaal unerträglich. Einige Neonazi-AnwältInnen taktieren, ihre Mandanten hätten sich nur gegen die Antifa gewehrt, die gehöre auf die Anklagebank. Aussagen können sich so über mehrere Sitzungstermine erstrecken. Im Publikum dominieren an vielen Prozesstagen die angereisten Neonazis, da von antifaschistischer Seite keine Prozessbeobachtung stattfindet.

Der § 129 StGB

Im nördlichen Rheinland-Pfalz versuchen die Behörden seit Jahren, neonazistische Organisationen mit dem §129 StGB zu zerschlagen. Dabei dürfte es der Staatsanwaltschaft weniger um die Möglichkeiten des Ausforschens (etwa mit Telefonüberwachungen) gehen, die der § 129 StGB ermöglicht, sondern um etwas anderes: Mit dem Vorwurf der kriminellen Vereinigung muss nicht jedem einzelnen Neonazi eine konkrete Straftat zugeordnet werden, sondern die Mitgliedschaft als solche ist die Straftat. Körperverletzungen und weitere Straftaten kommen bei einzelnen dazu. Knackpunkt ist also, ob die Staatsanwaltschaft nachweisen kann, dass es sich beim ABMR um eine kriminelle Vereinigung handelt – und die Mitglieder sich wegen dieser kriminellen Ziele dem ABMR angeschlossen bzw. es unterstützt haben.

Der aktuelle Prozess wegen Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, des Aktionsbüros Mittelrheins, ist der größte und spektakulärste, aber nicht der erste. In den letzten Jahren waren es mehr als 100 organisierte Neonazis, die in Koblenz vor Gericht standen, ein Großteil davon zeitweise inhaftiert. (vgl. AIB Nr. 94) Trotz dieser Prozesse wiederholen Behörden seit Jahren mantrahaft, dass es kein Problem mit Neonazis im Land gebe. Im Weinkulturland Rheinland-Pfalz, wo Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, soll es keine negativen Schlagzeilen geben. Sorgsam wird darauf geachtet, dass den Behörden die Deutungshoheit nicht entgleitet, empfindlich wird auf kritische Veröffentlichungen und Darstellungen reagiert. Für Beobachter_innen stellt sich die Frage, warum bisher keine ähnlichen Maßnahmen gegen das Aktionsbüro Rhein-Neckar in Ludwigshafen ergriffen wurden. Die dortige Neonaziszene spielt nicht in der Regional-, sondern in der Europaliga und ist mit der Führungsspitze der neonazistischen „Hammerskins" verstrickt (vgl. AIB 97).



Am 18. August 2012 zogen Neonazis mit einem Zitat von Sven Skoda auf dem Transparent durch Koblenz. Links im Bild, Christian Worch.

Worch taucht auf

In Rheinland-Pfalz ist es der norddeutsche Neonazifunktionär Christian Worch, der versucht das Thema zu besetzen. Bereits am 18. August 2012 veranstaltete er eine Kundgebung vor dem Gericht. Etwa 200 Neonazis beteiligten sich damals. Vor einigen Monaten wurde der damals noch inhaftierte Sven Skoda als Spitzenkandidat zur Europawahl von Worchs Partei „Die Rechte" (DR) nominiert.

Bei der für den 15. März 2014 geplanten Demonstration dürften mehrere Neonazis dabei sein, die die JVA Koblenz gut von innen kennen. •

NS-SZENE

Vermehrt versuchen bei Neonazis beliebte Bekleidungsmarken wie „Thor Steinar", »Brachial« oder »Label 23« in anderen »unpolitischen« Kreisen neue Absatzmärkte zu erschließen. Neben „Label 23" und „Brachial" geriet in der Vergangenheit auch „Walhall Athletik" wegen der Bemühungen, im Bereich der Kampfsportszene Fuß zu fassen, in die öffentliche Kritik.

Martin Peters, Arne Zillmer

Rechte Sportsfreunde

Kampfsportmarken suchen Absatzmärkte

Die Marke Brachial

Zur Marke Brachial wurden schon mehrfach Informationen von regionalen AntifaschistInnen und JournalistInnen veröffentlicht: Die Gründung der Kampfsport-Marke „Brachial" und der Marke „Barstool Sports" soll demnach auf Ralf Marschner („Manole") zurückgehen. Bei der Marke „Brachial" trat er offiziell jedoch nicht selber in Erscheinung.[1] Ralf Marschner organisierte in den 1990er Jahren eine Vielzahl von Neonazi-Konzerten und war in der Zwickauer Neonazi-Szene lange Zeit federführend. Er war Mitglied und Mitbegründer der RechtsRock-Band „Westsachsengesocks" und in den Zwickauer Neonazi-Laden „The Last Resort" involviert. Zudem trat das Firmengeflecht um ihn als Sponsor im Bereich von Kampfsport-Veranstaltungen auf, um in der Szene Fuß zu fassen. Der Verkauf der Marke „Brachial" erfolgte überdurchschnittlich stark durch Läden der extrem rechten Szene. Seit bekannt wurde, dass Ralf Marschner unter dem Decknamen "Primus" ein knappes Jahrzehnt für den Verfassungsschutz die Neonazi-Szene bespitzelt hatte, dürfte der eher politisch orientierte Teil der Szene auf der Suche nach anderen Kampfsport-Kleidermarken sein.

Die Marke Walhall Athletik

Eindeutige Positionierungen und Bezüge auf den Nationalsozialismus sucht man bei „Walhall Athletik" vergebens, die Marke richtet sich nach Eigenangabe vor allem an Kampfsportler. Im „täglichen Kampf mit sich selbst in einer verdorbenen Welt" stelle man „Werte wie Ehre, Treue, Disziplin und Tapferkeit in den Mittelpunkt". Solche Aussagen, in denen die in manchen Teilen der Kampfsportszene nicht ungewöhnlichen Männlichkeitsvorstellungen deutlich werden, lassen jedoch nicht auf den politischen Hintergrund des Gründers schließen.

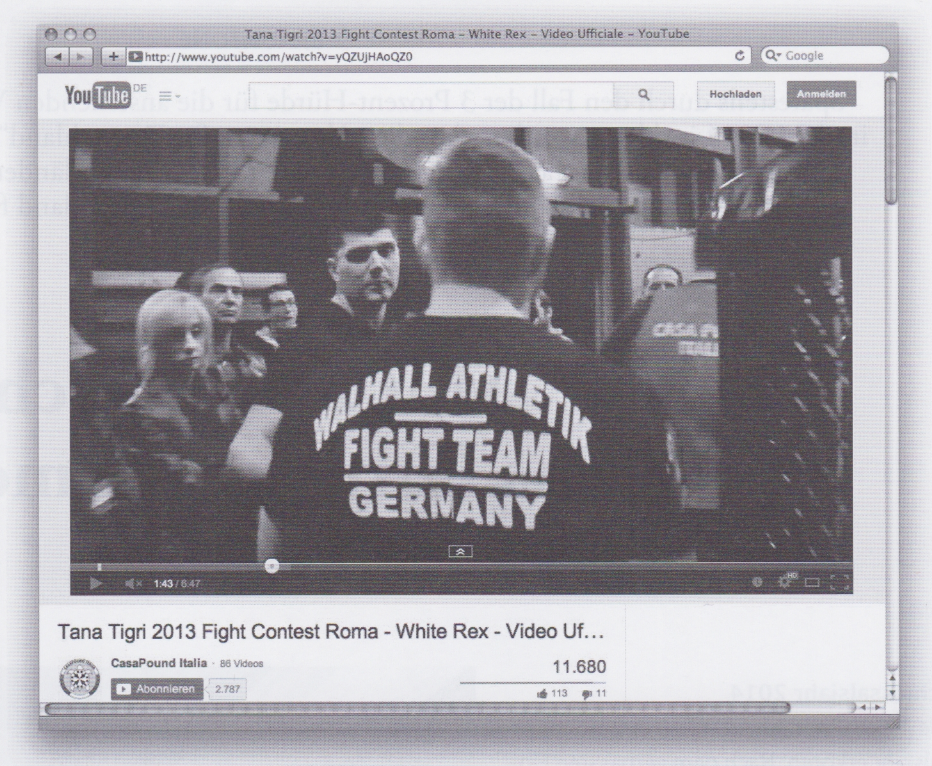
Die nähere Betrachtung der „Walhall Athletik"-Kämpfer zeigt jedoch, in welchen Gewässern die Marke beim Sponsoring von Sportlern fischte. Der „Ostbayerische Meister 2011" im Jugend-Weltergewicht, Florian Lobensommer, taucht beispielsweise in den veröffentlichten Kundendateien der Neoaziversände „Nationales Versandhaus" und „Odin-Versand" auf. Der aus Dortmund stammende Kämpfer Timo Kersting wiederum gehörte dem Umfeld des mittlerweile verbotenen Nationalen Widerstand Dortmund an.[2] Dieser stieg im März 2013 für das „Walhall Athletik Fight Team Germany" während des 18. „Der Geist des Kriegers"-Turniers in Jekaterinburg in den Ring. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung von der russischen Neonazimarke „White Rex". Unterstützung aus der Ringecke erhielt Kersting dabei von Andreas Kolb aus dem Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Bei einem von dem faschistischen Casa Pound Italia und russischen Neonazis von White Rex organisierten Kampfsportturnier Ende Mai 2013 in Rom bestritt Andreas Kolb zwei Kämpfe für das „Walhall Athletik Fight Team". Auch Timo Kersting stieg dort für das Promo-Team der Marke wieder in den Ring.[3] Die Marke „White Rex" zielt primär auf die Kampfsportszene ab, nach der Selbstdarstellung heißt es, mit dem Kampfsportturnier wolle man die „Verankerung des Sportes im gesunden Teil unserer europäischen Jugend" und den „Geist des Kriegers in unserem Volke" fördern. Neben Turnieren organisiert die Marke auch Konzerte, auf welchen schon die deutschen Neonazi-Hardcorebands „Moshpit" und „Brainwash" spielten.

Erste Rückschläge für „Walhall Athletik"

Mittlerweile wird „Walhall Athletik" von entsprechenden Veranstaltern größtenteils gemieden. Kurzzeitig war es der Marke gelungen, ihr Logo im März 2013 beim MMA-Event „No Compromises Fighting Championship" zu verbreiten. Nachdem mehr über die Marke bekannt wurde, schwärzten die Veranstalter das Logo, gaben an, keinen direkten Kontakt zur Marke selbst gehabt zu haben und distanzierten sich glaubwürdig von rechtem Gedankengut. Der Bremer MMA-Kämpfer Michael Wöhlke kündigte nach dem Eklat ebenfalls das Sponsoring

durch die Marke. Aktuell versucht sich „Walhall Athletik" vor allem im Fun- und Extremsportbereich zu etablieren. Zuletzt trat die Marke als Sponsor beim „1. Internationalen Weltcup" der Shredder (Hindernisrennen auf Mini-Ketten-Fahrzeugen) in Zainingen auf, ganz selbstverständlich an der Seite lokaler Geschäfte. Neben einem großen Werbebanner am Parcour trat mit Alfons Meier ein eigener Fahrer an.

Verantwortlich zeichnet sich für die im Januar 2014 registrierte Marke die im August 2013 gegründete „HI PROM Fashion UG" von Eva Hierl aus Walderbach.[4] Die Kauffrau Eva Hierl (ehem. Eva Pavlisová) trat auch als Geschäftsführerin der Solarfirma HI PROM PROJECT GMBH und der Firma HI PROM ENERGY UG auf, die unter der gleichen Anschrift wie die HI PROM Fashion UG firmierten.[5] In einer öffentlichen Erklärung heißt es, man sei unpolitisch und pflege getreu der Markenphilosophie „über Ländergrenzen hinweg" „Kontakt zu Menschen mit wahren Werten – egal welcher Herkunft, Kultur oder Rasse". Tatsächlich werden Kämpfer aus verschiedenen Ländern gesponsort. Auffällig ist hierbei allerdings eine gewisse Überschneidung bei den Länderkontakten der Firma und Regionen mit einer starken rechten Szene, so z.B. bei der ungarischen Region Györ, aus der vier der Walhall Athletik-Kämpfer stammen.



Deutsche Neonazis traten für das „Walhall Athletik Fight Team Germany" bei einem von dem faschistischen Casa Pound Italia und russischen Neonazis von White Rex organisierten Kampfsportturnier Ende Mai 2013 in Rom.

Die Tschechien-Connection

Ein genauerer Blick auf einige der von „Walhall Athletik" gesponsorten Sportler aus Tschechien lässt den unpolitischen Anstrich des Labels weiter bröckeln. Kamil Grim beispielsweise ist Mitglied des ebenfalls von „Walhall Athletik" gesponsorten Gewichtheberteam „Metalpower Powerlifting" (MPP) und gilt als einer der Hauptwerbeträger der Marke. Das Prager Gewichtheberteam fiel regionalen AntifaschistInnen durch mehrere Neonazi-Aktivisten in ihren Reihen auf.

Auf Bildern in sozialen Netzwerken präsentierte er sich mit Reichskriegsfahne. Weitere Aufnahmen zeigten ihn zusammen mit Robert Leier, einem ehemaligen Rechtsrock-Veranstalter aus Trutnov. Grim selbst ist kein Neonazi-Aktivist, soll aber Kontakt zum rechten Szene-Laden „Original Store" unterhalten haben. Bei den Betreibern des „Original Store" soll es sich nach Berichten regionaler AntifaschistInnen auch um ehemalige Mitglieder und Unterstützer der RechtsRock-Band „Conflict 88" und deren Umfeld handeln. Sowohl die Hauptvertriebsrechte für „Thor Steinar" als auch für die populäre Lifestylemarke „Yakuza" liegen in Tschechien beim „Original Store". Kamil Grimm modellte 2012 bereits für „Yakuza" und trug auf der Homepage ironpower.cz selbst szene-typische Bekleidung der rechten Jugendkultur wie „Thor Steinar" oder „Dobermann's Aggressive" öffentlich zur Schau. Veranstaltungen des Boxing Club Broumov, in dem Grim als Trainer arbeitet wurden bereits öfter von der „Original Store"-Kette gesponsort.

Expansion ins Ausland

Bis auf das Sponsoring von kleineren Gyms und deren Kämpfern in Süddeutschland (MAG MMA-Rosenheim, Olympic Gym Regensburg) ist Walhall Athletic die Etablierung in der deutschen MMA-Szene nicht sonderlich geglückt. Seitens „Walhall Athletik" heißt es jedoch zur neuen Sommer Kollektion, dass man „aufgrund der großen Vorbestellungen der Großhändler" deren Auflage erhöhen müsse. Das derzeitige Expandieren und bewusste Signing von Sportlern im Ausland deuten darauf hin, dass „Walhall Athletik" fürs erste vor allem außerhalb Deutschlands versuchen wird, Absatzmärkte zu erschließen. Seit Ende 2013 vertreibt „Walhall Athletik" seine Produkte auch über einen Onlineversand speziell für die Sklowakei, für Frankreich weist Walhall Athletik den Versand „Le Crépuscule Des Dieux" („Zwielicht der Götter") als offiziellen Vertrieb aus. Der Anspruch über „Ländergrenzen hinweg" Kontakte zu knüpfen meint dann letzten Endes wohl doch nichts anderes als den Ausbau der Geschäftsstrukturen von „Walhall Athletik". •

1 Die Marke Brachial wurde jedoch nach Außen von der brachialTLC GmbH von Andreas Rössle und Mario Hoffmann aus Zwickau vertreten. Mittlerweile wurde aus der Firma Brachial – The Lifestyle Company GmbH die DREI GmbH von Herr Andreas Rössle (Magstadt) und Mario Hoffmann (Crimmitschau). 2 Vgl. Peter Bandermann auf ruhrnachrichten.de: „BVB gegen Schalke. Polizei: Fans planten definitiv Massenschlägerei vor Bahnhof"; 14. Januar 2013. 3 Vgl. AIB Nr. 99: Kampfsport, Kohle, Kriegsverbrecher 4 HRB 13799 Amtsgericht Regensburg 5 HRB 12170 und HRB 12359 Amtsgericht Regensburg

BRAUNZONE

Spätestens durch den Fall der 3 Prozent-Hürde für die anstehenden Wahlen zum Europaparlament im Mai 2014 ist klar geworden, dass die „Alternative für Deutschland" (AfD) einziehen wird. Wenn die Partei bei den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern ebenfalls gut abschneiden sollte, könnte sie die rechtspopulistische Lücke in Deutschland füllen und sich politisch längerfristig etablieren.

Mit „Mut zu Deutschland" ins Europaparlament



Schicksalsjahr 2014

Die AfD hat das Jahr 2014 zu ihrem Schicksalsjahr erkoren: Nach dem verpassten Einzug in den Bundestag im September 2013 prägten heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen ihr öffentliches Erscheinungsbild. Exzessive Querelen um Posten in den Landesverbänden - besonders in Hessen - führten die Partei nahezu an die politische Spaltung und zogen etliche Parteiaustritte nach sich. Drei unterschiedliche politische Flügel in der Partei erhoben Anspruch auf politische Geltung: eine marktradikale, eine nationalkonservative und eine offen rechtspopulistische Fraktion. Einerseits ging es dabei um Posten und persönliche Eitelkeiten, anderseits um inhaltliche Ausrichtungen und um Fragen innerparteilicher Demokratie. Dabei kam ein massiver Widerstand von der Basis gegen den autoritären Führungsstil von Parteichef Bernd Lucke zum Ausdruck: Anlass hierzu war dessen öffentlich bekundeter Wille, ehemalige Mitglieder der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit" künftig nur noch in Ausnahmefällen und nach Einzelgesprächen aufzunehmen. Dahinter stand die Frage nach dem deutlichen Bekenntnis zu einer innen- sowie außenpolitischen Allianz mit anderen rechtspopulistischen Parteien: Teile der AfD wehrten sich gegen Abgrenzungen von ehemaligen „Freiheit"-Aktivisten und befürworteten eine außenpolitische Allianz mit der britischen „United Kingdom Independence Party" (UKIP) wie auch des österreichischen „Bündnis Zukunft Österreich" (BZÖ). Diese teils erbittert geführten Auseinandersetzungen führten zu Rücktritten von Vorstandsposten aus einigen Landesverbänden, sowie in deren Folge zu Drohungen parteilicher Abspaltung. Die Wende erfolgte im Januar 2014 auf dem Landesparteitag in Hessen: Mit seinen Stammtischparolen gegen das Bekenntnis des ehemaligen Fußball-Nationalspielers Hitzlsperger zu seiner Homosexualität versöhnte Parteichef Lucke die widerstreitenden Flügel und zeigte damit zugleich den Kurs der Partei auf: Verbale Distanzierung vom rechten Rand bei gleichzeitiger inhaltlicher Ausrichtung als Partei für das Sarrazin-affine Wutbürgertum.

Europawahl

Die Nähe zu den Thesen Sarrazins zeigt sich nicht zuletzt in der Kür von Hans-Olaf Henkel zum AfD-Europakandidaten: Nachdem Sarrazin für sein Buch zum Euro der deutsche Mittelstandpreis verliehen worden war, hielt Henkel hierzu am 6. November 2012 die Laudatio und erkor darin den Preisträger zum „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes". Henkel, der Brüssel als Synonym für die der-

zeitige EU-Politik nimmt, in der „zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich" greifen, steht als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro, das Deutschland durch einen angeblich drohenden europäischen „Zwangssozialismus" bedroht sieht. Ebenfalls auf wohl sicherem Listenplatz zur Europawahl steht Joachim Starbatty, der schon in den 1990er Jahren als Mitbegründer des rechtspopulistischen „Bund freier Bürger" (BFB) gegen den Euro und den „europäischen Sozialismus" zu Felde gezogen war. Starbatty ist ein Strippenzieher im nationalliberalen Netzwerk und aktiv bei der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" und der „Jenaer Allianz" und steht damit für einen explizit gewerkschaftsfeindlichen und marktradikalen Kurs in der AfD. Vor ihm und Henkel steht Lucke selbst auf Platz 1 der AfD-Liste zur Europawahl. Hinsichtlich möglicher europapolitischer Allianzen bekundete er politische Übereinstimmung mit den britischen Tories unter David Cameron, die sich mit der rechtspopulistischen UKIP im Wahlkampf ein Rennen um die wohlstandschauvinistischste Position liefert. Durch diese Annäherung zeichnet sich auf europäischer Ebene neben einem offen rechtspopulistischen Block unter Führung von LePen (Frankreich) und Wilders (Niederlande) ein weiterer europafeindlicher Flügel ab, der mit einer Mischung aus marktradikalen und nationalkonservativen Positionen möglicherweise einen Einbruch in das liberalkonservative Lager im Europaparlament bewirken kann. Doch zugleich erkor Lucke den Slogan „Mut zu Deutschland" zum zentralen Motto der AfD im Europawahlkampf. Zudem betonte er offene Sympathie zur von der rechtspopulistischen „Schweizerischen Volkspartei" (SVP) erfolgreich durchgeführten Volksinitiative gegen „Masseneinwanderung" in die Schweiz und betonte, dass derartige „Volksentscheide" Vorbild für Deutschland sein sollten. Jene vom Milliardär und Parteimäzen Blocher mit Millionenbeträgen finanzierte Kampagne wurde mit völkischen Szenarien vom Untergang der Schweiz durch Einwanderung unterfüttert: Das Plakatmotiv suggerierte eine angebliche „Entwurzelung" des Landes durch bildliche „Zersetzung des Bodens" infolge von Zuwanderung.

Mit Beatrix von Storch steht eine AfD-Kandidatin zur Wahl für das Europaparlament, die eben diesem Parlament zugleich die demokratische Legitimität abspricht. So erklärte sie in ihrer erfolgreichen Bewerbung für einen Listenplatz, dass das Europaparlament eigentlich gar kein Parlament sei, weil ein „europäisches Volk" nicht existiere: „Demokratie funktioniert nur national, nicht international", so die AfD-Europawahl-Kandidatin. Durch solche Positionierungen wird deutlich, zu welchen Zielen der „Mut zu Deutschland" in Europa mobilisiert werden soll.

Weder rechts noch links?

In öffentlichen Stellungnahmen betont Parteichef Lucke immer wieder, die AfD sei „weder rechts noch links". Zugleich positioniert sich die Partei inhaltlich deutlich als diejenige Partei rechts der CSU, vor welcher F. J. Strauss immer gewarnt hatte. Im Werben um den rechten Wählerrand liefern sich aktuell AfD und CSU im Kontext um Zuwanderung aus Südosteuropa ein energisches Rennen um den Platz der rigidesten Wohlstandschauvinisten: Die Mobilisierung rassistischer Leidenschaften gegen „Sozialtourismus" droht dabei zum Wahlkampfschlager auf dem Rücken von Zuwander_innen zu werden. Zugleich stehen in der AfD trotz gegenteiliger Bekundungen die Tore für den rechten Rand weiterhin offen: So lud der Kreisverband der AfD Mittelsachsen am 11. Februar 2014 den Redakteur der rechten Schülerzeitung Blaue Narzisse, Felix Menzel, nach Freiberg ein. Menzel stellte dort seine Publikation Junges Europa vor, in der er gegen „Überfremdung" und „Masseneinwanderung" zu Felde zieht und zur Allianz „nationaler Kräfte" in Europa mobilisiert.

Auch bei der Distanzierung von antimuslimischem Rassismus treten immer wieder Widersprüchlichkeiten zutage: So berichtete die Ostseezeitung im Februar von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Rostock gegen den AfD-Landeschef Holger Arppe wegen des Verdachts auf Volksverhetzung im Internet. Das Blatt hatte zuvor berichtet, dass zwischen 2009 und 2010 unter dem Pseudonym „antaios_rostock" im Internet Gewaltaufrufe gegen Araber und Muslime erschienen waren. Eine Internetadresse habe auf Holger Arppe als möglichen Verfasser hingewiesen, was der Beschuldigte bislang bestritt. •



Der AfD-Parteichef erkor den Slogan „Mut zu Deutschland" zum Wahlkampfslogan.

BRAUNZONE

Im Rahmen der Menschenrechtskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kamen 2013 in Warschau neben Vertreter_innen der 57 beteiligten Staaten auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen zusammen, um Empfehlungen für die Umsetzung von Menschenrechten vorzustellen. Unter dem Motto „Meinungsfreiheit als Menschenrecht" präsentierte dort auch die rechtspopulistische Bürgerbewegung Pax Europa zusammen mit der Stresemann Stiftung ihre ganz eigene Sichtweise von „Freiheit". Weshalb hier nicht individuelle Freiheitsrechte im Vordergrund standen, sondern in erster Linie Ressentiments gegen Muslim_innen verbreitet wurden, wird bei einem Blick auf die Akteure der Stiftung und ihre Verstricktheit in ein rechtspopulistisches Netzwerk deutlich.

Freiheit, die ich meine

Die Stresemann Stiftung und ihr rechtspopulistisches Netzwerk

Dieses Netzwerk hat sich zusammengefunden, um auf der OSZE-Konferenz einen Gegenpol zu anwesenden muslimischen Organisationen zu bilden und Kritik gegenüber deren religiösen Positionen zu verbreiten. Die einflussreichste „Partnerorganisation" in diesem Zusammenhang ist die International Civil Liberties Alliance. Sie ist ein virtuelles Netzwerk von „Islamkritikern" aus Europa und den USA, das die Existenz eines „Kulturkampfes" behauptet und darüber antimuslimischen Rassismus stärkt. Geschäftsführer und Leiter des Berliner Büros der 2011 gegründeten Stresemann Stiftung ist Felix Strüning. Das ehemalige Bundesvorstandsmitglied der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit" setzte sich nicht nur in Warschau mit „islamkritischen" Äußerungen in Szene. Im November 2013 referierte er zu diesem Thema in der rechten Bibliothek des Konservatismus (Berlin). Über das Berliner Postfach der Stresemann Stiftung koordiniert Strüning die Website www.linksextremismus.org und die Internetzeitung Citizen Times, aber auch seine Aufträge als Berater für „Strategie und Kommunikation". Bei der Anschrift der Stiftung in Jena handelt es sich um die Rechtsanwaltskanzlei von Philip Wolfgang Beyer. Hier schließt sich der Kreis: Beyer ist Landesvorsitzender von „Die Freiheit" in Thüringen und auch Vorstandsvorsitzender der Stresemann Stiftung. Sein Rechtsanwaltskollege Sascha Giller fungiert in der Stiftung als dessen Stellvertreter.

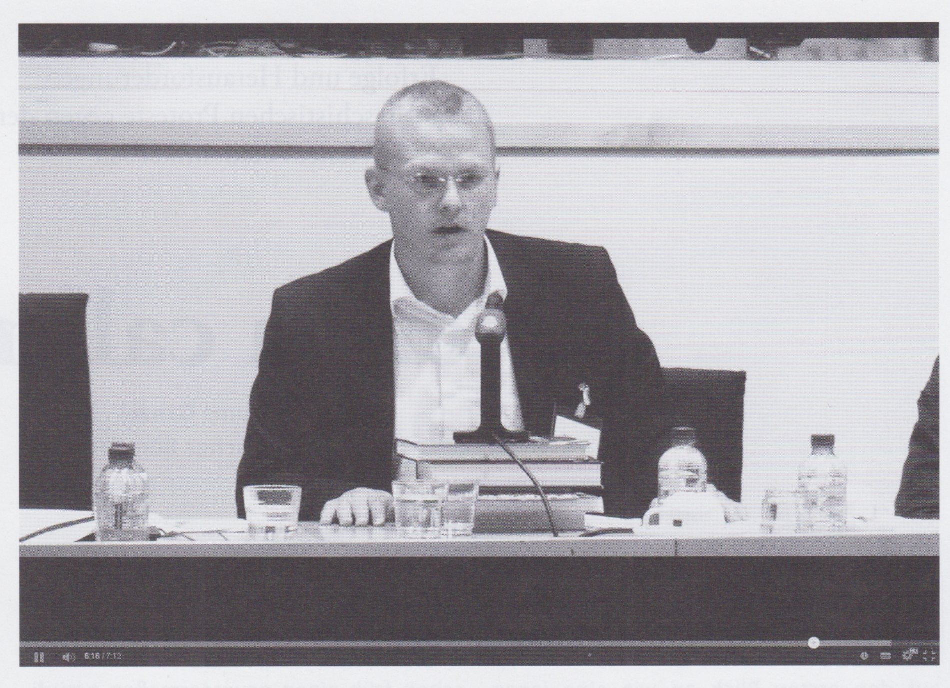
Ganz dem Extremismusansatz und der „wehrhaften Demokratie" verpflichtet wird der (politische) Auftrag definiert: „Wir haben uns Gustav Stresemann als Namensgeber für die Stiftung gewählt, weil er es stets verstand, das damalige Deutsche Reich von den extremen Kräften des linken und rechten Randes zu beschützen. In diesem Sinne soll die Stresemann Stiftung eine Lobby für die Freiheit sein, eine Interessensvertretung bürgerlich-liberaler Ideale in Gesellschaft und Politik."

Dass die Stiftungsmitglieder die Demokratie in erster Linie von Links bedroht sehen, könnte mit ihren eigenen politischen Aktivitäten zusammen hängen, was sie jedoch nicht daran hindert, ihre Thesen auch „wissenschaftlich" zu untermauern. Dafür wurde nicht nur das Projekt www.linksextremismus.org initiiert, sondern auch die tatkräftige Unterstützung des „Extremismusexperten" Karsten Dustin Hoffmann gesichert.

Extrem daneben

Hoffmann war Bereitschaftspolizist in Hamburg und während seiner Studienzeit Landesvorsitzender des rechts-konservativen „Rings Christlich-Demokratischer Studenten". 2011 promovierte er an der Technischen Universität Chemnitz zum Thema „Rote Flora - Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg". Der dort lehrende „Extremismusforscher" Eckhard Jesse hielt es mit seinem Kollegen Uwe Backes dann auch für angebracht diese Arbeit zu veröffentlichen. Lobend heben sie hervor: „Zum ersten Mal ist ein ‚autonomes Zentrum' mit wissenschaftlichen Kategorien ausgeleuchtet worden. Wir wissen nun mehr über die ‚Szene'. Dass wir allerdings immer noch nicht genug über die Aktivitäten der Protagonisten wissen (etwa zu ihrer Sozialisation), liegt in der Natur der Sache begründet. Das kann dem Autor nicht negativ angerechnet werden, wenngleich es wünschenswert gewesen wäre, Näheres zu den einflussreichen Leuten in der ‚Szene' zu erfahren." So viel Zuspruch scheint anzuspornen und dem Wunsch der beiden Herausgeber entsprechend wird Hoffmann nicht müde über die angebliche Gefahr von Links zu informie-

ren. Hierfür nutzt er das Dossier „Linksextremismus“ der „Bundeszentrale für politische Bildung“, insbesondere aber die von ihm verantwortete Internetplattform „Bibliographie zur Linksextremismusforschung“. Ziel soll es sein dem „defizitären Forschungsstand“ im Bereich „Linksextremismus“ entgegenzuwirken und die dafür notwendige Literaturrecherche zu erleichtern. Offen lässt Hoffmann hingegen den Gegenstand seiner Kritik: „Die Meinungen darüber, wo Linksextremismus beginnt, gehen weit auseinander. BiblioLinx überlässt die Entscheidung, welche Strömungen und Gruppierungen Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen sein sollen, den Autoren und kreiert keine eigene Definition.“ Um nicht der Beliebigkeit anheim zu fallen grenzt er seine Quelltextverweise auf der Internetseite immerhin auf Autonome Selbstdarstellungen, Kommunistische Thesenpapiere oder Liedtexte des „Propagandarappers“ Holger Burner ein. Doch auch die praktische Auseinandersetzung wird nicht unterschlagen. Die zuletzt ob ihrer Sinnhaftigkeit stark in die Kritik geratenen Präventionsprojekte des Bundesprogramms gegen „Linksextremismus“ sind Hoffmann einen Verweis wert und auch „10 goldene Regeln für den Umgang mit linksextremistischer Gewalt“ gibt er dem_der interessierten Leser_in mit auf den Weg. „Spielen sie nicht den Helden! Angreifer aus der linksextremen Szene lassen sich nicht ohne Gegenwehr festnehmen. [...] Wenden Sie sich noch am selben Tag an die örtliche Presse! [...] Treffen Sie Vorkehrungen, um zukünftige Übergriffe zu erschweren! Wer einmal Opfer eines linksextremistischen Übergriffs geworden ist, muss mit Nachahmertaten rechnen.“



Felix Strüning ist Geschäftsführer und Leiter des Berliner Büros der Stresemann Stiftung sowie ehemaliges Bundesvorstandsmitglied von der Partei „Die Freiheit“. (Bild: Screenshot von youtube.de/ICLA Videos)

Im Kampfe vereint

Dass Hoffmann diesem Bedrohungsszenario nicht alleine gegenübersteht zeigt eine jüngere Veröffentlichung. Zusammen mit Felix Strüning und André Freudenberg veröffentlichte er den Artikel „Der Schwarze Block und die Gesellschaft“ in den „Politischen Studien“ der CSU-nahen „Hans-Seidel-Stiftung“. Grundlage dieses Artikels ist eine gemeinsam erarbeitete Studie „über die Wahrnehmung von und den Umgang mit Linksextremismus in Deutschland“. Doch schon vor diesem Projekt, das sich wissenschaftlich und inhaltlich auf ähnlich fragwürdigem Niveau bewegt wie vorhergehende Publikationen zum Thema, gab es Überschneidungen der drei Nachwuchs-„Wissenschaftler“. Auf dem „Zwischentag“ 2012 in Berlin, einem der maßgeblichen Vernetzungstreffen der sogenannten Neuen Rechten, trat Strüning als Referent auf. Freudenberg durfte den Stand der Stresemann Stiftung betreuen und dort sein für diese veröffentlichtes Diskussionspapier „Rechts von der CDU?“ vorstellen. Darin beklagt er, dass „es in Deutschland unter den derzeit vorhandenen Sonderbedingungen für die demokratische Rechte aus eigener Kraft, d.h. ohne die Nutzung etablierter Strukturen und ohne krisenhafte Zuspitzung nahezu unmöglich ist, eine Partei zu etablieren, da die Hürden, die die ‚politisch-mediale Klasse‘ errichtet hat, einfach zu hoch sind.“ Zu diesem Zeitpunkt war die rechte „Alternative für Deutschland“ (AfD) noch nicht gegründet, eventuell wäre Freudenbergs Fazit weniger pessimistisch ausgefallen. Mittlerweile beschäftigt er sich in Veröffentlichungen auf der Internetseite des Stiftungsprojekts CitizenTimes intensiver mit der AfD und gelangt zu der Erkenntnis, dass sie „den bestmöglichen Rahmen und die einmalige Chance [bietet], die Zersplitterung im liberal- bzw. nationalkonservativen Spektrum zu überwinden und zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor zu werden.“ Die Partei ist aber auch für andere Autoren der Seite von Interesse. Karsten Dustin Hoffmann etwa bemängelt in einem Interview mit Jörn Kruse, dem Hamburger Spitzenkandidaten der AfD für die Bundestagswahl, dass nicht wenige Journalisten die Partei „unterschwellig in die ‚rechte Ecke‘“ stellen wollen.

Darin genau erschöpft sich dann auch die politische Analyse der „Demokratieverteidiger“. Demokratie ist aus ihrer Sicht nur und immer dann bedroht, wenn Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung eine Rolle spielen könnte. Unter dem Deckmantel politischer und wissenschaftlicher Seriosität versuchen sie Wirkmächtigkeit zu erlangen und rechts-konservative Ansichten, in bemühter Abgrenzung zu extrem rechten Positionen, in der gesellschaftlichen Debatte weiter zu forcieren. Tatsächlich handelt es sich um eine Fortsetzung des diskursiven Kampfes um kulturelle Hegemonie, der von Konservativen und extremen Rechten gegen einen vermeintlich „linken Mainstream“ geführt wird. •

ANTIFA

Erfolge und Herausforderungen der antifaschistischen Proteste gegen den Wiener Akademikerball

Vienna calling

Von „...ums Ganze! Kommunistisches Bündnis“[1]

Der Wiener Akademikerball, vormals der Ball des Wiener Korporationsringes, mutet auf den ersten Blick an wie eine jener harmlosen, meist skurrilen Veranstaltungen der Wiener Tanzsaison. Tatsächlich handelt es sich um eine der größten Zusammenkünfte von Burschenschaftern im deutschsprachigen Raum, Jahr um Jahr abgehalten im symbolischen Zentrum der österreichischen Staatsmacht, der Wiener Hofburg, die zugleich Amtssitz des österreichischen Bundespräsidenten ist. Auch wenn die besten Zeiten des Balls womöglich vorüber sind: Im Gegensatz zur schwindenden Bedeutung des Verbindungswesens in der BRD sind Burschenschafter, Corps und Landsmannschaften in Österreich nach wie vor selbstverständlicher Teil von Kultur und Politik, mit dem Akademikerball als zentralem Event in Sachen Selbstdarstellung, gesellschaftlichem Machtanspruch und rechter Vernetzung. Auf dem Ball kommen rechte Eliten, legal organisierte extreme Rechte und militante Neonazi-Szene in gediegener Atmosphäre zusammen, gewissermaßen als die elegantere Variante des offen revanchistischen Ulrichsbergtreffen in Kärnten.

Der Wiener Korporationsring (WKR) richtet den Ball seit 1953 aus, seit 1968 findet er in der Wiener Hofburg statt. Der WKR besteht aus über zwanzig Wiener Verbindungen, die sich in einem Spektrum zwischen „national-freiheitlich“, völkisch-deutschnational und offen neonazistisch bewegen. In der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die den Ball seit 2012 offiziell ausrichtet, fanden die Burschenschafter schon früh einen gewissermaßen natürlichen Partner, auch weil über ein Drittel der Nationalratsabgeordneten der FPÖ selbst „alte Herren“ einer Verbindung sind. Seit Beginn ihrer Regierungsbeteiligung im Jahr 2000 versuchte die FPÖ den WKR-Ball zudem zu einem informellen Vernetzungstreffen der europäischen Rechten auszubauen. 2012 besuchte etwa Marine Le Pen, die Vorsitzende des französischen Front National, den Ball, auch Mitglieder des belgischen Vlaams Belang, der NPD und von Pro Deutschland waren bereits zu Gast. Dass der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache und der FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer als Teil des offensiv deutschnationalen Parteiflügels dieses Jahr vor Ort waren, unterstreicht die Bedeutung, die die FPÖ dem Ball beimisst. Der Ball steht damit auch im Kontext eines konzertierten europäischen Rechtsrucks, der mit einer gemeinsamen Fraktion im Europaparlament nach den Wahlen im Mai besiegelt werden soll.

Ausgehend von einer Spontandemonstration, die im Jahr 2008 mit wenigen hundert Teilnehmer_innen stattfand, etablierten sich antifaschistische Proteste gegen den Ball. Antinationale Gruppen organisieren sich seit 2008/2009 im NoWKR-Bündnis, seit 2012 ist auch das ...ums Ganze!-Bündnis vertreten. Die Proteste waren wiederholt schweren Polizeirepressionen und Demonstrationsverboten ausgesetzt. Ähnlich wie bei den Protesten in Dresden ist es jedoch gelungen, die Veranstaltung dauerhaft zu problematisieren und so den Diskurs zu verschieben. Seit einigen Jahren knüpfen auch parteinahe und zivilgesellschaftliche Akteur_innen an die antifaschistischen Proteste an. So rufen inzwischen die Bündnisse „Jetzt Zeichen setzen“ und „Offensive gegen Rechts“ zu Demonstrationen gegen den Ball auf. Als ...ums Ganze!-Bündnis haben wir vor allem die Rolle des Akademikerballs in einer europaweiten rechten Offensive in der gegenwärtigen Krise betont.[2] Auch als internationalistische Antwort auf reaktionäre Krisenlösungsideologien organisierten wir seit 2012 die Busanreise aus deutschen Städten nach Wien und unterstützten italienische Antifaschist_innen bei der Anreise.

Eine breitenwirksame Skandalisierung des Balls mit entsprechender medialer Aufmerksamkeit gelang erstmals 2012, als der WKR den Ball für den 27. Januar ansetzte. Für 2013 sagte die Betreibergesellschaft der Hofburg den Ball ab, die FPÖ sprang daraufhin als Veranstalterin ein, widmete die Veranstaltung jedoch lediglich in „Wiener Akademikerball“ um. 2014 verhängte die Polizei um die Hofburg eine Sperrzone, die größer als beim Staatsbesuch George W. Bushs 2006 war, was neben der Tatsache, dass Gedenk- und Protestkundgebungen von Überlebenden der Shoah auf dem Heldenplatz sowie eine zivilgesellschaftliche Demonstration untersagt wurden, zu breiter öffentlicher Kritik am Ball wie an den



Maßnahmen der Polizei führte. Dass am Balltag selbst zudem Journalist_innen am Betreten der Sperrzone gehindert und von Polizisten verletzt wurden, drängte die Polizeiführung medial in die Defensive. An den zwei großen Gegendemonstrationen nahmen jeweils etwa 3000 Menschen teil, eine deutliche Steigerung zum Vorjahr. Nach der Auflösung der Demonstrationen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, viele hundert Aktivist_innen drangen in die Sperrzone ein, blockierten Straßen und u. a. Taxis mit anreisenden Gästen, zahlreiche Schaufenster gingen zu Bruch. Insgesamt beteiligten sich etwa 8000 Personen an den Protesten. Wie auch in den Vorjahren wurden im Umfeld der Hofburg mehrere Gruppen von Neonazis gesichtet, die die Demonstrant_innen zum Teil tätlich angriffen. Massenverhaftungen blieben hingegen aus, auch wenn Justiz und Polizei entschlossen scheinen, an einem seit den Protesten in Untersuchungshaft befindlichen Aktivisten aus Jena wegen angeblicher Rädelsführerschaft ein Exempel zu statuieren.

Es lässt sich bisher keine verlässliche Zahl der Ballbesucher_innen ermitteln. Schätzungen deuten daraufhin, dass diese 2014 weit unter 800 lag und damit noch einmal deutlich die bereits niedrige Beteiligung im Vorjahr unterschritten hat. Auch deswegen ist die diesjährige Mobilisierung als Erfolg zu werten.[3] Durch kontinuierliche Intervention ist es nicht nur gelungen, den Ball in seiner Bedeutung für die extreme Rechte anzugreifen, dem Protest ist es außerdem zu verdanken, dass die Veranstaltung binnen weniger Jahre zu einem zentralen Thema in der österreichischen Öffentlichkeit geworden ist. Dass die unterschiedlichen Bündnisse keinen gemeinsamen Aktionskonsens formulierten, erwies sich dabei nicht als Schwäche, gelang doch ein gleichberechtigtes Nebeneinander ohne größere Konflikte, was schließlich zu einer massiven Behinderung des Balls führte.

Zugleich konnte eine weitergehende Kritik an reaktionären Krisenlösungstendenzen und der Rolle des Balls darin nur punktuell vermittelt werden. Bemerkenswert ist allerdings gerade aus bundesdeutscher Sicht das Wohlwollen, mit dem Teile der Medien, etwa „Der Standard“, dem massenhaften entschlossenen Auftreten von Aktivist_innen begegneten. Auch der in der Wiener Innenstadt entstandene Sachschaden in Höhe von über einer Million Euro führte nicht dazu, die Proteste für politisch unglaubwürdig zu erklären. Dies dürfte auch auf die in Österreich unveränderte politische Polarisierung zwischen Links und Rechts zurückzuführen sein. Gerade mit Blick auf die Nationalratswahlen im letzten September, bei denen die FPÖ mit rassistischer Hetze und einer Inszenierung als soziale Heimatpartei auf 21 Prozent der Stimmen kam, wie auch die anstehenden Europawahlen, bei der die FPÖ in einigen Teilen Österreichs mit bis zu vierzig Prozent der Wählerstimmen rechnen kann.

Dennoch dominierten nationalistische Interpretationen die öffentliche Debatte um den Ball und ein Imageverlust für Österreich wird befürchtet, die Hofburg als nationaler Repräsentationsraum steht dabei im Mittelpunkt. Eine antifaschistische Intervention ums Ganze steht daher im nächsten Jahr vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss die Störung des Balls gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteur_innen organisieren und zugleich die umfassende Kritik an Staat, Nation und Kapital gegen sie verdeutlichen. Für eine solche notwendigerweise doppelte Kritik bietet der Akademikerball auch im nächsten Jahr einen hervorragenden Anlass. Alle Jahre wieder wäre allerdings zu erörtern, ob der Ball mit Blick auf die in Folge der Proteste schwindenden Gästezahlen immer noch zum Symbol eines transeuropäischen Bündnisses aus rechten Eliten, Burschenschaftern und Neonazis taugt – auch um zivilgesellschaftlichen Selbstversicherungsdiskursen nicht in die Hände zu spielen. Wie immer Antifaschist_innen sich entscheiden werden: Angesichts der günstigen Verhältnisse vor Ort bleibt für eine linksradikale Intervention noch reichlich Luft nach oben. •

1 Das kommunistische …ums Ganze!-Bündnis wurde Ende 2006 im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm gegründet, um linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen. Derzeit sind elf Gruppen im Bündnis organisiert, u.a. TOP B3rlin, die autonome antifa [f] aus Frankfurt, der Antifa AK Köln und the future is unwritten aus Leipzig. 2 Ein ausführlicher Aufruf von …ums Ganze! findet sich hier: http://umsganze.org/wkr-2014. 3 Eine Auswertung mit einem Pressespiegel findet sich hier: http://umsganze.org/wkr-ball2014-uebersicht.

GESELLSCHAFT

Von Gefahrengebieten, einer Polizeiführung die Politik macht und einem Senat, der versucht politische Probleme polizeilich zu lösen.

Gastbeitrag der Kampagne „Antifa supports Rote Flora" aus Hamburg

Mehr als #HH2112

Im November 2013 wurde die Kampagne „Antifa supports Rote Flora" ins Leben gerufen – Kern dabei war eine Solidaritäts-Note für den Erhalt der Roten Flora und ein Aufruf an der Demonstration am 21. Dezember 2013 im autonomen Block teilzunehmen.

Die Rote Flora ist ein seit über 20 Jahren besetztes linkes Kulturzentrum mitten in Hamburg – und eines der wenigen Projekte, die bewusst „unverträglich" gegenüber der Stadt und dem Senat bleiben wollen. Im Laufe der Mobilisierung unterstützen mehr als 60 Antifagruppen diese Kampagne. Nicht nur für die Initiator_innen der Solidaritäts-Note, sondern auch für die Genoss_innen aus dem Umfeld der Roten Flora war diese Menge an support mehr als erwartet wurde. Umso erfreulicher war dann auch die Tatsache, dass nicht nur viele Gruppen die Solidaritäts-Note unterstützen, sondern auch in Hamburg waren. Die Demonstration war mit über 7.000 Menschen, davon ca. 3.000 im autonomen Block ein deutliches Zeichen internationaler und bundesweiter Solidarität. Die Mobilisierung konnte nur deshalb so erfolgreich sein, da in den letzten Monaten in Hamburg eine dynamische und solidarische Bewegung entstand, die den rassistischen und sozial-chauvinistischen Zuständen in Hamburg Widerstand entgegensetzt. Die Forderung der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" und der „Esso-Häuser-Initiative" wurden thematisch, sowohl im Aufruf zur Demonstration, als auch bei vielen Aktionen zum Erhalt der Roten Flora aufgegriffen. Dies wurde nicht zuletzt auch mit der Parole auf dem Fronttransparent am 21. Dezember 2013 verdeutlicht: Refugees, Esso-Häuser & Rote Flora bleiben! Die Stadt gehört allen!

Die Demonstration konnte auf Grund von Angriffen durch die Polizei nicht so stattfinden wie geplant. Schlimmer noch: Durch die Übergriffe wurden mehr als 400 Menschen verletzt, mindestens 60 davon schwer. Es entwickelten sich unübersichtliche und bis in die Abendstunden andauernde Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen einerseits hoher Sachschaden angerichtet wurde und andererseits, zumindest teilweise, durch direkte Intervention die Polizei daran gehindert werden konnten durch Einsatzkräfte und Fahrzeuge noch mehr Menschen zu verletzten. Zu den Gründen, warum die Polizeiführung die Demonstration kurz nach Beginn auseinander prügelte, gibt es verschiedene Einschätzungen, Unabhängige Beobachter_innen sind sich aber einig: Die Eskalation ging eindeutig von der Polizei aus.

Interessanterweise gibt es hier einen Widerspruch zwischen dem Verhalten des Senats gegenüber den im Fokus der Demonstration liegenden Themen und dem faktischen Politik machen der Polizei an diesem Tag auf der Straße. So versucht der Senat seit längerem den Konflikt um die Rote Flora durch einen Rückkauf vorerst zu entschärfen und auch die Lampedusa-Flüchtlinge werden durch Vereinnahmung und dem gewähren kleiner Zugeständnisse versucht, von ihrem eigentlichen Anliegen (der bedingungslosen Aufnahme aller Refugees) abgebracht zu werden. Insofern gab es aus der Sicht des Senats am 21. Dezember 2013 eigentlich keinen Grund die Demonstration faktisch zu verhindern. Eine These warum dies so geschah, ist dass die Polizeiführung, die schon seit der Ära Schill am Ruder ist, ein persönliches Interesse daran hatte, keine Demonstration zu zulassen. Die Polizeiführung und ihr politisches Interesse orientieren sich im Kern nicht danach wer im Senat die Mehrheit hat und den/die Bürgermeister_in stellt. Besonders in Hamburg ist der Polizeiapparat traditionell die Exekutive für die „Law & Order"-Politik, dabei spielt es bis auf Nuancen kaum eine Rolle, ob der Senat von der SPD oder CDU geführt wird. Erfreulicherweise kam es im Nachhin kaum zu Distanzierungen durch die an der Demonstrationsvorbereitung beteiligten Spektren. Was in den darauffolgenden Tagen und Wochen an medialer Hetze von Polizei, Senat, Medien und den Polizeigewerkschaften veranstaltet wurde, ist von anderen Demonstrationen und Aktionen allseits bekannt: Die Polizei als Freund und Helfer, möchte allen ihre demokratischen Rechte ermöglichen, kann dies aber leider auf Grund von autonomen Krawallmacher_innen nicht gewährleisten und muss deshalb – auch präventiv versteht sich – hart durchgreifen. Eine Besonderheit im Verhalten der Presse nach dem 21. Dezember 2013 war allerdings die Massivität der Hetze durch diverse Printmedien, die unhinterfragt die Pressemitteilungen der Polizei abtippten und in keinster Weise in Frage stellten.

Am 28. Dezember 2013 ereignete sich ein Vorfall, der bis heute nicht aufgeklärt



Foto: Borys Sobieski (CC BY 2.0)

ist, der Polizei aber als Grundlage für ihre wohl politisch fatalste Entscheidung diente: Ein vermeintlicher Angriff auf die Davidwache, bei der ein Polizist verletzt wurde. Schnell wurden Gegendarstellungen veröffentlicht, die den von der Polizei skizzierten Ablauf massiv in Frage stellen. Die Polizei und der Senat ließen sich davon allerdings nicht beeindrucken und halten bis heute im Kern an ihren Darstellungen fest. Dieser Vorfall ist Beispielhaft, wie durch gezielte Verbreitung von Fehl-, Falschinformationen ein Klima geschaffen werden kann, indem kaum jemand die vermeintlichen Tatsachen der Repressionsorgane in Frage stellt. Wenn dies doch geschieht, dann werden diese Personen als „Lügner" verleumdet und finden sich in der Beweispflicht wieder. Eine Beweispflicht die eigentlich bei der Polizei zu verorten ist, sie ermitteln schließlich wegen versuchtem Totschlag. Obwohl die Polizei nach einiger Zeit eingestehen musste, in der Darstellung einen Fehler gemacht zu haben, ist die vorherrschende Ignoranz gegenüber den Zweifler_innen stärker und führt dazu, dass die Polizei in Hamburg und alle anderen Beteiligten mit keinerlei politischen Konsequenzen rechnen müssen. Die Polizeiführung nahm diesen zweifelhaften Vorfall schließlich zum Anlass, Teile der Hamburger Innenstadt als Gefahrengebiet einzustufen – was der Polizei weitgehende Rechte einräumt – und somit rund 55.000 Menschen unter Generalverdacht zu stellen.

Das Gefahrengebiet, welches im Zuge von Protesten erst zu Gefahreninseln schrumpfte und dann nach gut einer Woche ganz aufgehoben wurde, kostete die Stadt Hamburg ca. 1 Million €, bescherte der Polizei einmal mehr unbezahlte Überstunden und lies diese immer wieder spüren, dass offensichtlich nicht nur „Autonome" etwas gegen sie haben. Eine kleine Anfrage der Linksfraktion enttarnte das Gefahrengebiet, welches ins Leben gerufen wurde, um „schwere Straftaten zu verhindern", als das was es eigentlich war: eine polizeilich-politische Kampfansage an die Hamburger Linke. Denn neben einem Dutzend Böllern, die in Deutschland nicht zugelassen sind, einigen Tüchern und Schals, die als Vermummungsgegenstände einbehalten wurden, wurden lediglich Dinge festgestellt, wie etwa Alufolie mit der Aufschrift „Peng". Interessanterweise wurden die Proteste gegen die Gefahrengebiete bzw. Gefahreninseln eher aus einem alternativen bis liberalen Spektrum getragen, welches, ohne dies abwertend oder böse zu meinen, als weißes Bildungsbürgertum beschrieben werden kann. Die meisten Aktionen gegen das Gefahrengebiet waren von daher auch eher auf Deeskalation angelegt. Leider wurde bei den Protesten versäumt, zu thematisieren, dass es schon seit Jahren in Hamburg Sonderrechtszonen des Staates gibt: So gibt es in St. Georg und St. Pauli Zonen, die sich gegen Sexarbeiter_innen und Drogenkonsument_innen richten. Auch die rassistischen Kontrollen gegen Menschen mit Migrationshintergrund sind in Hamburg eher an der Tagesordnung, als Kontrollen gegen vermeintlich Linke.

Den letzten Streich machte Innensenator Neumann, als er verkündete rund 10 Millionen € aus dem Haushalt für unbezahlte Überstunden, ausstehende Beförderungen und besseres Einsatzequipment bei der Polizei auszugeben. Das dürfte nicht nur den genervten Bereitschaftspolizisten beruhigt haben, sondern ist auch die Erfüllung der Kernforderungen der Polizeigewerkschaften GdP und DPolG, die mit ihrer reißerischen Pressearbeit seit Monaten Lobbyarbeit für sich betreiben. Auch auf dem Feld der Auseinandersetzung mit der Roten Flora ist die Demonstration am 21. Dezember 2013 und die Gefahrengebietsdiskussion nicht spurlos vorbei gegangen. So wurde auf einer Pressekonferenz der Roten Flora noch einmal deutlich gemacht, dass trotz aller Versuche des Senats den Konflikt zu befrieden an einer „unverträglichkeit" festgehalten werden soll. Also, egal wer meint die Rote Flora zu besitzen, für die Menschen die die Rote Flora machen, spielt dies keine Rolle. Sie soll als besetzter Freiraum erhalten bleiben – so wie sie ist. •

Mehr Infos:

http://antifasupport.blogsport.eu

GESELLSCHAFT

Schwieriges Erinnern in Rostock

Das Gedenken an Mehmet Turgut

Drei Jahre nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), zum 10. Todestag von Mehmet Turgut gedenkt die Stadt Rostock offiziell dem Opfer der Terrorgruppe. Damit reiht sich die Stadt als Letzte in das offizielle Gedenken der sieben Städte ein, in denen der NSU mordete. Mehmet Turgut war 25 Jahre alt, als er am Vormittag des 25. Februar 2004 mit drei Schüssen in einem Imbiss in Rostock-Toitenwinkel hingerichtet wurde. Bis zur Selbstenttarnung des NSU glaubten weder Ermittlungsbehörden noch Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit an einen rassistischen Hintergrund der Morde. Einzig die migrantische Community stellte die Mordserie in einen rassistischen Kontext und gedachte bereits 2006 der Opfer. Wie auch andernorts wurde in Rostock hingegen das Umfeld des Ermordeten selbst der Tat beschuldigt, verhört, überwacht und abgeschoben. Die Nichtachtung der Opfer ging in Rostock jedoch noch weiter. Mehmet Turgut führte zum Zeitpunkt seines Auffindens den Pass mit dem Namen seines älteren Bruders Yunus Turgut bei sich. Obwohl die Ermittlungsbehörden bereits 2004 wussten, dass es sich bei dem Ermordeten um Mehmet Turgut und nicht um seinen Bruder handelte, hielten sie an der Vertauschung der Namen fest.



Der städtische Gedenkdiskurs zu Mehmet Turgut in Rostock beginnt im April 2012, als die Oberbürgermeister_innen der Städte Nürnberg, Hamburg, München, Dortmund, Kassel, Heilbronn und Rostock eine gemeinsame Erklärung zum „Gedenken und Mahnung" an die Opfer des NSU beschlossen. In der Erklärung werden die neun Morde an Migranten und einer Polizistin als „neonazistische Verbrechen" aufgrund von „Menschenverachtung" benannt sowie die fehlende Sensibilität von Ermittlungsbehörden und Gesellschaft als bestürzend und beschämend bezeichnet. Bestürzend und beschämend war auch das, was dann in Rostock passierte. Von Seiten der linken Zivilgesellschaft wurde der Vorschlag eingebracht, die Straße des Tatortes in Mehmet-Turgut-Weg umzubenennen, um zu mahnen und Solidarität mit den Hinterbliebenen auszudrücken. Die Umbenennung konnte jedoch nicht ohne die Zustimmung der anliegenden Ortsbeiräte erfolgen.

Wer nicht will, findet Gründe

Reflexartig wehrten sich Kommunalpolitiker_innen und Anwohner_innen gegen ein solches Vorhaben. Sie seien nicht Schuld an dem Mord gewesen und würden daher ein zentral gelegenes Gedenken in der Innenstadt von Rostock vorziehen. Der Zugang für Tourist_innen scheint in der Argumentation wertvoller zu sein, als das Erinnern vor Ort. Gerade die Suche nach Gründen, die eine Vermeidung einer aktiven Auseinandersetzung im Stadtteil stützen, offenbart die alltagsrassistische Dimension der Gedenkdiskussion. Die Ostseezeitung (OZ) zitiert im Mai 2012 eine Anwohnerin mit den Worten: „Würde die Straße umbenannt, machen wir Turgut zu einem Opfer erster Klasse (...)." Im Ortsbeirat Dierkow-Ost / Dierkow-West wurde man noch deutlicher: Man würde die Tat überbewerten und Opfer anderer Straftaten dadurch zurücksetzen. Insbesondere gegen die exponierte Nennung von Opfern neonazistischer Gewalt wurde sich gewehrt: „Opfer von linker Gewalt oder Ausländern werden nirgends aufgeführt"[1]. Um sich dem rassistischen Mord nicht stellen

zu müssen, der in der Nachbarschaft stattfand, wurden Nebelkerzen gezündet und sich in Diskussionen über hypothetische Fälle geflüchtet. Für das Abwehren einer Auseinandersetzung wird schließlich auch dankbar auf die Namensverwechslung des Opfers verwiesen. Eine Straßenumbenennung käme solange nicht in Frage, bis man nicht mehr über Mehmet Turgut wisse.

Schließlich meldete sich noch der nicht zuständige Ortsbeirat des benachbarten Dierkow-Neu zu Wort. In diesem Stadtteil liegt die Ilja-Ehrenburg-Straße, die regelmäßig von Neonazis und CDU für Propagandazwecke missbraucht wird. So schlug der Vorsitzende des Ortsbeirates Martin Lau (CDU) vor, die Ilja-Ehrenburg-Straße nach Mehmet Turgut umzubenennen und begründete es als historisch sinnvoll, wenn die Ilja-Ehrenburg-Straße den Namen eines Opfers von Gewalt trüge (OZ, 3.4.2012). Unter dem Deckmantel von historischer Sinnhaftigkeit wird so Geschichtsrevisionismus betrieben. (Siehe Kasten)

Passivität oder demokratischer Prozess?
Überlagert wurde die Auseinandersetzung um das Erinnern an Mehmet Turgut im Jahr 2012 durch einen anderen Gedenkdiskurs, den um den Umgang mit dem Pogrom von Lichtenhagen im Jahr 1992. Die städtischen Aktivitäten zum 20. Jahrestag wurden nicht zuletzt nach dem medienwirksamen Fall der „deutschen Eiche“ auf Seiten der Lokalpolitik als Misserfolg angesehen. Als Reaktion beauftragte die Bürgerschaft eine Arbeitsgruppe, die beratend neue Konzepte zum Erinnern an Lichtenhagen ‘92 entwickeln sollte. Immerhin erkannt, dass dem Pogrom und dem Mord an Mehmet Turgut ein und dasselbe Motiv zugrunde liegt, wurde kurzerhand auch das Gedenken an das NSU-Opfer in die AG ausgelagert. Die Mitarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure in dem lediglich beratenden Gremium erwies sich als echte Pseudo-Partizipation. Im Wesentlichen bestimmte die CDU-Politikerin Karina Jens (Präsidentin der Bürgerschaft und Vorsitzende der AG Gedenken) die Agenda. Als demokratischer Weg verkauft, beginnt die Kommunalpolitik mit der Entwicklung eines eigenen Gedenktextes. Ausgehend von Kritik an einer sprachlichen Formulierung der OB-Erklärung wird schließlich im Juni 2013 ein neuer Text beschlossen. Er beginnt mit dem ersten Artikel der Menschrechtserklärung, worauf folgt: „In Gedenken an Mehmet Turgut, der hier am 25. Februar 2004 dem menschenverachtenden, rechtsextremistischen Terror einer bundesweiten Mordserie zum Opfer fiel.“ Aus Sorge um die Verletzung der Unschuldsvermutung, hatte sich die Stadt gegen die Nennung des NSU als TäterInnen entschlossen. Schließlich wolle man sich nicht auf Glatteis begeben, könnten doch Mitglieder des NSU gegen solch eine Kontextualisierung juristische Schritte einleiten. Gänzlich unbenannt bleibt auch das rassistische Motiv. Mit der Begründung im „Rechtsextremismus“-Begriff sei Rassismus per definitionem inbegriffen, wird das Problem Rassismus von der Mitte der Gesellschaft ausschließlich an den rechten Rand verlagert.

Rostock als Stadt der Opfer
Das Motiv, das sich in solch einer Darstellung der TäterInnengruppen widerspiegelt, ist in Rostock kein unbekanntes. Bereits in der kollektiven Erinnerung des Pogroms von Lichtenhagen findet eine Externalisierung der TäterInnen als Zugereiste statt. Die Bürgerschaftsvorsitzende von Rostock hat für Bedenken der Bürger_innen Verständnis, die Angst vor einer Stigmatisierung als Täter_innen haben. Sie betont, dass weder Mehmet Turgut noch der NSU Bürger_innen der Stadt gewesen seien. Die Frage inwieweit lokale Strukturen in das Verbrechen verwickelt waren, gerät bereits jetzt in Vergessenheit.

Auch wenn die Stadt nun einen offiziellen Gedenkort eingeweiht hat, so zeigte sich bereits in diesem Einweihungsakt ihr Alltagsrassismus. In der Rede des Oberbürgermeisters und der Präsidentin der Bürgerschaft wurde sich auf das „Fremde“ bezogen und der in den Reden thematisierte Ausschluss des Opfers aus der Gesellschaft so posthum fortgesetzt. Keine bzw. keiner der Redner_innen, außer der türkische Botschafter und die Brüder Turgut, waren in der Lage, den Namen des Mordopfers richtig zu benennen. Ihre fehlende Auseinandersetzung mit der Thematik offenbarte sich stattdessen in Ansprachen wie „Herr Mehmet“, gerichtet an die Brüder Turgut.

Der fehlende Wille zur Auseinandersetzung spiegelt sich schließlich auch in der Gestaltung des Gedenkortes wieder. Die zwei Bänke eines Leipziger Künstlers enthalten den Rostocker Gedenktext in Deutsch und Türkisch und sind so aufgestellt, dass die Sonne zur Tatzeit parallel zu den Beton-Bänken verläuft. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass die Bänke auf Dialog setzen und ein „leises“ nicht konfrontatives Gedenken ermöglichen. Mit der Entscheidung für eine solche Gestaltung des Mahnmals wird eine folgenlose Erinnerung begünstigt, die nichts von den Rostocker_innen verlangt. Gedenken soll nicht wehtun und keine Auseinandersetzung erzwingen. Rostock ist – wieder mal – keine Stadt der Täter, sondern der Opfer. •

Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg
(1891-1967)

Ilja Ehrenburg war ein jüdisch-sowjetischer Schriftsteller, Publizist, Übersetzer und Dichter. Er engagierte sich für die Verteidigung der Kultur gegen den Faschismus, im Jüdischen Antifaschistischen Komitee der Sowjetunion und war an der Herausgabe des „Schwarzbuchs“ über den Genozid der deutschen Eroberer an den sowjetischen Juden beteiligt. In den 1950er und 1960er Jahren war er ein führender Kopf der Friedensbewegung. Gegenstand der Auseinandersetzung um Ilja Ehrenburg ist insbesondere seine Kriegspublizistik. Von Geschichtsrevisionisten wird Ehrenburg vorgeworfen, er sei Stalinist und „Deutschenhasser“ gewesen. Bereits 2001 marschierten mehrere hundert Neonazis für die Umbenennung der Straße in Rostock-Toitenwinkel auf. Seither wird alle Jahre das Thema von der CDU und Neonazis auf die Agenda gesetzt.

1 Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ortsbeirates Dierkow-Ost, Dierkow-West vom 08.05.2012

DISKUSSION

„Dumme Hellersdorfer Nazi-Prolls“

Die Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse und die Antifa.

Ein Debattenbeitrag von
Rocky Meyer

Das Bild dürfte in jeder zweiten sorgfältig dekorierten Antifa-WG schon einmal an der Wand gehangen haben. Es zeigt den mittlerweile verstorbenen Harald Ewert, der mit Deutschlandtrikot bekleidet in vollgepisster Jogginghose seinen rechten Arm hebt. Aufgenommen während der rassistischen Ausschreitungen im Sommer 1992 in Rostock-Lichtenhagen, wurde das Motiv zum Symbol für den mörderischen Rassismus im gerade „vereinten“ Deutschland. Das Bild ging um die Welt und der Repräsentant des neuen deutschen Rassismus war gefunden.

Mehr als zwanzig Jahre später, im August 2013 in Berlin-Hellersdorf, waren es wieder organisierte Neonazis und Alltagsrassisten, die gegen Geflüchtete Stimmung machten. Und wieder war es eine Plattenbausiedlung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR – und wieder gab es ein symbolträchtiges Bild. Unter den Rassisten fiel ein junger Mann mit Glatze und Jogginghose auf, der den Geflüchteten und Unterstützer_innen ebenfalls seinen ausgestreckten rechten Arm präsentierte. Der Mann schien der gleiche Repräsentant für den wieder erstarkten neuen deutschen Rassismus der frühen 90er Jahre zu sein: Der hässliche Nazi-Proll.

Fragwürdiges Verständnis von Rassismus

Das Bild verbreitete sich schnell über soziale Netzwerke, wurde in zahlreichen Zeitungen abgebildet und war in mehreren TV-Nachrichten zu sehen. Auf Twitter und Facebook kursierte eine Collage, in der Harald Ewert und der Hitlergruß-Nazi aus Hellersdorf nebeneinander zu sehen waren. Die Message war unmissverständlich: Berlin-Hellersdorf ist ein zweites Rostock-Lichtenhagen. Daraus wurde nichts: Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert, der Rassismus in Deutschland hat sich zum Teil gewandelt und die Kämpfe seitens der Geflüchteten sowie unterstützender antifaschistischer und antirassistischer Aktivist_innen finden in weiten Teilen der Bevölkerung größere Zustimmung als vor zwanzig Jahren. Das Establishment hat kein entsprechendes Interesse wie im Fall von Rostock-Lichtenhagen, als die rassistischen Ausschreitungen genutzt wurden, um für die faktische Abschaffung des Asylrechts Stimmung zu machen. Wie Jacob Reinhardt in der Jungle World (3/14) treffend festhielt, haben sich die Koordinaten des Rassismus geändert – was nicht bedeutet, dass Rassismus nicht mehr existiert: „Für die staatliche Seite besteht eben auch keine Notwendigkeit mehr, auf einen rassistischen Kurs zu setzen – zumindest nicht innerhalb der BRD. Denn die Gewalt wurde mit der Expansion der EU immer weiter an die Außengrenzen verschoben“, schreibt Reinhardt. Hellersdorf wurde auch deshalb zu keinem zweiten Lichtenhagen, weil sich die Stimmen innerhalb der antifaschistischen und antirassistischen Kräfte durchsetzen konnten, die erkannten, dass es nicht ohne die Hellersdorfer Bewohner_innen geht.

Die beiden Fotos aber sollten vor allem auf die Gefahr des alltäglichen und militanten Rassismus aufmerksam machen, aufrütteln und mobilisieren. Ein genauerer Blick auf das vermittelte Bild hinter den Bildern bringt allerdings zum Vorschein, dass die Verweise auf den „Nazi-Proll“ die Reichweite und die Komplexität des Rassismus nicht fassen können.

Die Fokussierung auf den „Nazi-Proll“ als Repräsentanten des deutschen Rassismus bestätigt ein entpolitisiertes Verständnis von Rassismus. Denn hinter dem Bild steckt die Vorstellung, Rassismus sei auf die Plump- und Dummheit der Rassist_innen zurückzuführen. Diese Rassismusanalyse war schon Anfang der 1990er Jahre falsch und ist es auch heute noch. In den 1990er Jahren legitimierte eine solche Ana-


adidas

lyse etwa Ansätze der „akzeptierenden Jugendarbeit", bei der Rassismus und rechtes Denken nicht selten bagatellisiert wurde. Rassismus ist nicht auf mangelnde Bildung zurückzuführen, er ist auch nicht Ausdruck rückwärtsgewandter Schlichtheit, vielmehr strukturiert Rassismus den Alltag, die Institutionen und den Arbeitsmarkt; Rassismus setzt Menschen in Beziehung zueinander, hierarchisiert sie und reguliert so den Zugang zu Ressourcen. Wer sich in erster Linie mit der vermeintlichen oder tatsächlichen Dummheit von Neonazis oder Alltagsrassisten beschäftigt, spielt vor allem einem Verständnis von Rassismus in die Karten, das letztlich von Vorurteilen und mangelnder Bildung ausgeht. Im Kern geht es beim Blick auf den „Nazi-Proll" als typischen Rassisten kaum um die Geschichte, das Wissen, die Strukturen und die Wandlungen des Rassismus als ein die Gesellschaft strukturierendes Herrschaftsverhältnis.



Foto: Sören Kohlhuber

Der „Nazi-Ork" aus einer anderen Welt

Ein besonders anschauliches Beispiel für das Klischee des dummen Nazi-Prolls ist ein viel beachteter Beitrag des VICE-Magazins, der während der Auseinandersetzungen in Hellersdorf erschien und in dem sich ausführlich mit dem oben genannten Hitlergruß-Nazi befasst wurde (im VICE-Magazin wurde er als „Nazi-Ork" bezeichnet). Dieser wird in Zusammenhang gebracht mit Leuten, die in Hellersdorf vermutet werden. Im Beitrag ist die Rede vom „dumpfesten Pöbel, der an einem Montagvormittag genügend Zeit und Muße hat, rechte Parolen zu skandieren, anstatt wie wahrscheinlich normalerweise den Tag mit Bier aus Plastikflaschen zu begrüßen". Hier wird ein enger Zusammenhang zwischen der Klassenlage und einer rassistischen Einstellung hergestellt. Mittels klassistischer Stereotype gegen Erwerbslose zeigt das VICE-Magazin, in welcher Weise antirassistisch und antifaschistisch sie sind. Es ist ein Antirassismus, der fest auf dem Boden der Leistungsideologie steht und nebenbei ganz genaue Vorstellungen hat, wer zu Deutschland gehört und wer nicht. Am Schluss des Beitrags heißt es an die Adresse der Hellersdorfer Neonazis: „Bitte hört auf, euch so zu gebärden, als wärt ihr Deutschland, denn das seid ihr nicht. Ihr seid einfach ungebildet, mehr nicht". Auch die BILD zeigte sich in den Tagen von Hellersdorf in ähnlicher Weise „antirassistisch". Auf bild.de wurde über mehrere Tage hinweg vom „Nazi-Skandal in Berliner Plattenbau-Viertel" berichtet – immer illustriert mit dem Hitlergruß-Nazi. Und auch in der Stuttgarter Zeitung war zu lesen: „In Hellersdorf bricht sich bei vielen eine finstere Mischung Bahn - sie besteht aus Ressentiments, Rassismus und Sozialneid. 1991 und 1992 führte diese Mischung in Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen zu Ausschreitungen".

Es waren nicht antirassistische und antifaschistische Medien, sondern bürgerliche, die sich diesem fragwürdigen Verständnis von Rassismus annahmen und es kritisierten. Das RBB-Magazin „Kontraste" ließ eine repräsentative Umfrage in Auftrag geben und fragte nach der Akzeptanz von Flüchtlingsheimen in der Nachbarschaft. Sortiert wurden die Werte auch nach dem Haushaltsnettoeinkommen. Von denen mit weniger als 1.500 EUR Haushaltsnettoeinkommen im Monat hätten 34% der Befragten ein Problem mit der Eröffnung eines Heimes. Bei denjenigen, die über mehr als 3.000 EUR im Monat verfügen, sind es 40%. Nach der Präsentation dieser Ergebnisse folgte in selbiger Sendung ein informativer Bericht über die rassistische Mobilisierung der Mittelklasse im hessischen Bad Soden. Ein sehr lesenswerter Kommentar zu dem Selbstbild derjenigen, die dem „Nazi-Ork" die Dummheit um die Ohren schlagen wollten, erschien im Feuilleton der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Darin hieß es: „Die Rede vom ‚Nazi-Ork' hilft, eigene Ängste zu binden. Vor einem ‚Nazi-Ork' muss man keine Angst haben, denn er hat nichts mit einem selbst zu tun, der man angeekelt auf den Computer-Bildschirm starrt. Der ‚Nazi-Ork' hat keine gesellschaftliche Entstehungsgeschichte. Er kommt aus einer anderen Welt. Der Hellersdorfer Nazi-Welt eben. Man selbst ist natürlich gebildet und deswegen kein Nazi. Zum Glück."

Die Welt der „Unterschicht"

Diese andere Welt ist nicht nur die Welt Hellersdorfer Nazis, sie ist auch die Welt der „Hartz-IV-Nazis", der „Nazi-Prolls", sie ist die Welt der „Unterschicht". Ungefähr seit zehn Jahren wird in der medialen Öffentlichkeit eine faule, unzivilisierte „Unterschicht" präsentiert, die in erster Linie selbst schuld an ihrer sozialen Situation sei. Die lauthalse Hetze gegen eine vermeintliche „Unterschichtenkultur" geht einher mit lustig und scherzhaft daherkommenden Darlegungen über „dumme Prolls". Bürger-

liche Soziolog_innen entdeckten bei der Suche nach dem Leben der Armen recht bald die angebliche Anfälligkeit der Armen für rechtes Denken. Der Soziologe Heinz Bude schrieb über die „Unterschicht": „Sie verzehren die Grundlagen des Wohlfahrtsstaats, bilden eine unerreichbare Parallelwelt und fungieren als unberechenbarer Resonanzboden für populistische Bestrebungen."

Die Rede von der „Unterschicht", die wahlweise faul, unzivilisiert, peinlich oder eben dumm oder unberechenbar rassistisch ist, dient letztlich der Absicherung der bestehenden Klassenverhältnisse. Mit Rückgriff auf diese medial hergestellte Figur werden disziplinierende und kontrollierende Arbeitsmarktinstrumente („Hartz IV") legitimiert, Menschen in ähnlicher sozialer Lage gegeneinander aufgebracht und die Leistungsideologie gestützt. Die strukturellen Ursachen von sozialer Ungleichheit rücken in den Hintergrund, im Vordergrund stehen Menschen, von denen man glaubt, sie hätten sich gegenwärtig oder in Vergangenheit nicht genügend angestrengt. Anders gesagt: Wer von der „Neuen Unterschicht" spricht, braucht keine Worte mehr über den Kapitalismus zu verlieren.

Von antifaschistischer Seite war eine Kritik an Beiträgen wie im VICE-Magazin, der BILD oder der Stuttgarter Zeitung nicht zu vernehmen. Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass eine Kritik daran mit Selbstkritik verbunden werden müsste, da auch antifaschistische Zusammenhänge manches Mal am fragwürdigen Bild des dummen „Nazi-Prolls" kräftig mitzeichnen und dadurch den seit Jahren präsenten Unterschichtsdiskurs zum Teil bedienen.

Antifaschistisches Anknüpfen an den Unterschichtsdiskurs

Formen des Klassismus bedienen auch Antifaschist_innen, wenn sie Harald Ewert oder den Hitlergruß-Nazi als zentralen Repräsentanten des deutschen Rassismus hervorheben. Falls überhaupt der Rassismus in Deutschland in einer einzigen Person repräsentiert werden soll, wären Anfang der 1990er Jahre nicht eher Manfred Kanther oder Helmut Kohl geeigneter gewesen? Oder gibt es angesichts von Büchern wie „Deutschland schafft sich ab" oder aktuellen Debatten um die sogenannte „Armutsmigration" nicht viel bessere Beispiele für Personen, die für den gegenwärtigen Rassismus in Deutschland stehen? Gewiss, es waren vor allem Antifaschist_innen und Antirassist_innen, die etwa Anfang der 1990er oder im Zuge der „Sarrazindebatte" im Herbst 2010 auf die gesellschaftliche Mitte zeigten und die Interessen der Herrschenden benannten, doch diesem richtigen Ansatz, den gesellschaftlichen Kontext zu betonen, steht genannte Bildersprache entgegen. Warum trägt der hässliche Deutsche Jogginghose?

Die Beliebtheit von Bildern hässlicher Hitlergruß-Nazis lässt unter Umständen noch tiefer blicken: Nicht nur die Verbreitung des Bildes von Harald Ewert ist ein Beispiel für eine auch in Teilen der Antifa-Szene verankerte Ablehnung von „Prolls". „Prollig" ist eine gängige Bezeichnung für unangemessenes, ungehobeltes oder unkultiviertes Verhalten. Alle wissen, was gemeint ist, wenn von einem Antifa-Proll die Rede ist: Ein sexistischer Macker. Weitere Beispiele zu finden, dürfte nicht schwer fallen. Es verwundert daher leider auch nicht, dass vor einigen Jahren in Berlin ein Aufkleber kursierte, auf dem zu lesen war: „Gegen Nazis, Sexisten und Prolls". Am Beispiel der britischen Gesellschaft hat Owen Jones in seinem Buch „Prolls" aufgezeigt, dass der Begriff (im englischen „Chavs") eine Metapher zur „Dämonisierung der Arbeiterklasse" ist. Linke sind wohl nicht die Vorkämpfer der Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse und damit eines Klassenkampfes von oben, dennoch sind auch Antifaschist_innen trotz ihrer politischen Einstellung nicht frei von verinnerlichten Klassismen.

Das Schimpfen auf die „Prolls", den „Pöbel" oder den „Mob" innerhalb linker Kreise hängt zusammen mit einer Abkehr von der Arbeiter_innenklasse in Teilen der radikalen Linken – insbesondere in antifaschistischen Zusammenhängen. Der Bezug auf eine Arbeiter_innenklasse wird nicht selten mit Verweisen auf den NS als dogmatisch oder rückwärtsgewandt zurückgewiesen. Diese Abkehr von einer Arbeiter_innenklasse ist keineswegs exklusiv für „antideutsche" Kreise, vielmehr hängt sie zusammen mit vor allem ab 1968 einsetzenden Auseinandersetzungen um gescheiterte Revolutionsversuche, faschistische Entwicklungen und Enttäuschungen. Mehrere linke Denkschulen formierten sich, die sich theoretisch und praktisch von der Arbeiter_innenklasse verabschiedeten. Das ging nicht spurlos an der autonomen Antifa-Bewegung vorbei, die in den 1970er Jahren entstand.

Vielleicht sind offene Fragen und Orientierungsprobleme, in Folge durchaus notwendiger Debatten in den 1970er Jahren, auch ein lange Zeit unterbelichteter Grund für die Entstehung der Antifa-Bewegung. Für eine Antifa-Politik, die sich ausschließlich mit den Nazi-Strukturen vor Ort auseinandersetzt, ist es irrelevant darüber nachzudenken, wie sich die Arbeiter_innenklasse heute zusammensetzt, was die Themen sind, wo die Orte eines Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung liegen, wie gesellschaftliche Spaltungslinien überwunden werden können – und wo diese Kämpfe schon längst geführt werden. Stattdessen ziehen sich manche zurück aus den entscheidenden Feldern der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und warnen pauschal vor einem Mob. Radikalität drückt sich dann mitunter im engen Kreis der unverfänglich und widerspruchsfrei scheinenden Anti-Nazi-Arbeit aus.

Es gibt Neonazis und Rassisten, die zugleich Hartz IV beziehen. Es gibt auch Neonazis und Rassisten in Hellersdorf. Wo Neonazis und Rassisten auftauchen, Stimmung machen, Menschen bedrohen oder angreifen, muss sich ihnen in den Weg gestellt werden. Doch in welcher Weise das getan wird, mit wem (potentiell) gemeinsam gearbeitet wird und mit wem nicht, sind bedeutende Fragen. Wer sich am liebsten mit dem „hässlichen Nazi-Proll aus der Unterschicht" befasst, hat diese Fragen bereits beantwortet. •

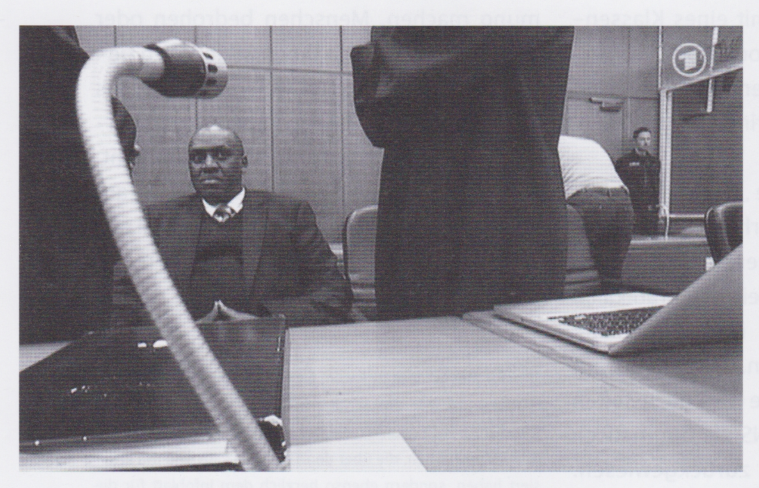
„Rocky Meyer" lebt in Berlin, ist Fan von solidarischen Debatten und hat in unerschütterlicher Weise ein großes Herz für „die" Antifa. Er dankt nicht nur seinen lieben Genoss_innen und Freund_innen, die über den Text geschaut und ihn kritisiert haben, sondern ebenso herzlich dem Infoblatt für die Bereitschaft, den Diskussionsbeitrag trotz der Zuspitzungen zu drucken.

RASSISMUS

„In Europa existiert ein Netz der Völkermorddiaspora"

Interview mit Dieter Magsam zum Urteil im Ruanda-Völkermordprozess

Am 18. Februar 2014 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. den 56-jährigen ruandischen Staatsbürger Onesphore Rwabukombe wegen Beihilfe zum Völkermord zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren. Hintergrund: Von April bis Juli 1994 töteten, angestachelt von einer rassistischen Propaganda zentraler Teile des damaligen Regimes, Angehörige der Hutu systematisch einen Großteil der in Ruanda lebenden Tutsi sowie gemäßigte Hutu. Diesem Genozid fielen zwischen einer halben und einer Millionen Menschen zum Opfer. Rwabukombe war 1994 Kreisvorstandsmitglied der damaligen ruandischen Regierungspartei MRND sowie Bürgermeister der nordruandischen Gemeinde Muvumba. Verhandelt wurde über das sogenannte „Kirchenmassaker von Kiziguro". Auf dem Kirchengelände suchten mindestens 450 Menschen – andere Quellen sprechen von 1200 – Schutz. Soldaten, Gendarmen, Gemeindepolizisten, Zivilisten und Interahawe-Milizen töteten die meisten Menschen mit Macheten, Beilen und Hacken. Einer der Verantwortlichen, Onesphore Rwabukombe, floh mit seiner Familie 2002 nach Deutschland und erhielt den Flüchtlingsstatus. Dieter Magsam, der nach dem Völkermord zwei Jahre in Ruanda am Wiederaufbau eines juristischen Systems gearbeitet hat, vertrat als Anwalt die Opferangehörigen.



Am 18. Februar 2014 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. Onesphore Rwabukombe wegen Beihilfe zum Völkermord.
(Bild: Screenshot von tagesschau online vom 18. Februar 2014)

Wie haben die Opferangehörigen auf das Urteil reagiert?

Ich war während der Urteilsverkündung in Ruanda. Sie sind nicht unzufrieden. Vor allem, dass man ihnen in Deutschland überhaupt geglaubt hat, weil man ihn nach erstmaliger Verhaftung 2009 wieder freigelassen hatte, weil nach Ansicht des Bundesgerichtshofs die Beweise für einen dringenden Tatverdacht nicht ausgereicht hätten. Eine Strafe von 14 Jahren wird der Tat jedoch nicht gerecht. In Ruanda existiert eine andere Strafkultur. Dort wird jeder einfache Mörder schwerer bestraft als Rwabukombe. Wir haben lebenslang gefordert. Denn Völkermord und Mord sind die einzigen Delikte in Deutschland, die zwingend mit lebenslang verurteilt werden. Die Richter haben hier keinen Spielraum. Das Oberlandesgericht hat das jedoch mit der Begründung umgangen, dass Rwabukombe nur Gehilfe gewesen sei, was der Völkermordstruktur, wie sie damals in Ruanda geherrscht hat, nicht gerecht wird. Rwabukombe war Bürgermeister. Und der Staatspräsident hat die Bürgermeister persönlich ernannt. Als der Präsident durch den Abschuss seines Flugzeuges ermordet wurde, haben sie die Aufgaben des Präsidenten vor Ort wahrgenommen. Die Bürgermeister haben bei der logistischen Bereitstellung von Fahrzeugen und Waffen zur Durchführung des Genozids eine herausragende Rolle gespielt.

Wie wird das milde Urteil gerechtfertigt?

In Deutschland hatte man lange das Problem, wie man Schreibtischtäter bestraft. Bezüglich der Nazis hatte man noch keine Handhabe entwickelt. Erst als man das Politbüro der SED qua einer bürokratischen Rolle als Vorgesetzte auch für die Mauermorde verantwortlich machen wollte, obwohl sie nicht eigenhändig getötet hatten, entwickelte man entsprechende Theorien. In Bezug auf Ruanda sagte man dagegen, dass es dort nach der Ermordung des Präsidenten keine bürokratischen Strukturen mehr gegeben hätte. Man könne die Bürgermeister nicht als Vorgesetzte und besonders organisierende Kräfte bestrafen.

Aber gerade dabei verkennt das Gericht, dass die Rolle der Bürgermeister in Ruanda immer schon auch eine ideologische war. Sie sahen sich als „Landschaftspfleger" vor Ort an, die für die Vernichtung der „Kakerlaken" – gemeint waren die Tutsi – und die Reinhaltung des Bodens verantwortlich waren.

Wie erklären Sie sich, dass das Gericht diese Tatsachen nicht entsprechend berücksichtigt hat?

Sie konnten sich einfach nicht vorstellen, dass es so gelaufen ist. Die Vorbehalte des Gerichts gegen eine täterschaftliche Verurteilung waren die gesamte Zeit spürbar. Die Staatsanwaltschaft und ich haben uns gegen eine Verniedlichung gewendet. Denn wenn jemand Leute mit seinem Fahrzeug herbeibringt, damit das Töten schneller geht und auch noch sagt „Beeilt euch, macht mal schneller mit dem Töten", dann ist eindeutig, dass er davon ausgeht, dass er etwas zu sagen hat.

Worauf basiert eine Verurteilung wegen Völkermords?

Das Zauberwort ist „Tatherrschaft". Man muss also das Geschehen in irgendeiner Form beherrschen. Und das, sagt das Gericht, ist bei ihm zweifelhaft, weil er vor Ort nach dem Gericht kein hochrangiger Herrscher war. Es gab neben ihm verschiedene andere Personen vor Ort. Einer wurde von dem Völkermordtribunal in Tansania soweit ich weiß zu 40 Jahren verurteilt. Wenn man Rwabukombe jetzt entsprechend dem deutschen Recht zwingend zu lebenslänglich verurteilt hätte, wäre auch in der internationalen Rechtsprechung möglicherweise eine Schieflage eingetreten. Das internationale Strafrecht kennt im Wesentlichen den Einheitstäter. Gehilfen, Anstifter und eigenhändige Täter werden im Wesentlichen erst einmal als gleich angesehen. Und dann wird das Strafmaß nach der Höhe der Schuld bemessen. Man kann Gehilfen, wenn sie an mehr Tötungen beteiligt waren, höher bestrafen als diejenigen, die verantwortlich waren. In Deutschland wird zwischen Täter und Gehilfen dagegen ein kategorialer Unterschied gemacht. Für Gehilfen gilt die Höchststrafe von 15 Jahren und für verantwortliche Täter zwingend lebenslänglich.

Wie kommt der Völkermörder nach Deutschland?

Ruanda ist schon vor 1994 das Lieblingskind der internationalen Entwicklungshilfe gewesen. Es gab dort weltweit pro Kopf die höchste Anzahl von Entwicklungshelfern. Auch deutsche Stiftungen waren vor Ort. Die Konrad-Adenauer Stiftung unterstützte zum Beispiel ein Radio finanziell, das zur Entmenschlichung der Tutsi propagandistisch beigetragen hat. Der Angeklagte hat, wie viele andere auch, in Deutschland mit deutschen Entwicklungsgeldern studiert. Die einfachen Mörder sind geblieben und kamen nach der Auflösung der Flüchtlingslager nach Ruanda zurück. Die Elite dagegen hatte die Möglichkeit, sich nach Belgien, nach Frankreich, nach Holland oder auch ins Franco-Kanadische abzusetzen. Dort waren sie mit einer Strafrechtskultur konfrontiert, die weiter entwickelt ist und mildere Strafen kennt als zum Beispiel die ruandische Justiz. Sie konnten so ihre Privilegierung fortschreiben. Obwohl Rwabukombe auf der Fahndungsliste von Interpol stand und die ruandische Justiz 2007 einen Haftbefehl an Deutschland übermittelte, lehnte Deutschland im November 2008 die Auslieferung Rwabukombes mit der Begründung ab, dass im Falle einer Auslieferung nach Ruanda kein faires Verfahren garantiert sei.

Solchen Leuten kommt das Asylverfahren in Deutschland zugute.

Sie wissen wohin sie fliehen können. Und sie haben oft enge Verbindungen zur Kirche gehabt. Dort haben sie angedockt. In Europa existiert ein ziemlich eng gespanntes Netz der Völkermorddiaspora mit Kern in Belgien. Von dort aus versuchen sie den „roll back" in Ruanda zu organisieren. Es gibt verschiedene Organisationen, die an dem alten, ethnizistischen Demokratieprinzip festhalten, nach dem Motto: Demokratie ist Herrschaft der Mehrheit. Die Hutus sind die Mehrheit. Also ist die jetzige Regierung ein diktatorisches Regime. Wäre es keine Diktatur, hätte es die Mehrheit schon längst weggefegt.

Warum wird in Europa gegen ein solch faschistoides Netzwerk nichts unternommen?

Wer sollte das machen? Es ist nicht strafbar, sich in dieser Richtung politisch zu betätigen. Wenn damit aber Völkermörder geschützt und Zeugen manipuliert werden, wird diese Haltung zweifelhaft. Aber es ist nicht der erste Fall, dass im Exil politisch gearbeitet wird. Denken sie an die „Grauen Wölfe" aus der Türkei und die sogenannten „Mörder per Fax", die von Deutschland aus islamistische Morde an Linken und Intellektuellen in Algerien von 1991 bis 2001 in Auftrag gegeben haben. Das Verfahren in Frankfurt betrifft den Völkermord 1994. Es gibt in Stuttgart ein weiteres Verfahren gegen eine politische Organisation, die aus diesen Völkermördern hervorgegangen ist. Scheinbar beginnt man erst jetzt, ein wenig genauer hinzuschauen. Auch in Frankreich fangen jetzt die Prozesse gegen Verantwortliche des Genozids von 1994 an, mit 20 Jahren Verspätung.

Meinen Sie, dass insbesondere die langen Beziehungen seit der Kolonisierung zunächst durch Deutschland und dann durch Belgien in Bezug auf Ruanda eine Rolle spielen?

Ruanda gehörte früher zu Deutsch-Ostafrika. Wenn sich Deutschland jetzt militärisch in Mali engagiert, spielt die unaufgearbeitete Vergangenheit der Kolonisierung keine Rolle. Das ist äußerst bedenklich. Ruanda wurde nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund der belgischen Verwaltung des Kongos als Treuhandgebiet zugeschlagen. Die Belgier haben das fortgesetzt, was sie vorher schon im Kongo gemacht haben und große Bevölkerungsgruppen aus Ruanda in die Kautschukplantagen im Kongo verschoben. Deutsche und Belgier klassifizierten die Bevölkerung nach rassistischen Prinzipien, um sich lokale Kollaborateure zu verschaffen. Und die Verbindung von belgischen Christdemokraten und der katholischen Kirche zu den Völkermördern ist ja kein Geheimnis. Ich möchte nicht wissen, wie viele der Verantwortlichen des Genozids von Ruanda in oberitalienischen Klöstern untergetaucht sind. •



Der Führer ſpricht zur SA. Dortmund 1933

GESCHICHTE

„Jetzt wird reiner Tisch gemacht"

Die SA während und nach der Röhm-Krise

Von Yves Müller

„Röhm, du bist verhaftet!", soll Adolf Hitler gerufen haben. Am 30. Juni 1934, morgens um 6.30 Uhr, wurde SA-Stabschef Ernst Röhm im bayerischen Bad Wiessee aus dem Bett heraus verhaftet. Unter Vorwand bestellte der „Führer" sämtliche Obergruppenführer, Gruppenführer und Inspekteure der nationalsozialistischen „Sturmabteilung" (SA) dorthin, um die Parteiarmee auf einen Schlag zu enthaupten. Röhm und seine Entourage wurden ins Münchner Gefängnis Stadelheim gebracht und größtenteils tagsdarauf erschossen. Noch am Abend des 1. Juli erklärte Joseph Goebbels in einer Rundfunkansprache: „Jetzt wird reiner Tisch gemacht (...) Pestherde, Korruptionsherde, Krankheitssymptome moralischer Verwilderung, die sich im öffentlichen Leben zeigen, werden ausgebrannt, und zwar bis aufs Fleisch." Damit spielte der Propagandaminister nicht nur auf die Ambitionen der SA an, sich als „Staat im Staate" zu etablieren. Auch die Homosexualität einiger SA-Führer, darunter Röhm selbst, war der NS-Führung inzwischen zunehmend unangenehm. Unter dem Codewort „Kolibri" verhafteten SS und Gestapo zwischen dem 30. Juni und 2. Juli - angeblich um einen Putschversuch zu vereiteln - neben Konservativen wie Kurt von Schleicher und Edgar Julius Jung sowie anderen missliebig gewordenen Personen, unter ihnen der in Ungnade gefallene ehemalige NSDAP-Funktionär Gregor Strasser, auch dutzende SA-Führer und ermordeten vermutlich etwa 200 von ihnen. Nachträglich ließ Hitler die Morde als „Staatsnotwehr" legalisieren.

Während die Forschung über die Vorgeschichte und den Verlauf der sog. Röhm-Krise vieles zu berichten weiß, sind regionale Besonderheiten, die Rolle persönlicher Konflikte und alter Rechnungen weniger bekannt. Insbesondere die Auswirkungen auf das weitere Dasein der SA finden bisher zu wenig Beachtung. Dabei lässt sich gerade hieran der polykratische Charakter des sich konsolidierenden NS-Regimes aufzeigen. So kam es in verscheidenen Gauen zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den NSDAP-Gauleitern und der SA. Im Zuge der Röhm-Krise konnten erstere die Schwäche der SA nutzen, um sie regional von ihren Posten zu verdrängen.

Machtkampf in Sachsen

Von den Verhaftungen waren beispielsweise etliche sächsische SA-Führer betroffen: Der Gruppenführer und Leiter des Politischen Amtes der Obersten SA-Führung (OSAF) und zuvor Führer der SA-Gruppe Sachsen, Georg von Detten, wurde vermutlich am 2. Juli in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde, seit 1933 Sitz der Leibstandarte-SS Adolf Hitler, erschossen. Sein Nachfolger in Sachsen, Hans Hayn, entging der Mordwelle ebensowenig und wurde am 30. Juni 1934 in München erschossen, während einige SA-Führer aus seinem Stab sowie der Dresdner Brigade 33 verhaftet wurden. Auch etliche regionale SA-Führer überlebten die Mordaktion nicht, wie Kurt Mosert aus Torgau, der in das „frühe" Konzentrationslager Lichtenburg eingeliefert wurde und starb.

Der SA-Obergruppen- und ehemalige Freikorpsführer Manfred von Killinger, Führer der SA-Gruppe Mitte und am 6. Mai 1933 zum sächsischen Ministerpräsidenten ernannt, entkam nur knapp der Mordwelle. Von Killinger wurde noch bei seiner Anreise nach Bad Wiessee am Münchner Bahnhof festgenommen. Zwar ließ man ihn am Leben, doch wurde er nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis bei seiner Rückkehr nach Dresden am 1. Juli erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Hohnstein verbracht. Schließlich verlor Killinger seinen Posten als Ministerpräsident. Bis zu seiner Entmachtung im Zuge der Röhm-Krise vermochte er es, die Rolle der sächsischen SA gegenüber der Parteiorganisation im Staatsapparat zu festigen. Gleichwohl schwelte seit der Machtübernahme der Konflikt mit dem ebenso um Einfluss ringenden Gauleiter Martin Mutschmann. Auch das Machtgerangel zwischen der SA auf der einen sowie Reichswehr und SS auf der anderen Seite, fand im Freistaat Sachsen seinen Niederschlag. Die SS bemühte sich erfolgreich um die Führungsrolle im Dresdner Geheimen Staatspolizeiamt sowie dessen Herauslösung aus der Landesverwaltung zum Zwecke der Verreichlichung und zog sich damit den Unmut der sächsischen SA-Führung zu.

Die Macht des Gauleiters Martin Mutschmann glich nun auf regionaler Ebene einer Alleinherrschaft. Er hatte bereits die Ämter des Gauleiters, des Reichsstatthalters und seit 1935 auch des Ministerpräsidenten inne. Die Macht Mutschmanns war auch im reichsweiten Vergleich relativ einmalig und blieb bis zum Mai 1945 erhalten.


Marschübung der SA-Führerschule in Schloss Harnekop.

Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-P049609 / Weinrother, Carl / CC-BY-SA

„Säuberungen" auch in Westfalen

Auch in der mit über 400 000 SA-Männern größten SA-Obergruppe X (Westfalen-Niederrhein) schwelte ein Machtkampf, wenn auch kaum mit entsprechend mörderischen Folgen wie andernorts:

Von den Verhaftungen blieb Obergruppenführer Wilhelm Schepmann verschont. Dennoch erhob das Oberste Parteigericht der NSDAP noch 1934 Anklage: Schepmann soll in seiner Funktion als Dortmunder Polizeipräsident und SA-Führer „[f]ortgesetzt in unerhörter Weise gegen die politische Leitung insbesondere gegen die Gauleitung Westfalen in der Zeit vor dem 30. Juni 34 Stellung genommen [...] haben". Man warf ihm nichts Geringeres als die direkte Beteiligung an einem Komplott der SA gegen den „Führer" vor. So soll er die Bewaffnung der SA geplant sowie Disziplinlosigkeiten, Ausschreitungen und „Stimmungsmache" in der SA geduldet haben; außerdem solle er am Nachmittag des 30. Juni 1934 die SA in Alarmbereitschaft versetzt haben. Offenbar war Schepmann in Kompetenzgerangel mit dem westfälischen Gauleiter Josef Wagner geraten, „der dauernd das Blaue vom Himmel herunterlügt" und versuche, „eine Untreue zum Führer zu konstruieren." Im April 1935 sprach das Parteigericht Schepmann schließlich frei.

Von der Fehde zur Mordaktion

Weniger Glück hatte Dr. Erwin Villain, Arzt der Köpenicker SA-Standarte in Berlin. Er wurde am 1. Juli 1934 in Berlin-Lichterfelde ermordet. Es liegt nahe, dass er infolge einer privaten Fehde mit dem SS-Standartenarzt Dr. Leonardo Conti ins Visier der SS geriet. Conti und Villain standen offenbar bereits seit ihrer Studienzeit in ständiger Konkurrenz zueinander. Nach der Machtübernahme setzten in der Berliner nationalsozialistischen Ärzteschaft harte Verteilungskämpfe ein, in deren Folge Conti und Villain erneut aneinander gerieten. Weil Conti der Berufung seines Widersachers zur Berliner Ärztekammer nicht zustimmte, forderte ihn Villain zum Säbelduell heraus. Conti lehnte ab und wurde im März 1934 während einer Ärzte-Tagung in einem Münchner Hotel in seinem Zimmer von Villain überfallen. Villain wurde schon damals verhaftet und sollte beim Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) abgeliefert werden, doch die OSAF schützte ihn vor deren Zugriff. Der Fall schlug hohe Wellen in SA wie SS und beschäftigte nicht nur den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring, sondern auch Reichsführer-SS Heinrich Himmler.


SA-Fahnenweihe auf dem Tempelhofer Feld in Berlin, 1933.

Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-P049613 / Weinrother, Carl / CC-BY-SA

„Veteranenorganisation" oder Reservearmee im Schatten des Regimes oder...

Nicht nur war die SA mit ihrer Forderung einer „zweiten Revolution" und ihren Ambitionen, der Reichswehr die Hoheit über die Landesverteidigung streitig zu machen, zu einem ernstzunehmenden Problem geworden. Auch verstanden die marodierenden SA-Trupps nicht, „daß sie nach abgeschlossener ,Machtergreifung' mit denselben Taten, die ihnen zuvor als ,Verdienste um die Bewegung' hoch angerechnet worden waren, nun angeblich dem Nationalsozialismus Schaden zufügten." Nützte die SA der „Bewegung" in der „Kampfzeit" wegen ihres anti-bürgerlichen Habitus, so stellte gerade diese soziale Hexis für den staatstragenden Nationalsozialismus ein Problem dar.

Noch in den Folgejahren konnte die Denunziation als „Günstling Röhms" Posten und Parteimitgliedschaft kosten. Die Akten belegen heute dutzende Parteigerichts- und anderer Verfahren gegen SA-Männer wegen verschiedenster Vergehen (Körperverletzung, Korruption usw.), in deren Verlauf schließlich eine geistige Nähe zu Ernst Röhm herbeikonstruiert wurde. Unterschwellig oder ganz offen wurde nicht selten auch eine homosexuelle Betätigung

unterstellt und damit die vom Regime gestreute Mär des homosexuellen Männerbundes SA kolportiert. Der ehemalige SA-Obergruppenführer Werner von Fichte zum Beispiel musste noch 1938 ein Verfahren vor dem Obersten Parteigericht wegen Unterschlagung von Parteifinanzen sowie homosexueller Betätigung über sich ergehen lassen, nachdem er bereits im Zuge der Verhaftungswelle vom 30. Juni 1934 in das Konzentrationslager Lichtenburg verbracht und aus Partei und SA ausgeschlossen worden war.

Hitler indes ging nach der euphemistisch so genannten „Nacht der langen Messer" zur Tagesordnung über. „Kein Wort mehr darüber!", zitierte ihn sein Leibfotograf Heinrich Hoffmann. Mehr als die Reichswehr profitierte die SS von der Entmachtung der SA. Die Truppe Himmlers wurde aus der SA herausgelöst, der Reichsführer-SS nunmehr Hitler persönlich untergeordnet.

Mit ihrem „Verschwinden" während der Röhm-Krise verliert sich auch die Spur der weiteren Geschichte der SA. Angeblich hatte die Parteitruppe „nun endgültig ausgedient." Und tatsächlich führte sie unter Röhm-Nachfolger Viktor Lutze, der sich offenbar durch seine denunziatorischen Berichte über Äußerungen Röhms bei Hitler für den Job des Stabschefs empfahl, ein Schattendasein.

Trotzdem blieb die Konkurrenz der SA zur SS bestehen: Immer wieder gerieten beide NS-Organisationen aneinander, so beispielsweise bei der Hoheit über den prestigeträchtigen Reitsport. Letztlich hatte die SA das Nachsehen gegenüber einer auch bei internationalen Wettbewerben überaus erfolgreichen Reiter-SS. Lutze – „ein herzensguter Kamerad und prima Nazi" – echauffierte sich wiederholt über Himmler. Erst der neue SA-Stabschef Schepmann wirkte auf ein harmonisches Einvernehmen der SA bis in die untersten Ränge mit der SS hin. In einer Bekanntmachung der OSAF hieß es, dass während einer Besprechung mit Himmler „[a]lle gelegentlich aufgetauchten Gegensätze" ausgeräumt werden konnten. Himmler honorierte Schepmanns Bestrebungen ganze zwei Wochen nach Herausgabe des SA-Befehls lediglich mit einer amtsinternen Bekanntmachung und stellte damit nocheinmal die Hierarchie klar.

Indes konnten die nationalsozialistischen Machthaber auf die SA immer wieder aufs Neue zurückgreifen, so u.a. bei den Annexionen Österreichs und des Sudetengebietes, bei den Novemberpogromen 1938, bei den deutschen Aggressionen gegen Polen in Danzig 1939 und dann bei den vielgestaltigen Aufgaben, die der Zweite Weltkrieg sowohl an der sog. Heimatfront als auch der Front selbst stellte. Die SA betätigte sich nicht nur in der Ausbildung von Arbeitskräften in den SA-Berufsschulen, insbesondere für die Rüstungsindustrie – die Verknüpfung von handwerklicher Ausbildung und vormilitärischer Erziehung wurde als vortrefflich geeignet zur „Heranbildung des wehrhaften Facharbeiters" angesehen. Zehntausende SA-Männer dienten in Kriegshilfsmannschaften und bei der sog. Heimatflak, halfen bei der Evakuierung der Bevölkerung und bei der Verfolgung abgeschossener Flieger des Gegners oder entflohener Zwangsarbeiter_innen.



Ernst Röhm im August 1933 bei einer SS-Veranstaltung auf dem Truppenübungsplatz Döberitz.

Ihre Aufgabe sah die SA besonders in der „Wehrerziehungsarbeit". War der Wehrsport lange vor 1939 zentraler Teil des SA-Alltags, wurden SA-Wehrabzeichen und Wehrwettkämpfe zum konstituierenden Merkmal der vormilitärischen Ausbildung der männlichen Bevölkerung, egal ob SA-Mann oder nicht. Andere NS-Organisationen wie SS oder Hitlerjugend hatten nichts Vergleichbares im Repertoire.

Im Frühjahr 1941 standen nahezu 800.000 SA-Männer in der Wehrmacht. Bis Oktober 1943 galten bereits mehr als 85.000 SA-Angehörige als gefallen. Die Relevanz der SA stellt Rudolf von Elmayer-Vestenbrugg in dem Propagandawerk SA.-Männer im feldgrauen Rock heraus: „Man muß nur begreifen, welch große Bedeutung gerade darin liegt, [...] daß es keine Kompanie, keine Batterie, daß es überhaupt keine Einheit unserer Armee gibt, in der nicht auch SA.-Männer stehen." Ganze Divisionen setzten sich aus SA-Freiwilligen zusammen: Neben der Panzergrenadier-Division „Feldherrnhalle" setzten sich auch die 13. Panzer-Division, die 24. Minensuch-Flotille „Karl-Friedrich Brill", das Fallschirmjäger-Regiment 2 sowie die SS-Panzergrenadier-Division „Horst Wessel" aus SA-Mitgliedern zusammen. Auch im gegen Kriegsende aufgestellten sog. Volkssturm spielte die SA eine bis dato kaum erforschte Rolle.

So kann der Eindruck einer „Veteranenorganisation" (Volker Ullrich), nur angesichts ihrer zentralen Rolle während der „Kampfzeit" entstehen, muss aber im Vergleich zu anderen Massenorganisationen des Dritten Reiches erneut überprüft, wenn nicht gar revidiert werden. Die SA war bis zum Schluss eine der wichtigsten Parteiorganisationen des Nationalsozialismus. •

1 Zit. nach Volker Ullrich, Adolf Hitler: Die Jahre des Aufstiegs. Biographie, Frankfurt am Main 2013, S. 520. **2** Vgl. auch AIB #62 und AIB #80 **3** Vgl. Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, bes. S. 75–91. **4** Vgl. Bundesarchiv Berlin (ehem. BDC), SA 176-B, Schepmann, Wilhelm, 17.6.1894; Staatsarchiv Münster, Q 223 Staatsanwaltschaft Dortmund, 1297–98. **5** Mathilde Jamin, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), Der Führerstaat. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 349. **6** Zit. nach Ullrich, Adolf Hitler, S. 523. **7** Bernhard Sauer, Goebbels 'Rabauken'. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: Uwe Schaper (Hg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2006, S. 145.

REPRESSION

In verschiedenen Ländern Europas kam es in den letzten Wochen und Monaten zu Repressalien gegen Linke. Allen Betroffenen werden Straftaten vorgeworfen, die sie angeblich im Rahmen antifaschistischer Aktivitäten begangen haben sollen. Neben Schweden und Österreich darf auch der deutsche Repressionsapparat in der Reihe der Verfolger nicht fehlen.

Repression gegen Antifas

Viele Fälle – ein Ziel: die Kriminalisierung antifaschistischer Selbsthilfe

Die erfreuliche Nachricht: die Solidarität ist mit zunehmender Selbstverständlichkeit international. Die jeweiligen Unterstützer_innen-Gruppen greifen die Freilassungsforderungen für die anderen Betroffenen auf und betonen den spektrenübergreifenden Zusammenhalt gegen die staatlichen Angriffe. Im folgenden werden die drängendsten Vorfälle der letzten Wochen und Monate dargestellt.

Wien: Untersuchungshaft nach Antifa-Demo

Josef wurde am 24. Januar 2014 im Zuge der Antifa-Demo gegen den „Akademikerball" in Wien festgenommen und sitzt seitdem in Untersuchungshaft (vgl. S. 30). Von Anfang an waren die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unkonkret und das vorhandene Aktenmaterial dürftig. Medial ist von Sachbeschädigung, Körperverletzung und/oder Widerstand gegen die Staatsgewalt die Rede.

Trotz der unklaren Lage wurde die U-Haft gegen Josef verlängert. Dies ist bemerkenswert, da der Haftgrund der „Verdunkelungsgefahr" zwischenzeitlich als nicht mehr gegeben angesehen und verworfen werden musste. Es wurde nun also nicht mehr angeführt, dass Josef Tatspuren beseitigen wolle und mögliche Tatzeug_innen einschüchtern oder ähnliches. Als Begründung der weiteren U-Haft verblieb einzig und allein die sogenannte „Tatbegehungsgefahr", die in Deutschland der „Wiederholungsgefahr" entspricht. Das bedeutet im Klartext, dass das Gericht die Behauptung aufstellt, Josef hätte in Freiheit unmittelbar nicht viel Besseres zu tun, als erneut die Delikte zu begehen, die ihm aktuell zur Last gelegt werden. Eine haarsträubende Konstruktion, die die Gefährlichkeit des inhaftierten Linken für die österreichische Öffentlichkeit herausstellen soll und ein beredtes Zeugnis über den staatlichen Verfolgungswillen ablegt. Nach wie vor darf der Betroffene im Gefängnis nur von Familienangehörigen besucht werden. Freund_innen wurden bislang keine zum Besuch zugelassen, was teilweise den Charakter einer Isolation annimmt.

Soli-Gruppe „Josef":
http://soli2401.blogsport.eu

Stockholm: Untersuchungshaft nach Selbstverteidigung

In einem Vorort von Stockholm griff am 15. Dezember 2013 eine 30-köpfige organisierte Gruppe Neonazis unvermittelt eine antirassistische Kundgebung an (vgl. Artikel S. 54). Zu ihrer Bewaffnung gehörten Knüppel, Messer und selbstgebaute Schilde. Den zunächst völlig überraschten Teilnehmer_innen der Kundgebung gelang es mit Mühe, die Angreifer in ein Waldstück zurückzudrängen und schlimmeren Schaden abzuwenden. Wenige Tage nach der Attacke wurde jedoch der Antifaschist Joel unter dem Vorwurf des versuchten Mordes in Untersuchungshaft genommen. Er soll im Rahmen der Selbstverteidigung eine Messerattacke versucht haben. Obwohl Joel unbewaffnet war und eine Notwehrsituation auf der Hand liegt, gingen die Repressionsbehörden nun gegen ihn, als einen der Angegriffenen, hart vor. Im Gefängnis hat Joel nun kaum Kontakt zur Außenwelt und sein Postverkehr wird streng überwacht.

Als Reaktion auf die rechte Attacke fand mit 20.000 Personen die größte antifaschistische Demonstration in der Geschichte Schwedens statt.

Soli-Gruppe „Joel":
www.facebook.com/freejoel

Berlin: Untersuchungshaft nach LKA-Engagement

In Berlin wurde am 30. Oktober 2013 der Antifaschist Adel in U-Haft genommen und erst nach über 3 Monaten unter Auflagen und nach Zahlung einer Kaution auf freien Fuß gesetzt. Vorangegangen waren umfangreiche und vom „Polizeilichen Staatsschutz" des Berliner Landeskriminalamts (LKA) gezielt gegen den Betroffenen ge-



richtete Ermittlungen. Neben Abhör- und Überwachungsmaßnahmen gehörten auch drei Hausdurchsuchungen innerhalb eines Jahres zu den polizeilichen Aktivitäten, die immer wieder von rassistischen Untertönen gegenüber dem Berliner mit Migrationshintergrund begleitet wurden. So wurde Adels Mutter im Rahmen einer Hausdurchsuchung empfohlen, mal „einen Deutschkurs zu machen" und bei verschiedenen Anlässen wurde deutlich, dass der „Antifa mit südländischem Aussehen" eine besondere polizeiliche Aufmerksamkeit genießt. Mehrfach wurde er im Nachgang von Demos von der Polizei zusammengeschlagen und verletzt. Vorgeworfen wird Adel nun ein willkürlich zusammengestellt wirkendes Bündel von Anschuldigungen, die vom zweimaligen Zeigen des ausgestreckten Mittelfingers in Richtung von Zivilpolizisten, über eine geringfügige Sachbeschädigung, bis hin zu (verbalen) Auseinandersetzungen mit Neonazis und anderen erkennbaren Rechten reichen. Auch ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ohne politischen Hintergrund wird gegen Adel geführt. Die Ermittler_innen legten Zeug_innen zum Teil solange Fotos vor, bis diese ihn schließlich als Täter erkannt haben wollen. Auch wenn der junge Berliner aktuell nicht mehr im Gefängnis sitzt, ist die Sache noch nicht vorbei, denn ein Urteil steht noch aus. Bis dahin gelten für den Betroffenen die abstrusen richterlichen Auflagen, sich von „politischen Veranstaltungen rechts- und linksextremer Art fernzuhalten" und „den Kontakt zu Personen rechtsextremer Gesinnung zu unterlassen".

Soli-Gruppe „Adel":
http://freeadel.blogsport.de

Stuttgart: Vorwurf des versuchten Totschlags mittels Pyrotechnik

Auch drei Jahre nach der erfolgreichen Blockade des vormals alljährlich stattfindenden Neonaziaufmarschs in Dresden im Jahr 2011, reißen die Versuche antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren nicht ab. Trotz bis zu 20.000 Menschen, die aus ganz Europa gekommen waren, um den Aufmarsch zu verhindern, versuchte die Dresdner Polizeiführung diesen um jeden Preis durchzusetzen. So versprühten die über 4.500 eingesetzten Beamten Unmengen Pfefferspray, prügelten auf Sitzblockierer_innen ein und setzten bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt großflächig Wasserwerfer ein. Außerdem wurden hundertausende Handyverbindungen in ganz Dresden überwacht und die Daten gespeichert. Dennoch konnte der rechte Großaufmarsch verhindert werden. Eine Niederlage, die die sächsischen Behörden offenbar nicht auf sich sitzen lassen wollen. Seitdem reiht sich Verfahren an Verfahren und während bis heute nicht ein Polizist für die staatliche Gewaltorgie zur Verantwortung gezogen wurde, werden bundesweit Aktivist_innen wegen ihrer Beteiligung an den Blockaden kriminalisiert.

Einen regionalen Schwerpunkt bildet dabei Stuttgart. Schon im Herbst 2011 kam es hier zu fünf Hausdurchsuchungen. Nur auf völlig vage Vermutungen gestützt, stürmten vermummte Polizeieinheiten mit gezogenen Schusswaffen mehrere Wohnungen, bedrohten Bewohner_innen und beschlagnahmten zahlreiche Gegenstände. Meist beläuft sich der Vorwurf gegen die Betroffenen auf Landfriedensbruch. Die formulierten Anklagen haben dabei gemeinsam, dass sie sich auf nichts als bloße Behauptungen von verdeckten ErmittlerInnen stützen. Belastende Fotos oder Videos, die die Angeklagten bei strafbaren Handlungen zeigen, existieren nicht.

Hervorzuheben ist allerdings auch das Bemühen der Staatsanwaltschaft Stuttgart, einen Aktivisten wegen „versuchten Totschlags" anzuklagen. Dem Antifaschist soll allen Ernstes vorgeworfen werden, diesen Totschlag mittels Pyrotechnik versucht zu haben. Nicht einmal die für ihren Verfolgungswillen berüchtigte Staatsanwaltschaft in Dresden war selbst auf diese kreative Idee gekommen. •

Rote Hilfe Dresden:
www.rotehilfedresden.blogsport.eu/blockaden-bekommen-ein-mordsimage/

UKRAINE

Rechts auf dem Majdan



Foto: Eduardo Castaldo/RIVA press

Kampftraining auf dem Majdan in Kiev vor einem Transparent der Neonazi-Guppierung „Rechter Sektor".

Noch zu Jahresbeginn 2014 wurden die Proteste in den deutschen Medien fast durchweg positiv dargestellt, den Protagonist_innen und den Massen auf den Demonstrationen hehre Ziele und der Wunsch nach EU-genormter Demokratie unterstellt. Kritik an den Aussagen einzelner Politiker und der massiven Verwendung von Symbolen faschistischer Organisationen kam erst spät auf. In den russischen Medien war hingegen nahezu ebenso flächendeckend eine völlig gegensätzliche Meinung über die gleichen Protagonisten vorherrschend: Hier begehrte der faschistische Pöbel gegen den legitimen Präsidenten des Landes auf.

Bebildert werden konnte diese Meinung über den Protest aufgrund der Vielzahl von Hakenkreuzen problemlos; dass hingegen auch linke, liberale und bürgerliche Gruppen an den Protesten beteiligt waren, wurde in den russischen Medien fast völlig geleugnet.

Nicht nur die nationalistische und religiöse Symbolik, auch die Sprechchöre und Gesänge weisen starke Rückgriffe auf Unabhängigkeitsbestrebungen der 20er bis 50er Jahre des 20. Jahrhunderts auf. Diese waren stark antirussisch/-sowjetisch und antisemitisch geprägt. Bis heute ist in der Westukraine Stefan Bandera, einer der Führer der Unabhängigkeitsbewegung OUN der 30er und 40er Jahre, ein gefeierter Held, dem eine Vielzahl von Denkmälern gewidmet ist. Dass Bandera mit der deutschen Wehrmacht kollaborierte wird bis heute von vielen als notwendiges Übel betrachtet, nicht als Ausdruck der Nähe der Ideologie der OUN zum Nationalsozialismus.

Auch aufgrund der kollektiven, sowjetisch geprägten Erinnerungskultur steht die Sympathie für Bandera der eigenen Wahrnehmung als Sieger gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg nur bedingt entgegen. Diese Widersprüchlichkeit ist zum Teil Ausdruck von einer bisher kaum erfolgten Auseinandersetzung weiter Teile der Bevölkerung mit dem Erbe der NS-Besatzung. Die geringe Sensibilität gegenüber nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Zeichen und Parolen zeigt sich deutlich an der fehlenden Thematisierung bei der Regierungsbeteiligung und der unwidersprochenen Beteiligung rechter Gruppen. Die nationalistische Partei „Svoboda" (Свобода) stellt mehrere Posten in der Übergangsregierung und wird von der EU als Teil der Regierung anerkannt. Neben den an der Übergangsregierung beteiligten nationalistischen Parteien bestimmten auf dem Majdan und bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen aber vor allem kleinere Neonazi-Gruppierungen das Bild.

Die Gruppierung „Rechter Sektor", ein sich erst im Laufe der Proteste herausbildendes Sammelbecken für verschiedene nationalistische und faschistische Organisationen, trat besonders bei militanten Auseinandersetzungen und als Teil der Verteidigungsstrukturen des Majdan in Erscheinung. Die Rot-Schwarze Fahne des „Rechten Sektors" ist inzwischen bei allen Protesten massenhaft zu sehen. Die Rekrutierung neuer Mitglieder hat weiter unvermittelt Zulauf, vor allem junge Männer eifern darum, in die gut organisiert auftretende Struktur aufgenommen zu werden.

Mehrere bereits seit Jahrzehnten bestehende extrem rechte Parteien wie die UNA-UNSO (Ukrainische Nationalversammlung - Ukrainische Volksselbstverteidigung) gliederten sich in den letzten Monaten in den „Rechten Sektor" ein. Die UNA-UNSO ist eine der offen antisemitischen und antirussischen Parteien, die, 1990 in Lviv gegründet, bisher nahezu keinen politischen Einfluss hatte. Die Proteste und das Aufgehen im „Rechten Sektor" ermöglichen es dieser Partei, ihre Ideologie in weitere Bevölkerungsteile zu tragen und sich als Verteidiger der ukrainischen Unabhängigkeit zu gerieren. Das Logo der Partei zeigt ein stilisiertes Hakenkreuz mit den Buchstaben UNSO (УНСО). Momentan scheint sich nur eine schwindende Minderheit an der Präsenz von extrem rechten und antisemitischen Akteuren und dem Zeigen von faschistischen Symbolen zu stören.

Zwar ist keine der Gruppierungen des „Rechten Sektors" direkt an der neuen Übergangsregierung beteiligt, personelle Nähe besteht jedoch beispielsweise zwischen dem Kommandant des Majdan, Andreij Parubij, und einem der wichtigsten Funktionäre des „rechten Sektors", Dmytro Jarosch. Parubij bekam für die Svoboda den Posten des Sekretärs im Sicherheits- und Verteidigungsrat. Jarosch ist bereits seit den frühen 90er Jahren als Funktionär der rechten Gruppierung „Tryzub" bekannt - einige Quellen sprechen davon, dass Jarosch als Stellvertreter Parubijs einen eigenen Posten in der Regierung erhalten soll.•

UKRAINE

„Linke Positionen bei den Protesten einbringen“

Seit Ende November 2013 ist der Majdan in der ukrainischen Hauptstadt Kiew durchgehend von Demonstrant_innen besetzt. Die unübersichtliche Situation, die Verschärfung der Krise und Analysen der Geschehnisse, die sich zum Teil vollends widersprechen, erschweren uns eine Einschätzung davon, welche Konsequenzen die Ereignisse für die ukrainische antifaschistische Linke haben. Um einen Einblick zu bekommen, sprachen wir mit Oleg Schelenko, Antifaschist und Experte für Rechtsextremismus aus Kiev. Das Interview führte Ute Weinmann, es entstand Mitte Februar, also vor dem Machtwechsel in Kiew und den darauffolgenden Ereignissen.

Seit Beginn der Proteste beteiligten sich daran nationalistische und auch neonazistische Kräfte. Wie lässt sich ihre Rolle beschreiben und wie stark wirkt sich ihre Präsenz auf die politische Agenda auf dem Maidan aus? Ist es übertrieben von einem Rechtsruck zu sprechen?

Es ist eine Art rechte Kulturrevolution im Gang, ein rechtes 1968. Damit verbunden ist eine kulturelle Dominanz Rechtsradikaler: Ihr Sprachgebrauch ist allseits präsent: Die Begrüßungsformel „Ruhm der Ukraine“ geriet zum Codewort zur Bestimmung der Zugehörigkeit zum Maidan. Zu Beginn waren noch diverse andere Redewendungen gebräuchlich, wie „Ruhm der Nation“, „Tod den Feinden“, „Ukraine über alles“. Überall sind Kirchenvertreter diverser Religionen vor Ort, von der Tribüne herab ertönen ständig Gebete für die Ukraine, jede Stunde wird die ukrainische Hymne gesungen. Diese Intensität solcher Rituale kenne ich sonst nicht mal aus der ultrarechten Szene. Außer „Swoboda“ haben alle rechten Gruppierungen bislang enorm von den Protesten profitiert und einen so bislang nicht dagewesenen Zuspruch erhalten. Ende Januar erklärte der „Rechte Sektor“, ein Zusammenschluss diverser nationalistischer Organisationen wie dem Tryzub, UNA-UNSO, „Patriot der Ukraine“, der „Sozial-nationalistischen Versammlung“ und dem „Weißen Hammer“, er wolle sich als dritte Kraft an den Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition beteiligen.

Wie groß ist die Unterstützung für den „Rechten Sektor“ auf dem Maidan und wie steht es mit dessen politischen Perspektiven?

Die Stimmung auf der Straße hat sich in der letzten Zeit stark verändert, der mehr oder weniger ergebnislose friedliche Protest brachte Enttäuschungen hervor. So kommen immer mehr jene zum Zug, die sich für ein radikaleres Vorgehen einsetzen. Der „Rechte Sektor“ mindert das Verhandlungspotenzial der Opposition, diskreditiert sie vor deren westlichen Partnern und demonstriert, dass jene die Protestierenden auf dem Maidan nicht im Griff haben. Swoboda hat bereits einen echten Imageschaden davongetragen.
An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass die rechtsradikale Szene immer unter dem wachen Auge der Sicherheitsdienste agierte. Vertreter paramilitärischer rechter Gruppen haben mehrmals den Wunsch geäußert ihre Mitglieder in den Ukrainischen Sicherheitsdienst SBU einzugliedern.

Wird auf dem Maidan Kritik an den Nationalisten geübt und wenn ja von wem? Wie reagieren jüdische Organisationen auf die Proteste?

Hier in der Ukraine halten sich selbst Bürgerrechtler und Experten für Rechtsradikalismus extrem zurück oder machen sich gar zu Anwälten der extremen Rechten. Es gilt die Devise „Wir sitzen alle in einem Boot“. Kritische Stimmen vernehmen wir in den westlichen und russischen Medien. Letztere gehen allerdings so weit, dass sie den gesamten Protest als faschistisch diffamieren, was eher eine ironische Haltung hervorruft oder schlimmstenfalls sogar zu einer Solidarisierung mit rechten Kräften beiträgt. Faktisch sehen sich jüdische Organisationen wie auch linke Zusammenhänge von den Ereignissen überrollt, die ihnen die Entscheidung abverlangen, Partei für die eine oder andere Seite zu nehmen, auch wenn sie sich keiner von beiden wirklich zugehörig fühlen. Ein positives Zeichen gab es allerdings am 1. Januar, als einige Liberale mit Plakaten gegen „Svoboda“ protestierten und ihren Widerstand damit begründeten, dass solche Fackelmärsche für die Menschen auf dem Maidan abschreckend seien. Sie wurden zwar angegriffen, doch ihre Aktion hatte einen hohen symbolischen Wert.

Wie definieren antifaschistische und linke Kräfte ihre Rolle bei den Protesten? Haben sie eine eigene politische Agenda und wie sind die Chancen für deren Umsetzung?

Die Linke verfügt bislang über keine eigene Agenda. Prorussische und an der kommunistischen Partei orientierte Zusammenhänge wie Boro'ba demonstrieren bei jeder Gelegenheit, dass sich auf dem Maidan nur „Faschisten“ tummeln. Ein anderer Teil der Linken unterstützt den Maidan völlig unkritisch. Ich selber gehöre zu denen, die versuchen, linke Positionen bei den Protesten einzubringen. Von Beginn an sind wir mit sozialen Parolen angetreten und haben uns auch mit Nationalisten geprügelt. Derzeit arbeiten wir an einer studentischen Vernetzung und etablieren als Entscheidungsinstrument eine studentische Vollversammlung im ukrainischen Haus. Außerdem beteiligen wir uns an der Bewachung verletzter Aktivisten, um sie vor Entführungen aus dem Lazarett zu schützen. Etliche Linke mit medizinischer Ausbildung sind an den Protesten beteiligt, wobei wir gerne alle in einer Einheit zum Andenken an Stanislaw Markelow (2009 in Moskau von Neonazis erschossener Anwalt und Antifaschist) zusammenfassen würden. Kurz gesagt, wir versuchen uns nicht gegen die Proteste abzugrenzen und gleichzeitig das Prinzip der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung zu leben, wobei wir gegen eine Eskalation der Proteste eintreten, um somit der extremen Rechten den Boden zu entziehen. Natürlich reicht das nicht aus für eine Stärkung der Linken im Protestlager, aber das Ende des Konflikts ist ja noch längst nicht erreicht. •

GRIECHENLAND

Griechenland: Chrysi Avgi – Die Doppelzüngigkeit einer gewalttätigen Partei

Von Harry Ladis

Fünf Monate sind seit der Ermordung des antifaschistischen Musikers Pavlos Fyssas in Piräus durch ein Kommando der neonazistischen Goldenen Morgenröte (Chrysi Avgi) vergangen. Die Tat gilt als Ausgangspunkt für die strafrechtliche Verfolgung der gewalttätig agierenden Partei und es vergeht kaum eine Woche, in der keine neuen haarsträubenden Details über die Neonazis ans Licht kommen. Bereits zu Beginn der Ermittlungen wurden aufgrund der anzunehmenden Verbindungen zwischen der griechischen Polizei und Chrysi Avgi mehrere ranghohe Polizeifunktionäre auf andere Posten versetzt. Unter den festgenommenen Parteianhängern war etwa der Chef der Polizeistation des Athener Stadtteils Agios Panteleimon.

Erkenntnisse aus einer Vielzahl von Bildern und Gesprächen, die aus beschlagnahmten Handys und Computern der mittlerweile inhaftierten Parteifunktionäre gewonnen werden konnten, haben zuletzt die beiden zuständigen Ermittlungsrichterinnen dazu bewogen, die Aufhebung der parlamentarischen Immunität sämtlicher Abgeordneten der Partei zu beantragen. Das könnte zum Ergebnis haben, dass erstmalig in der europäischen Parteiengeschichte eine Fraktion geschlossen im Gefängnis sitzen würde. Die Ermittlungsrichterinnen betonen, dass nicht die politische Gesinnung der Neonazis, sondern die gewalttätige Umsetzung der Gesinnung die Grundlage für diesen Antrag ist. Der Partei werden zweifelsfrei alle Merkmale einer kriminellen Vereinigung zugeschrieben: eine straffe Hierarchie, eine feste Infrastruktur, eine gewisse Dauer und die Verfolgung mehrerer krimineller Ziele.

Alle Hoffnungen der Neonazipartei scheinen derweil auf dem nächsten Wahltermin im Mai 2014 zu liegen, an dem sowohl die Europaparlaments- als auch die Kommunalwahlen stattfinden. Trotz der Gewalttaten, die ihren Kadern und Mitgliedern tagtäglich nachgewiesen werden, stehen noch etwa zehn Prozent der Bevölkerung Umfragen zufolge hinter Chrysi Avgi. Der Stellvertreter der Partei, Ilias Kasidiaris, dessen Fotos mit Schießübungen und Militärtraining der Mitglieder zuletzt die Zeitungsseiten füllten, tritt als Kandidat in Athen an. Schon vor den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2010 war das Athener Zentrum Schauplatz von „Säuberungsaktionen" von Chrysi Avgi gegen Migrant_innen gewesen. Damals konnten die Neonazis zum ersten Mal mit 5,29 Prozent ins Kommunalparlament einziehen und mit ihrem „Führer", dem jetzt inhaftierten Nikos Michaloliakos, den ersten Kommunalabgeordneten aufstellen. In Stadtbezirken, in denen Chrysi Avgi die „Jagd" auf Nichtgriechen konsequent betrieb, kam die Partei zum Teil auf über 20 Prozent. Unter Staatsrechtlern bleibt umstritten, ob eine Partei, deren Fraktion geschlossen hinter Gittern sitzt, an den Wahlen teilnehmen darf. Wenn Kasidiaris noch bis Mai angeklagt werden würde, dürfte er kein öffentliches Amt besetzen, selbst wenn er gewählt werden sollte.

In ihrem 194-seitigen Bericht schlussfolgern die Ermittlungsrichterinnen, dass Chrysi Avgi sich zwar als Partei ausgebe, tatsächlich aber als kriminelle Vereinigung zu werten sei. Aus dem vorliegenden Material gehe hervor, dass zu den verschiedenen Angriffen und sonstigen Aktionen Befehle an jeweils verschiedene Empfänger der Ortsgruppen gegeben wurden. In der tatsächlichen Parteistruktur steht das Führer-, Hierarchie- und Disziplinprinzip im Vordergrund.

Offensichtlich ist auch, dass Chrysi Avgi nach außen mit einer gepflegten Heuchelei auftritt. Den Ermittlern zufolge haben sich die inhaftierten Parlamentarier von den Vorwürfen distanziert. Während Hitlergrüße oder nationalsozialistische Begriffe wie „unwertes Leben", „Volksgemeinschaft" und „Blut und Ehre" den Parteialltag, Parteipublikationen und Veranstaltungen bestimmen, haben sich die inhaftierten Führungskader nunmehr selbst von ihren eigenen handgeschriebenen Texten grundsätzlich distanziert. In dieser Hinsicht lächerlich wirkt die im Dezember 2012 viel propagierte Erklärung des „Führers" Nikos Michaloliakos: „Wir haben unsere Ideologie nie verborgen. Wir haben keinen Punkt, kein Komma gestrichen. Wir bereuen nichts".

Diese Doppelzüngigkeit ist ein zentraler Bestandteil der Partei und zielt darauf ab,

ein kleinbürgerliches Wählerpotenzial durch vermeintliche Verfassungstreue nicht zu verschrecken, andererseits die militante Kampfbereitschaft des harten Kerns durch nationalsozialistisch gesonnene Motivation hochzuhalten. So erklärte Michaloliakos noch vor einem Jahr in seinen Parteireden, dass sie sich, wenn nötig, die Hände schmutzig machen würden. Was weder die Demokraten noch die Institutionen tun, würde Chrysi Avgi übernehmen. Die nach außen in allen Äußerungen proklamierte Abscheu vor dem Parlament[1] schien jedoch vergessen zu sein, wenn es um die Diäten ging. Die Familie von Michaloliakos hat eine weitere Abgeordnete vorzuweisen, seine Ehegattin Eleni Zaroulia. Auch den Geliebten der Tochter und Sänger der Neonazi-Band „Pogrom", Artemis Matthaiopoulos, hat der Parteiführer ohne Umschweife als Abgeordneten aufstellen lassen.

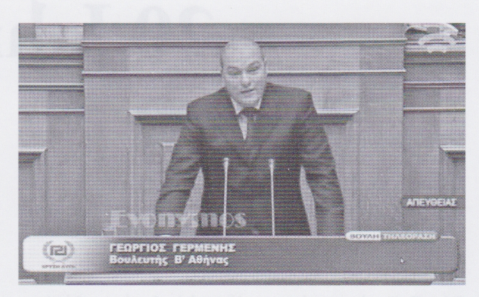
Doch die fetten Jahre der Parteifunktionäre sind womöglich vorbei, denn seit Ende letzten Jahres wurde die Finanzierung der Partei vorübergehend eingestellt. Die Partei klagt dagegen vor dem Obersten Verwaltungsgericht und empört sich, die Löhne der Partei-Angestellten und die Mieten der Partei-Lokale könnten nicht mehr bezahlt werden. Chrysi Avgi hatte innerhalb ihrer kurzen Regierungszeit versucht, einen ähnlichen Apparat aufzubauen wie die Sozialdemokraten in den drei letzten Jahrzehnten, der sich auf Klientelismus, Vermittlung und Beziehungen stützen sollte. Mitten in der Rezession war so der Rahmen vor allem für die früheren PASOK-Wähler um so attraktiver, die massenhaft ihre obsolete Partei verließen und zu Chrysi Avgi übertraten. Unübertrefflich für diesen Übergang bleibt die Aussage des mittlerweile ebenfalls in U-Haft sitzenden Abgeordneten aus Korinth, Eustathios Boukouras: „Zu Chrysi Avgi hat mich als ehemaligen PASOK-Wähler die altbekannte Parole von Andreas Papandreou ‚Griechenland gehört den Griechen' angezogen".

Die juristische Untersuchung wird wahrscheinlich weitere unangenehme Details ans Licht bringen und vielleicht eine Antwort auf die Frage geben, wer Chrysi Avgi während der letzten Jahre in ihrer gewalttätigen Zielsetzung gefördert hat. Die genaue Betrachtung von parteinahen Offshore Firmen, Geldflüssen und Kontobewegungen könnte dem sauberen Partei-Image – das sich durch öffentlichkeitswirksame Kartoffel- und Pastaverteilaktionen aufzubessern versuchte – weiteren Schaden zufügen. Die aggressive Fremdenfeindlichkeit in Wort und Tat verliert zudem offenbar an Gültigkeit, wenn es ums Geschäft geht. Der Abgeordnete Georgios Germenis mit dem Künstlernamen „Kaiadas"[2] gilt als Kämpfer der erster Garde bei gewalttätigen Angriffen auf Marktverkäufer mit vermeintlichem Migrationshintergrund. In seinen Bäckereien wird die unterbezahlte Beschäftigung von Migrant_innen nicht so eng gesehen. Ein ähnliches Geschäftsgebaren soll auch Michaloliakos in einem ihm gehörenden Halbtagshotel pflegen. Entgegen dem von der Partei propagandistisch verkündeten Treueprinzip gibt es inzwischen mehr und mehr Chrysi Avgi-Aussteiger, die sich um eine Kronzeugenstellung bewerben. Durch ihre Aussagen werden erschreckende Einzelheiten über die Realität der Partei bekannt. Der letzte Aussteiger G.M. gab an, gleich dreimal von Kameraden durch Stiche verletzt worden zu sein, nachdem er ihnen mitgeteilt hatte, dass er aussteigen wollte.

Durch die strafrechtliche Verfolgung der Neonazis verringert sich zwar teilweise die Alltagsangst vieler Migrant_innen, die institutionellen Rassisten tun jedoch ihr Bestes, um diese Lücke zu füllen. Ihr Janusgesicht[3] ist nicht viel besser: Während offiziell der militante Rassismus von Chrysi Avgi im Visier der Ermittlungsbehörden steht, hat vor einem Monat das grausame Ertrinken von 12 Flüchtlingen in Farmakonisi nach der Verschleppung ihres Bootes durch die griechische Seepolizei daran erinnert, dass auch die Regierung nach der rassistischen Prämisse „das Boot ist voll" handelt. Und vielleicht gelingt es der institutionellen Fremdenfeindlichkeit noch besser, ein vermeintlich volles Boot zu leeren ... mit aller tödlichen Konsequenz. •



Artemis Matthaiopoulos, Sänger der Neonaziband „Pogrom" und Abgeordneter von Chrysi Avgi



Giorgos Germenis vertritt Chrysi Avgi im Parlament und singt unter dem Pseudonym Kaiadas bei der Death-/Black-Metal-Band Naer Mataron.



Ilias Kasidiaris, der Sprecher der Chrysi Avgi.



Eleni Zaroulia, Ehegattin des Parteiführers und Chrysi Avgi Abgeordnete

1 „Wir akzeptieren die Rolle des Parlamentariers nicht – uns wird echt eklig da drinnen!" 2 Germenis singt unter dem Pseudonym Kaiadas bei der Death-/Black-Metal-Band Naer Mataron. Der Künstlername verweist auf die eugenische Ideologie der Lebensunwertigkeit kranker Menschen. Es ist der Name einer Schlucht, in der im antiken Sparta „jene kranken Kinder geworfen wurden, die der ‚Härte des Lebens' nicht gewachsen waren". 3 Aus der römischen Mythologie, ein Kopf mit zwei Gesichtern als Symbol der Zwiespältigkeit.

ANTIFA-REIHE: NORWEGEN

Eine Woche vor Erscheinen dieser Ausgabe des AIB feierte die Antifaschistische Aktion (AFA) in Norwegen ihren 20. Geburtstag mit einem großen Fest in Oslo. Für uns ist dieses Jubiläum ein willkommener Anlass, um im Rahmen unserer internationalen Antifareihe, genauer nach Norwegen zu schauen. Wir gratulieren der norwegischen Bewegung und bedanken uns bei der AFA-Oslo für die Hintergrundinformationen.

20 Jahre organisierte Antifa in Norwegen

Die Gründung der antifaschistischen Aktion in Norwegen fällt in das Jahr 1994. In diesem Jahr verübten Neonazis einen Bombenanschlag auf das autonome Zentrum Blitz in Oslo. Das Blitz wurde 1982 besetzt und wird seitdem von vielen aktiven Antifaschist_innen genutzt. Nach dem Anschlag beschlossen einige von ihnen, den Neonazis gezielter als bisher in organisierter Form entgegen zu treten. Die AFA wurde gegründet. In den 1980 und 90er Jahren existierte in Norwegen eine starke und äußerst gewaltbereite Neonaziszene. Neben ständigen Angriffen auf Linke und andere Andersdenkende stand immer wieder das Blitz im Fokus der Attacken.

Drei Bombenanschläge wurden in dieser Zeit auf das Haus verübt. 1989 wurde ein Konzert mit 200 Besucher_innen mit einem Brandsatz angegriffen. Bei einem Bombenanschlag im Jahre 1994 wurde nur durch Glück niemand getötet. Die Stärke der Detonation war so groß, dass beim 60 Meter entfernten Krankenhaus alle Fenster zerstört wurden. Es ist nur der Stärke der Mauer, an der die Bombe angebracht worden war, zu verdanken, dass nichts Schlimmeres passierte. Ein weiterer Anschlag folgte 1995. Nach der Gründung der AFA konzentrierten sich die Neonazis auf Terrorkampagnen gegen Einzelpersonen. Zwischen 1994 und 1998 wurden mindestens vier Linke durch Schüsse verletzt und weitere mehrfach mit Schusswaffen bedroht. Mit Gründung der AFA wendete sich das Blatt langsam. In Zusammenarbeit mit Aktivist_innen aus dem Blitz begannen Antifas die Neonazis aktiv zu konfrontieren. Zeigten sich Neonazis auf den Straßen Oslos, wurden sie offensiv und direkt angegangen. Die erhoffte Wirkung blieb nicht aus: Nach einigen heftigen Auseinandersetzungen im Laufe weniger Jahre, konnten die Neonazis immer weiter zurückgedrängt werden. Ende der 1990er Jahre war die neonazistische Szene nahezu vollständig aufgerieben und kaum noch aktionsfähig. Ein Zustand, der sich bis zum heutigen Tag nicht grundsätzlich geändert hat.

In den letzten zwei bis drei Jahren ist zwar wieder ein leichter Anstieg an Neonaziaktivitäten zu erkennen, jedoch auf niedrigem Niveau. Sie beschränken sich ausschließlich auf das Verteilen von Propagandamaterial. Die letzte Demonstration von Neonazis fand vor zwei Jahren in Trondheim statt. 25 norwegische und schwedische Neonazis versammelten sich in der Innenstadt und griffen Antifaschist_innen an, die am Rande protestierten. Für alle Teilnehmer_innen dieser Minidemonstration endete der Tag schlussendlich in Polizeigewahrsam.

Wie ihre KameradInnen in Schweden und Dänemark haben auch die norwegischen Neonazis Kontakte nach Deutschland. Der norwegische Neonazi Eirik Solheim ist Käufer des „Haus Montag" in Pirna. Das Haus dient lokalen Neonazis als Anlaufstelle und die NPD hat ihr Büro im Haus. Das Haus ist an das Casa Pound Konzept aus Italien angelehnt (siehe AIB 101)

Das Blitz stellt für die Neonazis nach wie vor ein zentrales Angriffsziel dar. Das beweist der jüngste Angriff im letzten Jahr, als zwei extrem Rechte ohne Anlass Aktivist_innen angriffen, die im Eingang des Blitzes standen. Ein 16jähriger wurde mit mehreren Messerstichen niedergestochen. Die beiden Täter konnten von Leuten aus dem Blitz gestellt werden. Das Opfer der Messerattacke ist mittlerweile wieder wohlauf. (Vgl. AIB 101)

Antifa in Norwegen

Recherche und Aktionen gegen die Extreme Rechte sind die Arbeitsschwerpunkte der AFA. Aufgrund der aktuellen Schwäche der Neonaziszene und dem Anwachsen der Counter-Jihad-Bewegung seit 2011, nimmt jedoch die Beschäftigung mit dieser momentan die meiste Zeit in Anspruch. Diese "Bewegung" versucht ebenso wie die mit Populismus und antimuslimischem Rassismus und besteht aus Parteien und Bewegungen wie „Die Demokraten" und "Norwegian Defence League" (NDL), die meisten dieser Aktivitäten weist die Gruppe "Stop islameseringen av Norge" (SIAN) auf, die Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. Diese finden meist in Oslo statt und treffen jedes mal auf grossen Widerstand antifaschistischer und antirassistischer Gruppen. Im Umfeld dieser Organisationen sammeln sich die größten faschistischen Gruppen in Norwegen.

Die ebenfalls rechtspopulistische Frems-



krittsparti (Fortschrittspartei, FrP) spielt für die AFA nur dann eine Rolle, wenn es um die Analyse des fremdenfeindlichen Klimas in Norwegen geht – eine Strategie, die seit langem im benachbarten Dänemark zu beobachten ist. Die dänische AFA sieht die extrem rassistische und rechtspopulistische "Dansk Folkeparti" nicht als ihr Arbeitsfeld. Auch die norwegische AFA begründet diese Entscheidung mit taktischem Vorgehen: Da die FrP mittlerweile eine anerkannte Partei mit Regierungsbeteiligung, und keine Protestpartei mit eingeschränkten Themen wie Integrationspolitik und Steuerpolitik ist, falle es ihnen schwer, aufgrund ihrer Arbeits- und Aktionsweise, sinnvoll gegen diese vorzugehen. Viele akzeptieren die FrP als liberale Partei, deshalb müsse auf Einzelaspekte der Politik der FrP, und nicht mehr auf die Partei als ganzes geschaut werden.

Die Antifaszene in Norwegen ist wie die radikale Linke im Allgemeinen klein und auf die Großstädte konzentriert. Dennoch finden sich tragbare Strukturen und die Antifaszene ist weitaus größer als die der Neonazis. Feste Gruppen existieren in Oslo und Bergen, den beiden größten Städten Norwegens. Beide Gruppen pflegen engen Kontakt miteinander. Im Land verteilt gibt es weitere einzelne Aktivist_innen, die mit Informationen zur antifaschistischen Arbeit beitragen, aber nicht unter dem Label der AFA arbeiten. Über die festen Strukturen hinaus geht von den Aktivist_innen und dem Umfeld der autonomen Zentren Blitz in Olso und dem Uffa in Trontheim eine selbständige antifaschistische Arbeit und Initiativen aus. Das nördliche Norwegen ist in dieser Hinsicht leider wenig aktiv. In Tromso, dem städtischen Zentrum des Nordens, kann von kontinuierlicher und organisierter Arbeit nicht gesprochen werden. Trotz der – mit manchen anderen europäischen Ländern vergleichsweise – schwachen Organisierung, gibt es doch eine relativ breite antifaschistische Szene, die zum Beispiel zu Demonstration mobilisiert wird. Eine Ursache hierfür ist in der Geschichte des Landes zu finden. Seit der Besetzung Norwegens durch Nazideutschland existiert in der Bevölkerung ein klassischer Anti-Nazismus, der eine gewisse Offenheit gegenüber dem Konzept Antifa und der dazugehörigen Arbeit zulässt. Ihre Mobilisierungsfähigkeit haben die Antifas und das autonome Spektrum mehrfach unter Beweis gestellt. Im November 2012 organisierte die "Norwegian Defence League" (NDL) eine Demonstration, um gegen Muslime und Einwanderer_innen zu hetzen. Eine Gegendemonstration, von der AFA und anderen antirassistischen Gruppen und Parteien aus dem linken Spektrum organisiert, zählte über tausend Teilnehmer_innen. Noch nach Demonstrationsende versuchten mehrere Demonstrant_innen direkt an die Demonstration der NDL zu kommen, um ihrem Protest direkt Ausdruck zu verleihen. Diese Demo ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von AFA mit Gruppen, die nicht Teil der Radikalen Linken sind. Solche Kontakte existieren, sind aber nicht immer ersichtlich. Es gibt vielfach Verbindungen zu Parteien, Gewerkschaften, freiwilligen Organisationen, Sportvereinen, etc. Gruppen, die ebenfalls antirassistische und antifaschistische Arbeit leisten, sind "S.O.S Rassisme" (S.O.S Rassismus) und "Ungdom mot Rassisme" (Jugend gegen Rassismus)". "S.O.S Rassisme" ist von maoistische Gruppe „Diene dem Volk" (tjen folket) unterwandert und "Ungdom mot Rassisme" ist eine gemeinsame Initiative der Jugendgruppen der etablierten Parteien. Mit beiden Gruppen meidet die AFA feste Zusammenarbeit, da sie autoritären oder staatstragenden Antifaschismus aus einem autonomen Selbstverständnis heraus ablehnt.

Weitere wichtige antirassistische Akteure sind das "Antirasistisk Senter" (Antirassistisches Zentrum), eine unabhängige bürgerliche Institution die seit über 30 Jahren antirassistische Arbeit wie Recherche, Dokumentation und Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, macht. Und das Internet-Portal "vespen.no", welches ebenfalls aus dem bürgerlichen Spektrum investigativen Journalismus und Aufklärung über hatecrime und antidemokratische und faschistische Gruppen und Milieus betreibt. •

SCHWEDEN

Im Stockholmer Vorort Kärrtorp wurde Mitte Dezember 2013 eine antirassistische Kundgebung von militanten Neonazis angegriffen. Der Antifaschist Joel sitzt seitdem in Untersuchungshaft, da er an der Abwehr des Überfalls beteiligt gewesen sein soll.

Von Jacob Reinhardt

„Antifaschismus ist immer auch Selbstverteidigung"

Im vergangen Jahr haben in Schweden Aktionen und Übergriffe durch militante Neonazis spürbar zugenommen. In Kärrtorp, einem ruhigen Wohnviertel im Süden Stockholms, waren seit Monaten Hakenkreuz-Schmierereien, neonazistische Plakate und Aufkleber gesichtet worden. Zudem kam es zu Übergriffen gegen Einzelpersonen. Mitglieder der neonazistischen Gruppe „Svenska motståndsrörelsen" („Schwedische Widerstandsbewegung", SMR) wurden gesichtet, wie sie auf dem Sportplatz in Kärrtorp gemeinsam in Uniform „Kampfübungen" trainierten. Auf die zunehmenden Neonaziaktivitäten in dem Stockholmer Vorort reagierte die antirassistische Gruppe „Nätverk Linje 17", benannt nach der U-Bahnlinie, die vom Zentrum in die südöstlichen Vororte führt. Mit einer antifaschistischen Kundgebung versuchte „Nätverk Linje 17" am 15. Dezember 2013 auf die Situation in Kärrtorp hinzuweisen und die Bereitschaft zur Gegenwehr deutlich zu machen. Diese musste auch zugleich unter Beweis gestellt werden: Nicht mal eine halbe Stunde nach Kundgebungsbeginn stürmte eine Gruppe von ca. 30 Neonazis unvermittelt auf die Kundgebung zu und griff diese mit Knüppeln, Feuerwerkskörpern, Messern und selbstgebauten Schilden an. Dass es zu keinen größeren Verletzungen kam, war dem entschlossenen Handeln der Kundgebungsteilnehmer_innen zu verdanken. Gemeinsam drängten sie die Angreifer vom Platz in ein nahegelegenes Waldstück, wo sich die Auseinandersetzung fortsetzte.

„Svenska motståndsrörelsen" bekennt sich zum Angriff

Die SMR bekannte sich im Nachhinein zu dem Angriff. Die Nachfolgeorganisation des „Vitt Ariskt Motstånd" („Weißer arischer Widerstand") zählt zu den aktivsten und am besten vernetzten Strukturen des militanten Neonazismus in Schweden. So verfügt die SMR über gute Kontakte in den gesamten skandinavischen Raum und nach Deutschland. Pressesprecher Pär Öberg bekam nach dem Angriff in Kärrtorp in der größten Tageszeitung Dagens Nyheter die Möglichkeit, seine Sicht der Dinge zu schildern: „Wir haben die Policy, Gewalt zur Selbstverteidigung anzuwenden, und wenn da einige sind, die aggressiv drohen, uns aus Kärrtorp zu vertreiben, dann kommt es eben zu Gewalt, daran ist ja nichts Merkwürdiges." Die Attacke in Kärrtorp stellte einen vorläufigen Höhepunkt der Aktionen von SMR dar. Trotz des Wahlerfolgs der rechtspopulistischen „Sverigedemokraterna" befand sich die militante Neonaziszene in einer Tiefphase. Das Auseinanderbrechen des Vorbereitungsbündnisses der alljährlichen neonazistischen Salem-Demonstration und deren schwindende TeilnehmerInnenanzahl bis hin zur gänzlichen Aufgabe dieses regelmäßigen Neonazi-Events waren sichtbare Anzeichen der Schwächung der gesamten Szene. Doch 2013 nahmen öffentliche Aktionen und Demonstrationen der militanten Neonaziszene wieder zu und fanden zudem vermehrt in den Städten Stockholm und Malmö statt. Damit hat die SMR die ländliche Region Dalarna verlassen, in der die Gruppe bisher ihre stärkste Basis hatte. Eine besondere Provokation war eine von der SMR angemeldete Demonstration am 9. November 2013 in der Stockholmer Innenstadt, offiziell als Solidaritätsaktion für die griechische Neonazipartei „Goldene Morgenröte" deklariert. Bereits hier war es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit antifaschistischen Gegendemonstrant_innen gekommen. Trotz der organisatorischen Schwäche scheint das Gewaltpotential unvermindert und Angriffe auf antifaschistische Veranstaltungen kamen in den letzten Jahren immer wieder vor.

Politische Nachwehen des Angriffs

Bei den Auseinandersetzungen am 15. Dezember 2013 wurden mehrere Personen verletzt, die Polizei nahm schließlich 26 Neonazis fest, gerade mal drei davon sitzen noch in Untersuchungshaft. Unter ihnen der 29jährige Emil Hagberg, eine Frontfigur der SMR und verantwortlicher Herausgeber der Internetseite Nordfront. Besonders pikant: die Säpo (Säkerhetspolisen, Pendant zum Verfassungsschutz) hatte im Vorfeld Informationen darüber gehabt, dass die



Eine antifaschistische Kundgebung am 15. Dezember 2013 in Kärrtorp wurde von etwa 30 Neonazis unvermittelt attackiert. Die Angreifer konnten von den Teilnehmer_innen gemeinsam abgedrängt werden.

SMR einen Angriff auf die Demonstration plante. Diese Information war aber irgendwo auf dem Dienstweg verloren gegangen, sodass die Polizei mit ganzen zehn BeamtInnen in Kärrtorp anwesend und ihre Rolle in den gewaltsamen Auseinandersetzungen entsprechend minimal war.

Nicht mal eine Woche später wurde der antifaschistische Aktivist Joel mit dem Vorwurf des versuchten Mordes festgenommen. Er sitzt seitdem im Gefängnis, der Kontakt zur Außenwelt wird ihm größtenteils verwehrt und sein kompletter Postverkehr überwacht. Obwohl Joel unbewaffnet war und seine eigene körperliche Unversehrtheit einsetzte um andere Menschen zu schützen, wird er unter Vorwurf des versuchten Mordes inhaftiert. Aus der Abwehr eines organisierten Neonaziangriffs wird hier eine versuchte Messerattacke. Die Angegriffenen selbst werden so zur Zielscheibe der Repressionsbehörden.

Neue Schritte in der politischen Auseinandersetzung

Eine Woche nach dem Angriff versammelten sich etwa 20.000 Menschen in Kärrtorp, um ein Zeichen gegen die zunehmende rechte Gewalt zu setzen. Es war die größte antifaschistische Kundgebung der schwedischen Geschichte, an der Kirchen, Gewerkschaften sowie unter anderem die Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten und der feministischen Partei teilnahmen. Gleichzeitig wurde aus der radikalen Linken die Freilassung des Antifaschisten Joel gefordert. Aus dieser Initiative ist mittlerweile eine europaweit ausgerufene Solidaritätskampagne erwachsen, die es in Schweden jedoch nicht in die bürgerlichen Medien schafft.

Nach der großen Demonstration kehrte wieder der Alltag ein. Neonazischmierereien gibt es weiterhin und einem alternativen Theater werden immer mal wieder die Scheiben eingeworfen. „Nätverk Linje 17" versucht, die Energie der großen antifaschistischen Demonstration aufzugreifen und arbeitet mit Seminaren und Veranstaltungsreihen weiter. Hier wird nun allerdings kaum mehr über antifaschistische Selbstverteidigung geredet – auch in Schweden ist Antifaschismus immer dann besonders mehrheitsfähig, wenn er sich unpolitisch gibt.

Repression gegen Antifaschist_innen in Schweden

Die Inhaftierung des Antifaschisten Joel ist der zweite staatliche Angriff auf die schwedische Antifaszene innerhalb weniger Monate. Erst Mitte November führte die Polizei eine Reihe von Hausdurchsuchungen im vermuteten Umfeld der Gruppe „Revolutionära Fronten" durch. Angriffe auf Neonazi-Konzerte sowie Wohnungen und Eigentum organisierter Neonazis dokumentierte die Organisation und stellte die Videobeiträge ins Netz. Die Gruppe genießt daher einen hohen Bekanntheitsgrad auch außerhalb Schwedens, obgleich jene Praxis auch immer wieder für Diskussionsstoff sorgt, da sie eben ein nicht zu unterschätzendes Einfallstor für Repression darstellt.

„Revolutionära Fronten" ist es durch die Artikulation einer konfrontativen politischen Linie zumindest gelungen, Konjunkturen rechter Organisierung nach außen zu vermitteln. Der Aufbau einer klaren konfrontativen Linie weist nicht nur auf die Existenz der Auseinandersetzung hin, sondern auch auf die Existenz neonazistischer Gruppen in Schweden. Deren Existenz und Strukturen werden staatlicherseits nicht nur überwiegend geleugnet, sondern sind auch außerhalb Schwedens nur den wenigsten Antifaschist_innen geläufig. Auch wenn es sich hier um zwei unabhängige Vorgänge handelte, so stehen beide Fälle in einem Zusammenhang: Den Widerstand gegen neonazistische Zusammenhänge durch staatliche Gegenschläge zu kontrollieren und zu regulieren. •

Mobiles Beratungsteam gegen Rechts (MBT) Hamburg (Hg.): **„Umkämpfte Räume. (Extrem) Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme“**
November 2013
Die Broschüre ist unter: www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de online abrufbar

Die 60-seitige Broschüre aus Hamburg gibt nicht nur den derzeitigen aktuellsten Stand der Recherche zur rechten Szene in Hamburg wieder, sondern sie lässt auch Akteure zu Wort kommen, die durch vielfältige Aktionen und ihrer Arbeit dazu beitragen, dass die neonazistischen Aktivitäten in Hamburg eher gering sind. Des Weiteren finden sich in der Broschüre unter anderem Texte die das Problem der „Mitte der Gesellschaft“ thematisieren, sich kritisch mit dem Begriff des „Extremismus“ beschäftigen, einen Blick auf die Rolle der Medien und deren Berichterstattung über Neonazis werfen und besonders erfreulich, da dass Thema leider nach wie vor viel zu selten auf den Tisch kommt ein Text zu Frauen und Mädchen in der extremen Rechten.

Die Rechercheartikel, die sich mit einem Überblick über die neonazistische Szene in Hamburg, der Freien Kameradschaft „Weisse Wölfe Terrorcrew / Nationalkollektiv Hamburg“, alteingesessenen Burschenschaften und konservativer Rechten sowie den „Identitären“ beschäftigen, sind alle durchweg sehr detailreich und gut zu lesen. Auch werden die Grenzen Hamburgs verlassen und die diversen Verbindungen von Hamburger Neonazis in Norddeutschland beleuchtet.

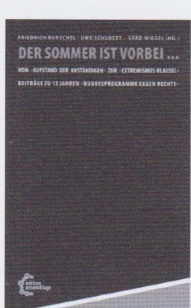
Die Interviews mit lokalen Initiativen und Akteuren geben einen aufschlussreichen Einblick über eine bunte und vielfältige Zivilgesellschaft, die mitunter sehr einfallsreich und auch vehement ihre Form des Antifaschismus umsetzen. Neben diversen Stadtteilinitiativen und Bündnissen, wird aber auch über eine Schulprojektwoche in Tostedt berichtet.

In Zeiten allgemeiner Entpolitisierung von Bildungsarbeit und Daumenschrauben durch die finanzielle Abhängigkeit von staatlichen Fördermitteln, lässt diese Publikation ein anerkennendes Nicken zu. •



Friedrich Burschel; Uwe Schubert; Gerd Wiegel (Hg.): **„Der Sommer ist vorbei... - Vom „Aufstand der Anständigen“ zur „Extremismusklausel“ Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“.**
Edition Assemblage, Münster 2013
152 Seiten, 16,- Euro

Seit 2001 existieren in allen ostdeutschen Bundesländern flächendeckend staatlich finanzierte Programme gegen „Rechtsextremismus“. Vorangegangen war der Mord an Alberto Adriano in einem Dessauer Park, ein Brandanschlag auf die Neue Synagoge in Erfurt am 20. April 2000 und ein bis heute nicht aufgeklärter Bombenanschlag in Düsseldorf im Juli 2000. Diese Taten hatten unter dem damaligen SPD-Bundeskanzler zum „Aufstand der Anständigen“ geführt. Dieser und die daraus resultierenden Förderprogramme für Initiativen gegen „Rechtsextremismus“ waren eine Zäsur im staatlichen Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt. Zum einem wurden Rassismus und rechte Gewalt bagatellisiert und als Jugendproblem abgetan. Zum anderen wurde sich weg von den Tätern hin zu den Opfern rassistischer Gewalttaten und dem Aufbau einer gegen rechts aktiven Zivilgesellschaft orientiert.



Viele in den 1990er Jahren in kritischer Wissenschaft, Antifagruppen und linken Bewegungen aktive AntifaschistInnen traten den Weg in die durch staatliches Geld entstandenen Projekte an. Beziehungsweise erschufen sie erst diese bis heute bestehende „Projektelandschaft“ aus Mobilen Beratungen, Projekten der Opferhilfen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt und lokalen Bündnissen.

Mit Gerd Wiegel, Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Bundestagsfraktion Die Linke, Friedrich Burschel, in der Rosa Luxemburg Stiftung zuständig für Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit und Uwe Schubert, ehemaliger Projektleiter bei MOBIT e. V. in Thüringen sind die Herausgeber des Sammelbands langjährige Experten auf dem Gebiet des institutionalisierten Antifaschismus. Sie, wie alle ihre Autorinnen und Autoren, hatten in ihrem beruflichen Werdegang mit den „Bundesprogrammen gegen Rechts“ zu tun. Viele der Beteiligten an diesem Buch sind oder waren AutorInnen des AIB. Neben der Reflextion und der Selbstreflektion der „Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“ wird hier auch ein Teil der jüngeren Antifageschichte geschrieben.

Heute ist es selbstverständlich in vielen Regionen, dass auch aktive AntifaschistInnen, die eigentlich ein kritisches Verhältnis zum Staat und seinen Geldern haben, bei größeren antifaschistischen Protesten an diesen staatlich finanzierten Akteuren nicht vorbei kommen. Dies ist aber nur einer der Zwiespalte, die aktive AntifaschistInnen, mit dieser staatlich geförderten „Projektelandschaft“ haben: Je konkreter die Hilfestellung dieser „Berater“ beim Kampf gegen rechts wird, desto dienlicher sind sie. Umso mehr Gesellschaftskritik von Antifagruppen vermittelt werden möchte, desto weiter sollten sie sich von diesen „Beratern“ fernhalten und ihr eigenes Ding drehen.

Deshalb ist besonders der Beitrag zu „Zivilgesellschaft“ von Gerd Wiegel so gewinnbringend zu lesen. Hier wird kritisch auf den Begriff eingegangen der Voraussetzung, Ansprechpartner und Zielstellung dieser „Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“ ist. Zivilgesellschaftliche Vermittlung von Konflikten kann doch nicht das alleinige Ziel von (unserem) politischem Handeln sein. (FK) •

Oliver Decker; Johannes Kiess; Elmar Brähler: **„Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose“**
Psychosozial-Verlag, Gießen 2013
227 Seiten, 19,90 Euro

Seit 2002 messen die „Mitte-Studien“ extrem rechte Einstellungen in der deutschen Bevölkerung und analysieren entsprechende Einflussfaktoren, wie etwa das Alter oder die Erwerbssituation, aber auch gesellschaftliche Entwicklungen. Das letztere als Ausgangspunkt für extrem rechte Einstellungspotentiale gesehen werden müssen, verdeutlichen die Autoren in dem nun erschienenen Buch, das die Ergebnisse der Mitte-Studien der vergangenen zehn Jahre zusammenfasst, diese vor allem aber theoretisch unterfüttert und Tendenzen aufzeigt. Die vorerst letzte Untersuchung „Die Mitte im Umbruch“ aus dem Jahr 2012 fokussierte neben den immer wiederkehrenden sechs Items zu extrem rechten Einstellungen (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, „Ausländerfeindlichkeit“, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) auf den sekundären Antisemitismus sowie die Islamfeindschaft, welche von einer menschenrechtsorientierten Religionskritik unterschieden wird. Beide würden sich nicht zufällig durch verhältnismäßig hohe Zustimmungswerte auszeichnen. Vielmehr postulieren die Autoren u.a. im Rückgriff auf Detlef Claussen einen „religiösen Untergrund“ der modernen kapitalistischen Gesellschaften, deren Heilserwartung sich auf ein ökonomisches Versprechen richte. Erweist dieses Versprechen Brüche, indem die dem Kapitalismus immanente Krise tatsächlich auch als Bedrohung gesehen wird, wirke sich dies auf antidemokratische Einstellungen aus. Diese seien demnach Produkte einer „missglückten Säkularisierung“. Das Buch zeigt auf Basis der Befragungen Zusammenhänge zwischen dem Legitimationsverlust der Parteien, Demokratiezufriedenheit, der zunehmenden Ökonomisierung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft und einer sich stetig beschleunigenden Moderne auf. Nicht zuletzt verdeutlichen die Autoren, dass im Gegensatz zur Vorgängerstudie (Die Mitte in der Krise) die Wortwahl „Umbruch“ auf einen andauernden Prozess verweist, der als Fundament der gegenwärtigen Gesellschaft begriffen werden müsse. •



Lisa Bolyos; Katharina Morawek (Hg.): **Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering. Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus**
Mandelbaum Verlag, Wien 2013
368 Seiten, 19,90 Euro

Der Sammelband „Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering“ geht der Frage nach, wie und welche künstlerischen und kulturellen Politikformen in den Diskurs eines Gedenkens an den NS intervenieren können oder müssen. Wenn es darum geht, die Aufmerksamkeit auf das „Vergessene“ zu richten, heißt das immer auch die „Zufriedenheit“ einer postnazistischen Gesellschaft, die sich nicht nur in hegemonialen Denkmustern in der Geschichtspolitik ausdrückt zu stören und weiterhin bestehende Widersprüche aufzuzeigen.

Die Spannbreite der versammelten Beiträge beleuchtet die immense Fülle theoretischer wie praktischer Auseinandersetzungen mit dem NS und zeichnet Kontinuitäten der Diskriminierung bis heute nach. Die Herausgeber_innen wollen anhand der im Buch versammelten Beiträge geschichtspolitische Kämpfe führen und dabei „Kunst auf das analytische und praktische Potential, das sie in solchen Kämpfen entfaltet, abklopfen. Geschichtspolitik als gesellschaftliche Praxis des Kampfes um die Interpretation von Geschichte zu verstehen, heißt in diesem Zusammenhang, sich zu involvieren – sich in ein persönliches und politisches Verhältnis zum Geschehenen zu setzen – und öffentlich Position zu beziehen.“

In neun Kapiteln werden eine Vielzahl solcher Interventionsmöglichkeiten aufgezeigt. Praktisch-künstlerische Darstellungsformen werden dabei durch theoretische Beiträge ergänzt. Im ersten Kapitel stehen (Kunst-)Institutionen und ihr Erbe, von der (Nicht-)Auseinandersetzung mit Raubkunst oder dem Massenmord an Psychatrisierten im Fokus. Weitere beschäftigen sich mit dem innerfamiliären Umgang der Beteiligung am NS, der Konstruktion der „Anderen“ im Rahmen der Aufarbeitung am Beispiel von pop- und subkulturellen Erscheinungsformen wie Punk, Hip Hop oder der Romantisierung von Rom_nija in Schlager. Der Körper rückt in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, wenn es um Zwangssterilisation oder reproduktive Selbstbestimmung geht. Wer ist nützlich und wer nicht? Hier geht es u.a. um unterstellte Arbeitsunwilligkeit und Zwangsarbeit. Was soll eigentlich „Heimat“ sein und wer kann über Nazis lachen? Leerstellen im Gedenken an schwarze Opfer des NS werden benannt und solidarische Kämpfe hervorgehoben.

Den Herausgeber_innen ist es gelungen, eine umfassende Darstellung von Debatten und Kämpfen anschaulich zusammenzufassen. Auch wenn es die Fülle der versammelten Beiträge auf 368 Seiten nur schwerlich zulässt, wäre es wünschenswert gewesen, den theoretischen Texten mehr Raum zu geben. •



KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4
C5E4 FDA9 E521 4388

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
27. Jahrgang
Nummer 102 | 1.2014

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

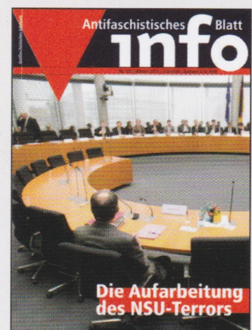
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 101

TITEL
Die Aufarbeitung des NSU-Terrors?

NS-SZENE
Der „Brandstifter-Effekt" des Verfassungsschutzes

DISKUSSION
Antifa in der Krise?! Gastbeitrag von Avanti

RASSISMUS
„Wir müssen die Ratten loswerden" - Antiziganismus in Duisburg



AIB 100

TITEL
Homophobie und die extreme Rechte

NS-SZENE
Vom Kamerad zu Member: B & H trifft die Hells Angels auf der Nordachse

BRAUNZONE
Rechte Bilderwelten: Die „Division Antaios"

INTERNATIONAL
Serbien: Von Kollaboration und Rehabilitierung

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin